links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

D 1600 E
Offenbach Nr. 268 September 1992
24. Jahrgang **W: DM 7,—/O: DM 4,—**

Sylvia Kontos: § 218 — und kein Ende • Henrik Kaare Nielsen: Das Nein der Dänen • W.D. Narr: Zur Malaise der Parteienpolitik • Amos Wollin: Regierungswechsel in Israel • Jugoslawien Interview: Zeljco Cunovic / Christoph Görg • Carlos M. Fuentes: Streik in Mexiko

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Zeiten werden rosiger. Es sind gerade ein paar Monate her, da erläuterte uns ein sehr zeitgemäßer Gewerkschafter, wie weit weg wir mit unseren Vorstellungen von den betrieblichen Realitäten lägen, wenn wir nach wie vor von Interessengegensätzen, sozialen Spannungen, Widersprüchen und Konfliktpotentialen ausgingen. Das sei Schnee von vorgestern, Klassenkampfphantasien von sozialistischen Intellektuellen aus dem 19. Jahrhundert usw. In den Betrieben werde jetzt nicht mehr gekämpft, sondern über die stromlinenförmigste Lösung — „diskurs- und projektmäßig", versteht sich — debattiert (will heißen: das Agro-Gift von Hoechst geht jetzt „ausdiskutiert" und nicht länger tel quel in die Dritte Welt); „moderne" Betriebsräte verstehen sich mittlerweile als Co-Manager, Partner der Geschäftsleitungen. — Der Mann hat Recht bekommen. Zur Sanierung der Lufthansa, die Pleite zu gehen droht, zeigt sich die DAG schön kooperativ: Lohnverzicht, Verlängerung der Arbeitszeit, Verzicht auf 13. Monatsgehalt — kurzum gewerkschaftliche Tarifforderungen der neuen Art. Wen wundert es, daß die Kapitalseite schnell schaltet und gleich nachlegt: Streichung der Arbeit*geber*beiträge zur Krankenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung, Flexiblisierung der Arbeitszeit (jede und jeder darf so lange, wie sie bzw. er oder der Co-Kumpel Chef will). Der zeitgemäße Gewerkschafter bei der Lufthansa wird sich noch die Augen reiben über seine eigene Zeitgemäßheit: demnächst darf er „kooperativ", „gleichberechtigt" und außerhalb der Arbeitszeit in seinem kuscheligen „quality circle" mitreden bei einer Entscheidung, die jetzt schon feststeht - seine eigene Entlassung zwecks Sanierung des Ladens. Astrein. In welche Niederungen fanatischer Intellektuellenbeschimpfung man gelangt, wenn man den „guten" vom „bösen" Nationalismus und im Bürgerkrieg den „Angriff" von der „Verteidigung", die „Täter" von den „Opfern" unterscheiden will, führte die kroatische Philosophin und Kommune-Redakteurin D. Melcic jüngst in der taz (15.8.92) vor, wo sie gesinnungstrunken vortrug, dem Bürgerkrieg fehlten (kroatische) Fahnen schwingende deutsche Intellektuelle auf den Straßen zwischen Konstanz und Flensburg. Als ob es irgendeine rational oder human zuträgliche Möglichkeit gäbe, Regionen wie den Balkan nach „nationalen" Kriterien neu zu vermessen und aufzuteilen. Christoph Görg und Zeljko Cunovic erörtern im Gespräch, warum es so schwierig ist, rational über den Bürgerkrieg auf dem Balkan zu diskutieren; Ludi Lodovico kommentiert die zweipolige Idiotenlogik, die in der Berichterstattung der Medien vorherrscht, und den Versuch, Brandherde mit Benzin zu löschen. Jenseits nationaler Schaumschlägerei bleibt nur kritische Reflexion und praktische Solidarität mit den Zivilisten an allen Kriegsfronten. Spenden für die zivilen Opfer des Bürgerkrieges an: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Sonderkonto: Verständigung statt Krieg, Volksbank Odenwald, Konto-Nr. 8024618, BLZ 8086 3513.

Last not least gibt es eine personelle Veränderung: Sigrid Schönecker ist als neue Redaktionssekretärin seit 1. August an die Stelle von Helga Haas-Rietschel getreten und hofft auf gute Zusammenarbeit mit LeserInnen und AutorInnen.

Die Redaktion

Errata

Leider ist uns bei der Veröffentlichung des Offenes Briefes an den Bundespräsidenten „Für die Realisierung des Benjamin-Denkmals in Port Bou" in der letzten *links* Nr. 266/67 ein Fehler unterlaufen. Die Adresse, unter der Unterschriftenlisten angefordert werden können, lautet nicht: Hartmut **Widner**,
sondern: Hartmut **Lindner**,
Barbarossastr. 7,
1 Berlin 30

Bildnachweise:
Die Fotos auf den Seiten 23, 25, 31, 33 und 34 sind dem hervorragenden Bildband „América" von Jürgen Heinemann entnommen. Erschienen in der Edition diá.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER- UND REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION zur Zeit: Natascha Apostolidou, Ulrich Brand, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Ludi Lodovico, Felix Schneider.

STÄNDIGE MITARBEITER: Lothar Baier, „Sovjeticus"

REDAKTIONSSEKRETÄRIN:
Sigrid Schönecker (v.i.S.d.P.)

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

SATZ: Birgit Letsch,
Verlag 2000 GmbH

TITELFOTO: Edgar Zippel

LAYOUT: Sigrid Schönecker,
Peter-Erwin Jansen, Birgit Letsch

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die Oktober-Ausgabe 1992 ist der 15.9.1992

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 7,—/O: DM 4,—
Jahresabonnement W: DM 68,—/O: DM 40,—
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Ludi Lodovico
Balkankrieg:
die Feuerwehr spritzt mit Benzin **5**

DOKUMENTATION

Klaus Vack
In Split und Zagreb **7**

AKTUELL

Komitee f. Grundrechte u. Demokratie
Internationale Freiwillige
für Kroatien suchen Unterstützung **7**

Zeljco Cunovic / Christoph Görg
Die Intervention ist längst erfolgt —
jetzt muß sie auch
kontrolliert werden **8**

Amos Wollin
Regierungswechsel in Israel **12**

Silvia Kontos
Paragraph § 218
— und kein Ende? **14**

Wolf-Dieter Narr
Wär's doch nur Korruption
Zur Malaise der (Parteien-)Politik
in der BRD **17**

THEMA: Internationales

Henrik Kaare Nielsen
Das Nein der Dänen **20**

Holm-Detlev Köhler
Mexikos Sprung nach Norden **22**

Carlos M. Fuentes
VW-Mexiko — nach vier Wochen
Streik und Aussperrung **24**

Peter Schröder
Politische Gewalt in Südafrika **26**

HINTERGRUND

Georg Simonis
Ein globales Umweltregime entsteht
— ohne Kurswechsel **30**

Täternotizen IV **31**

Lothar Brock
‚Unser Lebensstil steht nicht
zur Verhandlung'
Ergebnisse und Streitfragen der
UN-Konferenz für Umwelt
und Entwicklung **34**

LEKTÜRE

Arno Klönne
Revolte auf Deutsch
Franz Jung (1888 - 1963) **36**

THEORIE

Helmut Thielen
Die ‚postmodernen' Aasgeier am
Grabe Walter Benjamins **39**

RUBRIKEN

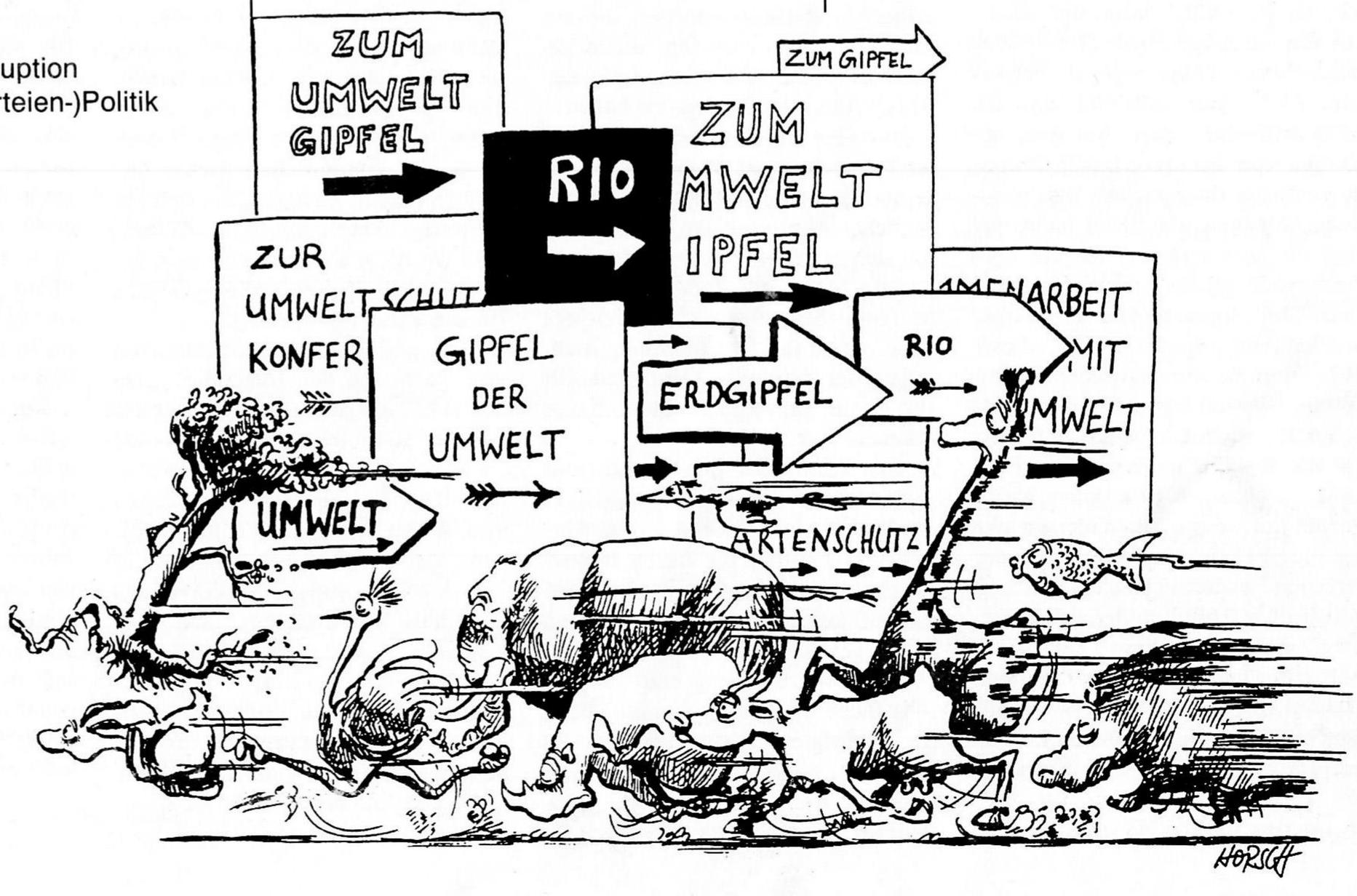
Editorial 2

Leserbriefe 4

Termine 29

Rückblick: 41
Ludi Lodovico:
‚Nationalität' und Krieg
auf dem Balkan

cosa nostra:
Abonnement **43**
Buchläden **44**



Betr.: *links* Nr. 266/267

Antisemitismus in Ottensen

In dem Artikel von H. Schmidt sind sehr gut etliche Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede zu den Orthodoxen Juden in ihrem Kampf um die Totenruhe ihrer Glaubensgenossen aufgeführt worden. Gerade uns Deutschen stünde es gut an, das wenige jüdische Kulturgut, was überhaupt noch erkennbar ist, zu erhalten und zu schützen. Der Antisemitismus, der teilweise wieder aufzubrechen sich anschickt, ist ein Skandal. Gerade diejenigen, die den Staat Israel wegen seiner problematischen Siedlungspolitik schelten, müssen umsomehr bereit sein, Juden und jüdisches Kulturgut in dem eigenen Land zu achten und zu schützen. Die Existenz des Staates Israel war doch die Konsequenz einer antisemitischen Ausgrenzungspolitik in vielen Völkern, wobei wir Deutschen ja in dieser Beziehung die makabre Krönung einer Vernichtungspolitik gegen Juden entwickelt haben. Wer sich der Mühe unterzogen hat, mit den Orthodoxen Juden zu sprechen, konnte auch etwas lernen: Gerade in unserer Zeit, die den Menschen fast schon zur Reparaturwerkstatt für andere, nützlichere Menschen macht, ist die Erinnerung an ewige Totenruhe nicht nur ein Relikt an alte Zeiten, sondern auch eine Mahnung zur Achtung jeglichen Lebens. Alte, Behinderte und Kranke sind in dieser Welt zur Manövriermasse herabgewürdigt worden. Es ist schon makaber, daß man sich deutscherseits auf abgeschlossene Verträge beruft und nicht begreift, daß die fast auf Null geschwundene jüdische Gemeinde das Grundstück 1953 verkaufen mußte, weil sie kein Geld hatte, um seinerzeit das zurückgegebene Grundstück wiederherzurichten und zu versorgen. Es ist ganz schlimm, daß ein SPD-geführter Senat und eine angeblich von demokratischen Parteien gebildete Bürgerschaft (mit absoluter Mehrheit der SPD) nicht viel eher und konsequenter für die Wiederherstellung des Friedhofs wenigstens 1990 eingetreten ist. Es ist aber bezeichnend für die Politik dieser SPD, daß sie immer wieder Spekulanten — man nennt sie hier vornehm Investoren — Beihilfe leistet, um selbst sozial unverträgliche Projekte durchziehen zu können. Keine Partei hat so große Widersprüche wie die SPD zwischen Anspruch und verbalen Forderungen einerseits und praktischer Politik andererseits. Gerade Linke sollten diese Tatbestände viel kritischer und klarer erkennen und aufarbeiten! Die gleiche Partei, die Fehlbelegungsabgaben in Sozialwohnungen ablehnt, weil ihre Bonzen billigen Wohnraum für sich blockieren, die die Hafenstraße und den Pinnasberg wegen angeblicher Erstellung von Sozialwohnungen (praktisch teurer als im freien Altbaumietbereich) abreißen will, setzt diese Abrißpraxis auch in Ottensen und St. Pauli fort. Das Problem Jüdischer Friedhof ist nämlich nur die eine Seite, um das Schicki-Micki-Zentrum Wirklichkeit werden zu lassen, soll auch ein vernünftiges Mehrfamilienhaus abgerissen werden!!! Man glaubt es kaum! Diesen Heuchlern muß die Maske vom Gesicht gezogen werden. (...)

JÜRGEN FLOERKE

Betr.: *links* Nr. 266/267

Briefwechsel Boock — Komitee

Ich finde den in der *links* Juli/August abgedruckten Briefwechsel zwischen Peter-Jürgen Boock und dem Komitee recht merkwürdig, zeigt er doch, wie Boock sich meint zum Hampelmann machen zu müssen, um nicht das bißchen Unterstützung zu verlieren, das ihm von draußen zuteil geworden ist. Weil er andere schützen will vor einer ungerechtfertigten Verurteilung, hat er Taten gestanden, die er bisher geleugnet hatte und muß sich nun die Vorwürfe seiner Unterstützer anhören, die ihm kurioserweise vorwerfen, ihnen gegenüber nicht schon lange ein Lebensgeständnis abgelegt zu haben.

Und sein möglicherweise aus dieser Not geborener unsäglicher Brief an das Komitee sowie die noch unsäglichere Antwort des Komitees an ihn stehen in der *links* und muten an wie ein Stoff, aus dem eine tränentriefende Schnulze sich verfertigen ließe, ginge es nicht um einen Menschen, der sich vorerst und vielleicht für immer um jede Freiheitschance gebracht hat.

Man kann über den Terrorismus in der Bundesrepublik sagen, daß es ein Wahn war, geboren in den Hirnen von Leuten, die durch irgendwelche Anlässe tief verzweifelt waren und deren Verzweiflung auch ein Stück verständlich war, die jedoch in ihrer Verzweiflung eine falsche, schädliche und auch inhumane Politik verfolgten. Trotzdem war es möglich, angesichts der teilweise geradezu widerwärtigen Gegenmaßnahmen der Herrschenden gegen sie (vor allem im deutschen Herbst), Sympathien zu ihnen zu entwickeln, gerade auch dann, wenn sie in der Falle saßen, gefangen waren und sich gegen vielfältige Manipulationen zu wehren hatten. Man sah auch immer ein Stück von sich selbst auf der Anklagebank, mancher wird das nicht so sehen wollen, ich sehe es so. Dieser Widerspruch, der vielleicht unauflösbar ist, hat uns stets zu schaffen gemacht, und keine Frage, daß andere, darunter auch die RAF, ihn für sich instrumentalisiert haben.

Wenn man sich nun aber entschließt, jemanden, der trotz seiner sichtbaren und über lange Zeit anhaltenden Distanz zu seinem „terroristischen" Vorleben, ohne Erbarmen vom Staat eingemacht werden soll, konkret in seinem Bestreben zu helfen, sich aus der Umschlingung zu befreien, wie es im Falle Boock geschehen ist, muß man akzeptieren, daß es Dinge gibt, die nicht auf dem Ladentisch gehandelt werden können, muß man einsehen, daß man hinsichtlich der zugestandenen Tatabläufe ebenso behandelt wird wie der Staat.

Wie sollte das denn auch anders ablaufen? Boock leugnet vor dem Senat und nachher schreibt er einen Kassiber ans Komitee des Inhalts: „He, Freunde, stimmt alles nicht!" Oder sollte Boock, der auf Hilfe angewiesen war, sagen: „Freunde, ich kann euch nicht alles sagen, spendet das Geld lieber der Caritas"? Wer einem Gefangenen hilft, muß akzeptieren, daß dieser von einem Grundrecht der bürgerlichen Justiz Gebrauch macht, zu lügen, um sich vor weiterer Verfolgung zu schützen. Wer das nicht akzeptieren kann, soll lieber nicht helfen, allenfalls den Engelein am Himmelszelt.

Was soll also das Deklamieren von Torheiten wie folgender: „Du hast 1977 an viel mehr Terroraktionen der RAF teilgenommen als Du ... uns ... hast glauben machen wollen. Du hast getötet." Die letzten drei Worte sind schlicht infam. Einem, der gerade gestanden hat, in der Attitüde eines Moralpredigers nochmals vorzuwerfen: „Du hast getötet" — wem sich hier nicht ein Aufschrei von den Lippen ringt, der hat kein Gefühl für Widerwärtigkeiten. Aber, so schreiben die zur großen Gemeinschaft der Knierutscher und Bibelblätterer Konvertierten, und es läuft ihnen nicht der Sabber aus dem Munde, wir sind zwar enttäuscht von Dir, aber wir verachten Dich nicht. Nur, warum hast Du uns nicht reineren Wein eingeschenkt? Uns, den Moralaposteln! Ihr Tölpel, so möchte man rufen, weil er's doch dann gleich dem Staatsanwalt hätte erzählen können!

Und so gehts hin und her, den ganzen, über eine Druckseite langen Brief hindurch: „Du, du böser Junge" und „Aber wir verzeihen Dir". Es ist nachgerade zum Kotzen, dieses moraltriefende christliche Bulletin.

Wer, so frage ich, kann sich in dieser Gesellschaft eine Moral leisten, vor allem eine, die gleichzeitig die (vorgeblichen) Genossen und die Häscher zufriedenstellt? Beim Komitee wird man es sicher wissen.

Mit allem Respekt

KLAUS W. KOWOL

„Ändert euch"

Macht weiter, aber ändert euch grundlegend. In der *links* ist in diesem Jahr mehrmals angeklungen, daß es sehr problematisch war, andauernd mit erhobenem marxistischen Zeigefinger andere Menschen belehren zu wollen. Diese Erkenntnis kommt allerdings reichlich spät. Nun sollten aber auch Konsequenzen folgen. Der Vorschlag, sich verschiedene Anregungen aus dem Anarchismus zu holen, kann sinnvoll sein, wenn ihr ihn undogmatisch aufarbeitet, über ihn hinausdenkt und nicht in engstirnigen Verbalradikalismus verfallt. Vor allen Dingen sollten sich die Redakteure der *links* auch wirklich praktisch betätigen, dann ergeben sich theoretische Schlußfolgerungen naheliegender und einfacher. Unterstützt am besten sinnvolle Ansätze der Bürgerinitiativbewegung, z.B. Komitee Grundrechte und Demokratie, Bund für Soziale Verteidigung, Gesellschaft für bedrohte Völker.

Veranstaltungsankündigungen sind auch ein Spiegelbild einer Zeitung und diejenigen in der *links* fallen in der Regel dadurch auf, daß sie elitär und abgehoben sind — und natürlich als Bildungsurlaub anerkannt. Gibt es unter den *links*leserinnen und Lesern niemanden mehr, die handeln, weil sie überzeugt sind, daß etwas geschehen muß?

Das dünne *links*-Heftchen ist mit 7 DM viel zu teuer und garantiert ein exklusives Schattendasein in der Medienlandschaft. Die Sprache ist akademisch und verkorkst wie vor 20 Jahren. Da ich aus diesen Erfahrungen heraus nur eine begrenzte Hoffnung auf den Änderungswillen und die Änderungsfähigkeit der Mehrzahl der „Linken" habe, bleibt mir zum Schluß nur noch der Rat: Setzt wenigstens eine gutes Fremdwörterlexikon als Aboprämie aus!

HORST BLUME,
Parkstr. 3, 4700 Hamm 3

KOMMENTAR

LUDI LODOVICO

Balkankrieg:

die Feuerwehr spritzt mit Benzin

Wenn man sich auf die fast ausschließlich aus kroatischen, kroatisch-bosnischen und bosnisch-muslimischen Quellen stammenden Nachrichten in den bundesdeutschen Medien verläßt, ist sprichwörtlich alles klar: „Serben", der Medien-Chip für Banden von Menschen vermutlich serbischer Abstammung, denen irgendein lokaler Häuptling die Arbeitslosigkeit mit einer Schnellfeuerwaffe versüßte, überfallen, vertreiben und ermorden im Verein mit den von Arbeitslosigkeit bedrohten Angehörigen der Armee Rest-Jugoslawiens die notorisch „friedlichen", „christlichen" und „europäischen" Kroaten sowie die etwas weniger hoch gehandelten Balkan-Muslime, die sich aber „fernsehmäßig" nicht schlecht präsentieren (siehe unten). Mit dieser gegenüber jeder Realität resistenten Gesinnungs-Tunke läßt sich vielerlei trefflich einfärben; wird die Tunke mit entsprechenden Bildern von fliehenden, zusammengeschossenen und zerstückelten Menschen jeden Geschlechts und jeden Alters medial aufbereitet, kann man damit selbst im deutschen Osten ankommen, wo der verachtete, aber unauffällige „Jugo" allemal besser ankommt als gelbe, braune und schwarze Menschen, denen die „deutsche Volksseele", ungebrochen von kultureller Vielfalt, mit dem waldursprünglichen Haß auf den Anderen begegnet.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: serbische Bandenführer, skrupellose serbische Militärs und deren politisches Führungspersonal sind die Hauptverantwortlichen für Flüchtlingselend, Zerstörung, Vertreibung und Ermordung von Menschen. Freilich widerspricht es jeder Vernunft, aus Hauptakteuren Alleinakteure zu machen: im ehemaligen Jugoslawien herrscht Bürgerkrieg, und da schießen nach aller Erfahrung immer viele in fast alle Richtungen, mit disparaten Motiven und aus vielschichtigen Interessen — und allemal mit allen Mitteln (right or wrong my country). Noch süßer als fürs „Vaterland" zu sterben, ist es nicht erst seit Horaz, in seinem Namen zu töten. Und wie jede Information vom Krieg zuerst eine Parteiennachricht ist — bis zum Beweis des Gegenteils —, so sind Nachrichten aus dem Bürgerkrieg — bis zum Beweis des Gegenteils — zunächst bürgerkriegsmäßig aufgearbeitete Propaganda.

Mit dieser These wird kein einziger Toter gerechtfertigt oder geleugnet, kein einziges Leid verniedlicht oder bestritten. Energisch bestritten wird jedoch die biedermännische Zurechnung von Schuld, Verantwortung und Motiven nach der eingangs erwähnten, zweipoligen Idiotenlogik, die das bundesdeutsche Nachrichtenwesen und das öde Spiel mit den kurzlebigen Chiffren beherrscht: „Vukovar", „Dubrovniks historische Altstadt brennt", „Ossiek", „die zwei ermordeten Waisenkinder", „Lager" — wenn die Kampagne mit letzteren daneben geht, was sich abzeichnet, seit amtlich feststeht, daß alle Parteien Menschen internieren bzw. als Pfand festhalten, dann kommt danach mit großer Wahrscheinlichkeit das Gerücht vom „Gasangriff auf Zagreb", mit dem die Stimmung gegen „die" Serben warm gehalten werden soll. Damit wird nicht die Existenz von Internierungslagern verharmlost, sondern die Politik denunziert, die mit den Lagern in unseren Medien und mit den Internierten betrieben wird: am Anfang stand das Gerücht von „Konzentrationslagern wie bei den Nazis" (Bild, FAZ). Als einige Lager der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden und der Vergleich wie die Vergleichenden wieder einmal abstürzten, galten die gleichen Lager, aus denen tags zuvor angeblich noch die „Informationen" stammten, als „Vorzeigelager". Als obendrein die Existenz kroatischer und bosnischer Lager vom IKRK bestätigt wurde, verstummte das mediale Interesse schlagartig. Ins metropolitan („zivilisatorisch", „westlich") gestriegelte Bewußtsein passen natürlich gleichzeitige Massaker in der Dritten Welt gar nicht hinein; sei es jenes in Afghanistan, wo, um im Jargon zu bleiben, die Heckenschützen Hekmatyars erbarmungslos wüten, oder sei es jenes in Somalia, wo täglich weit mehr Menschen verhungern als im balkanischen Bürgerkrieg sterben.

Zurück zur Berichterstattung über den Bürgerkrieg auf dem Balkan: Was sind das nur für seltsame „Kämpfe" und „Gefechte" — in einem Banden- und Bürgerkrieg — wo immer nur eine Bande schießt, mordet, interniert, vertreibt und schändet. Für die meisten bundesdeutschen Medien gibt es Gegner „der Serben" als Bewaffnete und Schießende schlicht nicht, sondern nur als Flüchtlinge und Opfer. Nur vorsichtig deuten jetzt einzelne Organe wie die Frankfurter Rundschau an, daß es hüben und drüben Bewaffnete gibt, daß hüben und drüben eine marodierende Soldateska am Werk ist, die sich nur nach Zahl und Effizienz, aber nicht in ihrer Praxis, unterscheiden. Die Neue Zürcher Zeitung v. 9./10. Aug.92: „Zweifel am spezifischen Wahrheitsgehalt vieler Berichte über Greueltaten sind am Platz." Das bundesdeutsche Nachrichtenwesen und allen voran die FAZ ficht derlei nicht an. Sie halten es weniger mit dem spezifischen als mit dem propagandistischen „Wahrheits"gehalt. Der Aushilfs-Kroate Reißmüller (in der nach unten offenen Skala journalistischer Blödheit mit dem Wort „Mordkrieg" für alle Zeiten registriert) bestätigt ganz selbstverständlich per Ferndiagnose jede „serbische Greueltat", auch wenn die Quellen (wie im Falle der Lager, wo mit dem Renommé der BBC ein trübes Spiel getrieben wurde) zunächst mehr als dubios sind (FAZ 5.8.92). Mit Ivan Nagel (Die Zeit, 31.7.92) kann man die Frankfurter Papierkrieger jetzt dessen bezichtigen, was zwar „egal-legal" strafbar, aber nicht justiziabel ist: „der Kriegs- und Rassenhetze."

Im Krieg/Bürgerkrieg ist seit je die (für den Gegner) schlechte Nachricht, unabhängig von ihrem Wahrheits- und Realitätsgehalt, eine gute Botschaft im Dienste der „rechten Sache". Und umgekehrt. Notfalls wird der Überbringer „falscher" Nachrichten erschlagen (ein weiser Bote biegt deshalb jede krumme Nachricht erst einmal grade).

Die meisten medialen Zurüster des realen Bürgerkriegs zum ideologischen Theater sind nicht einseitig, sondern blind und taub: jeder Versuch, in einem Bürgerkrieg „Angriff" und „Verteidigung", „Täter" und „Opfer" nach Kriterien „richtiger" oder „falscher" Gesinnung zu sortieren, um danach „Schuldige" von „Unschuldigen" zu scheiden, verkennt die Realitäten des Bürgerkrieges wie die wirtschaftlichen, sozialen, historischen, religiösen und politischen Ursachen, die ihn erzeugt haben, sowie die Aktionen und Reaktionen Dritter, die Konflikte notorisch verlängern und intensivieren. Hier liegt übrigens ein Hauptgrund, weshalb die Friedensbewegungen — allemal rational-universalistisch und nicht national-chauvinistisch angetrieben — zwar nicht untätig sind, aber nicht mit großen Demonstrationen reagieren können (für und gegen wen denn?). Es bleibt nur die praktische Solidarität mit der Zivilbevölkerung an allen Fronten und humanitäre Soforthilfe — was brächten da Demonstrationen den Flüchtlingen, Vertriebenen und Hungernden in al-

len Landesteilen?

Die europäischen „Staaten" (will heißen: Regierungen der EG-Staaten) haben am Beginn des Konflikts auf dem Balkan nichts unternommen, was den Krieg verhindert oder abgebremst hätte — z.B. rigide Waffen-, Öl- und Finanzembargos gegen alle Teilrepubliken —, dafür sehr viel, was die Erwartungen, Emotionen und Hoffnungen der Nationalisten aller Schattierungen hochschnellen ließ. Insbesondere die deutsche Bundesregierung hat mit ihrer Politik unter der Kannibalenparole „nationales Selbstbestimmungsrecht" und „staatliche Anerkennung" (Sloweniens und Kroatiens) den Konflikt treibhausmäßig geschürt. Als ob es irgendeine rational oder human zuträgliche Möglichkeit gäbe, Regionen wie den Balkan nach „nationalen" Kriterien neu zu vermessen und aufzuteilen. Nicht genug damit: erst die forcierte Anerkennungspolitik Genschers in Slowenien und Kroatien rief die nationalistischen Kräfte in Bosnien-Herzegowina auf den Plan. Noch im Dez. 91 wollte hier keiner Krieg und 100000 demonstrierten in Sarajewo für Frieden. Dann wurden zunächst die auf Ausgleich bedachten bosnischen Medienleute ausgewechselt, die Nationalisten aller Schattierungen traten in Aktion.

Wie sollte dem nationalistischen Territorialisierungswahn in Bosnien-Herzegowina noch gegengesteuert werden, wenn — entgegen der Helsinki-Akte — bereits im Falle Sloweniens und Kroatiens eine gewaltsame und einseitige Veränderung anerkannter Staatsgrenzen (des damals immer noch bestehenden Mitgliedstaates Jugoslawien!) nicht nur hingenommen, sondern tatkräftig unterstützt wurde? Grenzen, zumal auf dem Balkan, sind alles, nur nicht „natürlich": der Kroate Tito wußte, warum er die politisch-ökonomischen Gewichte zwischen den Völkern mit ziemlich willkürlichen, aber erträglichen Grenzen austarierte und insbesondere aufpaßte, daß das „serbische Element" im ganzen Land, also auch in den anderen Republiken, vertreten war. Diese Grenzen schrieben einen internen Ausgleich fest — als Grenzen unabhängiger Teilstaaten sind Titos Republikgrenzen nie gedacht gewesen, und als solche wären sie auch nie von jemandem akzeptiert worden. Mit der Umwidmung der Republikgrenzen zu Staatsgrenzen (dank der blinden EG-Politik!) hat man allein in Bosnien-Herzegowina 30% Serben über Nacht zu Ausländern gemacht. „Brüssel" hat, auf Genschers permanenten Druck hin, den serbischen und kroatischen Bandenchefs und ihren Dirigenten in Belgrad und Zagreb die Schleusen öffnen helfen: jetzt erst begann Bosnien-Herzegowina im Nationalismus zu ertrinken.

Die nationalistisch-serbische Propaganda spielt gerne mit haarsträubenden Vergleichen zwischen Hitler und Kohl/Genscher bzw. Kinkel/Rühe. Das ist so einfältig, wie der Vergleich Adolf Hitlers mit Saddam Hussein, auf den bundesdeutsche Intellektuelle und der linke Meßdienerchor jüngst kamen. Aber richtig bleibt, daß sich Serben gut erinnern, wer 1941-44 das faschistische Kroatien (und sein Grenzen!) schuf und aushielt.

Die blinde europäische Anerkennungspolitik führte erst in die Sackgasse perspektivenloser Realpolitik und dann geradewegs in die Katastrophe für Hunderttausende von Zivilisten: Hat man sich schon mit so etwas Trübem wie „nationaler Selbstbestimmung" eingelassen, gibt es natürlich kein Argument mehr dafür, z.B. den 1,5 Mio. Serben in Bosnien-Herzegowina (bei insgesamt 4,3 Mio Einwohnern) zu verweigern, was man eben Kroaten (trotz 0,6 Mio Serben und 0,5 Mio anderer „Abstammung" bei insgesamt 4,7 Mio Einwohnern) zugestanden hat: „nationale Selbstbestimmung".

Ob der Bruch mit der in Helsinki feierlich bekräftigten Maxime von der „Unverletzlichkeit" der Grenzen die Nationalismen mehr stimuliert hat oder die nationalistische Re-Territorialisierung unter Genschers Ägide und kräftiger Mithilfe, ist unerheblich, weil mit beidem Benzin in jenes Feuer gespritzt wurde, das man angeblich löschen wollte. Fazit des Balkan-Kenners Paul-Marie de la Gorce über die europäische und speziell die deutsche Jugoslawienpolitik: „Statt nach einem Ersatz für das zerstörte Jugoslawien zu suchen, mit einer territorial und politisch von allen Bevölkerungsteilen akzeptablen Verfassung, hat man tatsächlich zur Verschlimmerung und Ausdehnung des Konflikts beigetragen" (Le monde diplomatique, Juli 1992). Ohne schwarz-rot-goldene Pfähle im Auge sieht man die Realitäten gelegentlich doch etwas klarer.

Nationalismen können sich allemal das Wasser reichen, auch wenn der serbische militärisch (momentan) brutaler vorgeht. — Der Kroate und Historiker F. Tudjman, der nach eigenen Worten nur mit dem „kroatischen Volk und Gott" verhandelt (also strenggenommen mit niemandem), versuchte es 1987 mit einem Buch über „historische Wahrheit" und fand als erstes die Schuld der Juden an ihrer eigenen Vernichtung unter dem Regime von A. Pavelic und seinem Ustascha-Mob. Das nennt man einen starken Anfang. Sein Kollege und Präsident des „neuen" Jugoslawien, D. Cosic, fiel 1968 wegen „nationalistischer Abweichung" aus dem ZK heraus und rehabilitierte sich 1986 selbst mit dem von der Akademie der Wissenschaften in Belgrad abgesegneten „Memorandum", das den Umfang eines serbischen Staates definiert nach den Gebieten, in denen Serben leben. Auch nicht schlecht und sehr dehnungsfähig. Es gibt in Europa seit 180 Jahren keinen Nationalismus, der nicht wenigstens ein Bein am akademischen Katheder stehen hätte, insofern ist bislang noch jeder europäische Nationalismus auch ein legitimes Kind des akademischen Irrationalimus.

Dieser produziert den „demokratischen Nationalismus" und dessen vermeintlich demokratisierendes Potential: Milosevic ist für einmal etwas ehrlicher, verordnet Nation pur und läßt erst gar nicht wählen; das kroatische „Wahlrecht" bemißt sich am Besitz einer „Heimaturkunde" (Domovnica) — ein Mittelding aus Geburtsurkunde und „Rassenpaß". Gleichheit? Demokratie? Menschenrechte?

Allein in Zagreb, um auch mal von anderen als bosnischen und kroatischen Flüchtlingen zu reden, gab es innerhalb von 9 Monaten 400 Brandanschläge auf Häuser und Wohnungen von Serben; 40% der Serben in Kroatien sind längst geflohen, wovon man in deutschen Zeitungen allenfalls im Kleinstgedruckten eine Notiz findet. Ein böses Erwachen könnte sich für die bosnischen Muslime (noch akzeptierte Partner im Zweckbündnis mit kroatisch-katholisch gesteuerten Bosniern) am Zahltag ergeben. Sie scheinen das zu ahnen, denn die Muslim-Führung spricht nicht von Flüchtlingen und nicht von Wasser und Brot, sondern nur von Waffen, die die „islamischen Brüder" schicken sollen. Waffen könnten in der Tat sehr schnell gegen Serben und Kroaten nötig werden, denn der kroatische Nationalist F. Tudjman ist sich mit seinem serbischen Kollegen V. Seselj im Prinzip über eine Aufteilung von Bosnien-Herzegowina zwischen Serbien und Kroatien einig (eine Forderung, wofür letzterer 1984 wegen „nationalistischer Propaganda" verurteilt wurde). Beide, Tudjman und Seselj, waren schon vor 10 Jahren der Meinung, die bosnischen Muslime seien eine „erdachte Nation" — was zumindest hinsichtlich der gentilen Zusammensetzung und Entstehung auf alle europäischen „Nationen" zutrifft. Bosnische Muslime auf die Schlachtbank, serbische und kroatische Nationalisten ins europäische Staatstheater! „Nationale Selbstbestimmung" — wie gehabt. ■

Dokumentation: **In Split und Zagreb**

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie" hat in einem Appell (Frankfurter Rundschau und taz vom 22.7.92) vor ,,alle(n) militärischen Aktionen der Bundeswehr in der Adria und andernortes im dortigen Kriegsgebiet" sowie vor ,,militärisch bestückten humanitären Aktionen, die immer die Gefahr zur Eskalation (...) in sich bergen" gewarnt.

Zur Unterstützung von Flüchtlingen und Antikriegsgruppen im ehemaligen Jugoslawien leistet das Komitee auch humanitäre, medizinische und publizistische Hilfe in beträchtlichem Umfang. Zuletzt übergaben die Komiteemitglieder Klaus Vack, Suso Lederle und Sven Griemert in Split dortigen Flüchtlingsärzten Medikamente und Impfstoffe im Wert von ca. DM 60000. Aus den Notizen, die Klaus Vack während dieser Hilfsaktionen vom 8.-10. August 1992 in Split und Zagreb schrieb, im folgenden ein Auszug. Im Anschluß daran dokumentieren wir den ,,Appell an die deutsche Friedensbewegung" von der ,,Anti War Campaign Croatia".

Dritte Station: Visite eines Feldcamps mit etwa 900 Flüchtlingen, ebenfalls aus Bosnien. Es scheint sich um strenggläubige Menschen zu handeln, denn sie wurden anscheinend unter diesem Gesichtspunkt in diesem Lager zusammengebracht. Als wir dort sind, findet gerade eine religiöse Feier statt, an der sich fast alle Erwachsenen beteiligen.

Bei diesen Lagern handelt es sich um einen ehemaligen Campingplatz, ausgelegt für etwa 300 Personen, direkt an der Adriaküste, etwas außerhalb von Split. Etwa 900 Flüchtlinge, davon etwa 400 Kinder. Die sanitären Anlagen sind noch katastrophaler als in den Vis Baracks. Die meisten Flüchtlinge sind dort bereits seit Mai. Die Fluktuation ist also gering. Die Verpflegung in den Lagern — auch in diesem — stellen die großen Hotels her, die mit wenigen Ausnahmen alle mit Flüchtlingen belegt sind. Das Essen ist rationiert, gegenwärtig auf etwa 1200 Kalorien pro Person und Tag. Da es an Geld mangelt, wird zur Zeit über eine Herabsetzung auf 1000 Kalorien gesprochen.

In diesem Camp gab es vor wenigen Wochen eine Schigellose-Seuche. Dies ist eine Darmkrankheit, die sofortiger medikamentöser Behandlung bedarf, was in diesem Falle auch möglich war, sonst hätte es wahrscheinlich viele Tote gegeben.

Das Lager hat eine Art Selbstverwaltung und findet regelmäßige Unterstützung (aber keine ständige Anwesenheit) durch einen Sozialarbeiter, einen Arzt und einen Psychologen.

Die Flüchtlinge kommen überwiegend aus zerstörten Dörfern. Sie sehen keine Perspektive dafür, zurückzugehen. Viele sind resigniert. Größte Sorge ist der Winter, denn alle hausen in Zelten und schlafen jetzt im Sommer nicht selten auf dem blanken Boden. Ein Mitglied der Lagerleitung sagt uns, daß aus diesem Camp viele Flüchtlinge (er schätzt 30 Prozent) in den Norden ins Ausland möchten, weil es für sie keine Chance gäbe.

Exkurs: Der verbreitete Wunsch in diesem Lager, wegzukommen, ist untypisch für die Flüchtlinge in Split. Die meisten sind gerade deshalb in Split, weil sie bleiben und so bald wie möglich wieder zurück wollen. In diesem Lager spenden wir momentan DM 1000,—, um auf dem — florierenden — Markt von Split frisches Obst und Gemüse für die Flüchtlinge einkaufen zu können.

5. Station: Fünfstündiges Gespräch mit Vesna Terselic und weiteren Mitgliedern der Anti-War-Campaign in Zagreb.

Wir erfahren, daß inzwischen alle Antikriegsinitiativen in Kroatien, in Slowenien und vor allem in Bosnien-Herzegowina eine militärische Intervention durch das Ausland fordern. Auch die kroatische Friedensliga in Zagreb, mit der wir im Winter 1991 in größerem Umfange medizinische Hilfsaktionen abgewickelt, aber seit Monaten keine Verbindung mehr haben.

Auch in der Anti-War-Campaign habe es eine Diskussion gegeben (sie zählt über 400 Mitglieder, von denen etwa 40 aktiv sind), aber die Diskussion wurde von der Mehrheit abgebrochen unter Berufung a) auf die Verpflichtung zur Gewaltfreiheit in der Gründungserklärung und b) wegen der Notwendigkeit aktiven Arbeitens (,,Soldaten gibt es zuviel, freiwillige Helfer in den Flüchtlingslagern viel zu wenige").

Die Anti-War-Campaign hat sich seit Mitte Juli 1992 in drei Flüchtlingslagern engagiert (siehe Kasten: Appell an die deutsche Friedensbewegung: Unterstützt die Flüchtlingshilfe ,,Internationale Freiwillige" in den Flüchtlingslagern Kroatiens).

Wir haben zugesagt, daß wir nach unseren Möglichkeiten die weiteren Aktivitäten in dieser Sache unterstützen und den Appell ,,Internationale Freiwillige" weiterverbreiten wollen. Wir sind dabei davon ausgegangen, daß hier zum einen mit relativ geringem Aufwand sehr wirksame Hilfe geleistet werden kann und daß zum anderen ein solcher Impuls für Teile der Friedensbewegung in der BRD politisch außerordentlich hilfreich sein dürfte.

Da diese Arbeit auch mit erheblichen Organisationskosten verbunden ist, werden wir vorerst für die Monate September bis Oktober je DM 3000,— Organisationskosten an die Anti-War-Campaign zahlen.

Desweiteren werden wir — wie erwähnt — den Appell an die deutsche Friedensbewegung verbreiten. Es existiert ein umfangreiches Papier zur Aktion ,,Internationale Freiwillige" in englischer Sprache, das in deutsch übersetzt wird und all denjenigen, die Interesse bekunden, für 2 Wochen (mindestens), 3 Wochen oder länger in einem Camp zu arbeiten, zur Verfügung gestellt wird (Anforderung bei Komitee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal; bitte DM 3,— in Briefmarken beilegen). Diesem Papier ist auch ein Formular beigefügt. Alle, die sich anmelden wollen, sollten dies direkt an die Adresse der Anti-War-Campaign in Zagreb tun.

Klaus Vack

Unterstützt die Flüchtlingshilfe
,,Internationale Freiwillige"
In den Flüchtlingslagern Kroatiens

Seit dem 16. Juli 1992 arbeiten wir in den Zagreber Flüchtlingslagern, in denen Flüchtlinge aus Vukovar und anderen schwer unkämpften Gebieten, sowie aus Bosnien-Herzegowina eine notdürftige Bleibe gefunden haben. Im Anschluß an diese Basisausbildung fahren die ,,Internationalen Freiwilligen" aus mehreren europäischen Ländern in die Flüchtlingslager, in denen Betreuung, Unterstützung und Hilfe besonders dringend benötigt werden. Bisher waren dies die Flüchtlingslager in Pula und Savudrija in Istrien und Gasinci in Ost-Slawonien, dem größten Flüchtlingslager in Kroatien.

Nach unseren bisherigen guten Erfahrungen bei dieser Arbeit, die uns auch von den UNHCR (Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen) bestätigt wurden, wollen wir die Aktion ,,Internationale Freiwillige" weiterführen und ausbreiten. Besonders die Vorbereitungen der Camps zum ,,überwintern' sind wichtig. In fast allen Gruppen müssen die sanitären Einrichtungen erheblich verbessert werden. Die meisten Camps haben noch keine großen Räumlichkeiten für den Aufenthalt und die wintersichere Unterkunft der Flüchtlinge.

Wir appellieren dringend an die Mitglieder der Friedensbewegungen sowohl in Deutschland als auch in anderen europäischen Ländern, sich während der Zeit von Anfang September bis Ende dieses Jahres für zwei bis drei Wochen an diesen freiwilligen Aktionen zu beteiligen. Bisher konnten wir nur drei freiwilligen Arbeits-Camps von je drei Wochen organisieren. Die Zeit drängt, das Flüchtlingselend nimmt von Tag zu Tag zu. Wir werden im Herbst und Winter in mindestens zehn Camps arbeiten und brauchen dabei die Unterstützung von etwa 300 - 400 Friedensmenschen, die konkret helfen, ,,die Ärmel hochkrempeln und zupacken" wollen.

Viele Friedensgrüße aus Zagreb!

Komitee f. Grundrechte und Demokratie

ZELJCO CUNOVIC / CHRISTOPH GÖRG

Die Intervention ist längst erfolgt — jetzt muß sie auch kontrolliert werden

Mit dem Übergreifen auf Bosnien-Herzegowina hat der Krieg im zerfallenden Jugoslawien eine neue Stufe der Eskalation der Gewalt erreicht. Bei aller Kritik, die an der medialen Inszenierung dieses Krieges geübt werden muß (s. den Beitrag von L. Ludovico), steht doch die Frage im Raum, wie den Grausamkeiten und den Verbrechen begegnet werden kann, die dort vor aller Augen begangen werden. Dazu ist weiterhin ein Nachdenken darüber erforderlich, wie es zu dieser Eskalation gekommen ist. Nur so kann verhindert werden, daß die erfahrene Ohnmacht gegenüber dieser Zuspitzung in illusionäre Wunschvorstellungen über die Möglichkeiten einer militärischen Intervention umschlägt, einer Intervention, die mit zweifelhaftem Erfolg in Wirklichkeit schon längst stattgefunden hat. Zeljco Cunovic ist in Kroatien geboren und in der Bundesrepublik aufgewachsen. Er arbeitet als Arzt im Rhein-Main-Gebiet.

Christoph Görg: *Betrachtet man die Berichterstattung zum ehemaligen Jugoslawien, hat man den Eindruck, daß sich die ganze Diskussion überwiegend zwischen zwei Polen bewegt. Auf der einen Seite der Versuch, den ganzen Konflikt in einfache Weltbilder zu fassen und eindeutig einen Schuldigen zu benennen. Ein Beispiel dafür wäre Dunja Melcic (in der taz vom 15.8.92), die den großserbischen Nationalismus für alles verantwortlich macht und die die anderen Nationalismen einfach zu Freiheitskämpfern erklärt, die Unterstützung brauchen. Das Ergebnis liegt hier klar auf der Hand: man muß auf der Seite des Schwächeren militärisch intervenieren. Auf der anderen Seite steht die Position, eigentlich nur noch humanitäre Kategorien zu gebrauchen und sich über die historischen und politischen Hintergründe des Konflikts keine Gedanken mehr zu machen. Auch hier ist die Sachlage scheinbar einfach, denn niemand kann bestreiten, daß Kinder und überhaupt die ganze Zivilbevölkerung fürchterlich unter dem Krieg leiden — und daß man dagegen etwas unternehmen muß. In dieser Polarisierung steckt m.E. das Problem, daß sich die Dynamik des Krieges inzwischen so verselbständigt hat, daß Erklärungen über die Hintergründe für das aktuelle Handeln scheinbar keinen Nutzen mehr haben. Ja stärker noch, je mehr man über die Hintergründe weiß, desto hilfloser kommt man sich vor gegenüber der erreichten Eskalationsstufe angesichts der Gnadenlosigkeit und der Brutalität, mit der hier auf allen Seiten gekämpft wird.*

Zeljco Cunovic: Es gibt noch einen dritten Pol, nämlich die Position, die alles relativiert. Die das Ganze zwar noch erklären will, dann aber sagt, wir müssen uns aus allem raushalten, weil das wildgewordene Balkanesen sind, weil das Stammeskämpfe sind da unten, nationalistisch aufgeputscht. Wenn die sich gegenseitig umbringen wollen, dann kann man von außen nichts machen, das ist eben so. Die Schwierigkeit besteht darin, alle drei Positionen zu berücksichtigen und gleichzeitig handlungsfähig zu sein. Man muß den Konflikt schon historisch erklären, und zwar in einem weit ausholenden Rückblick und dann die politische Entwicklung seit 1980, dem Tod Titos, sowie die Eskalation des Krieges in den letzten eineinhalb Jahren.

Aber gerade wenn man die letzten 10 und die letzten eineinhalb Jahre gegenüberstellt, hat doch der „entsetzte Zuschauer", wie Paul Parin sagt, den Eindruck, daß plötzlich eine ungeheure Dynamik in den Konflikt hineinkommt, daß irgendwann eine Schwelle überschritten wurde, von der ab alles scheinbar nach eigenen Gesetzen unerbittlich abläuft. Da findet sich dann eine Brutalität, es werden anscheinend wahllos Menschen umgebracht, Wohnviertel bombadiert, ohne daß man dahinter noch einen — sei es auch nur militärischen — Sinn erkennen kann. Sicher, es gibt ein Wissen darüber, wie die Nationalitätenpolitik schon unter Tito — noch mehr aber nach seinem Tod — den Haß angestachelt, ihn geschürt und vielleicht auch in mancher Hinsicht erst geschaffen hat, wie die serbischen Führer die nationalistische Karte aus Legitimationsgründen ausgespielt haben und vieles mehr. Aber gibt es nicht in den letzten Monaten einen Bruch, eine neue Dynamik, die darüber hinausgeht?

Cunovic: Ja, das historische Wissen hilft im Moment, jenseits dieses Bruchs, wenig. Aber man darf auch nicht vergessen, daß man einfach nicht so viel weiß über die jetzige Situation und kaum auf sichere Informationen zurückgreifen kann. Viele, die das Gegenteil behaupten, lügen, bzw. erliegen

einer Selbsttäuschung in dem Bestreben, die unerträgliche Ungewißheit zu beseitigen. Das meiste ist serbischen Verbänden durchaus zuzutrauen, aber nicht weniger auch kroatischen oder moslemischen Einheiten. Ich werde häufig mit der Frage deutscher Mitbürger konfrontiert, ob man das Ganze erwarten konnte, ob es absehbar war. Dahinter steckt oft die heimliche Vermutung: Gibt es nicht doch etwas, was die Menschen vom Balkan vom Mitteleuropäer unterscheidet, eine Natur der Balkanbewohner, die hier zum Ausdruck kommt? Mein Eindruck ist: Politisch war die Entwicklung seit zwei Jahren zu befürchten. Was aber die Menschen angeht, wie ich Jugoslawen vor dem Krieg erlebt habe und wie ich z.B. Deutschland erlebe, da möchte ich alle Europäer warnen: Es wäre überall möglich! An vielen Stellen gibt es politisch unbewältigte Altlasten an Haß, die — zumal nach 10 Jahren wirtschaftlicher Talfahrt, nach einer wirtschaftlichen Katastrophe — zu mobilisieren und zu kanalisieren wären. Die Eigendynamik des Krieges, des Leidens, des Tötens — wenn also solche angestauten Gefühle einmal losgetreten sind und sich frei entfalten dürfen, kann das überall passieren. Hier irgendwo liegt der Bruch: Der Bruch mit den Normen der Zivilisation, das Niedertreten der letzten Tabus. Dabei haben die in- und ausländischen Medien und die Propaganda der Konfliktparteien eine wesentliche Rolle gespielt. Und dann gibt es in jeder Gesellschaft einen Bodensatz von Leuten, die zu besonderen Grausamkeiten und Verbrechen schon in Friedenszeiten fähig sind. Das waren die ersten Tabubrecher. Und es gab auf beiden Seiten, auf Seiten der Serben und Kroaten, starke Kräfte, die sehr daran interessiert waren, daß die Gegenseite die Verbrechen auch begeht, die man ihnen dem eigenen nationalistischen Vorurteil nach zutraute. Irgendwann beging dann einer so ein Verbrechen und lieferte damit der Gegenseite die Legitimation für das eigene Handeln. Die Serben haben sogar die an ihnen während des 2. Weltkriegs begangenen Verbrechen als Vorab-Legitimation mißbraucht, um sozusagen präventiv gegen die vermeintliche Bedrohung vorzugehen. Und es findet sich auf der Gegenseite immer jemand, der mit gleicher Münze heimzahlt.

Das Attentat auf den Bus mit den Waisenkindern war sicherlich ein Beispiel par excellence für diesen Mechanismus. Da die Weltöffentlichkeit total auf diesen Transport fixiert war bot er eine gute Gelegenheit, um Aufmerksamkeit zu instrumentalisieren. Und es hat funktioniert. Am Tag nach den Schüssen titelten Zeitungen in großen Schlagzeilen: „Serben beschießen Bus mit Waisenkindern!" Ohne daß irgendjemand weiß, wer wirklich geschossen hat.

Cunovic: An dieser Stelle kann man an die Propagandalügen im Golfkrieg erinnern, oder an die angeblich 10000 Toten beim Sturz von Ceaucescu, und nachher waren es noch 200, das hat dann niemanden mehr in-

teressiert. Aber man muß aufpassen. Auch eine falsch verstandene kritische Haltung den Medien gegenüber kann die Opfer verhöhnen. Was die serbischen Milizen in Vukovar taten, war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und was sie jetzt mit Gorazde machen ebenfalls. Was Kroaten und auch Moslems mit Serben gemacht haben, müssen wir noch herausfinden und gegebenenfalls genauso verurteilen und fordern, daß die Verantwortlichen individuell zur Rechenschaft gezogen werden.

Etwas anderes ist die historische Herleitung des Konflikts. Hier ist für mich eine ziemliche Verunsicherung eingetreten. Wenn ich mir z.B. anschaue, wie im Nachkriegsjugoslawien mit der Geschichte umgegangen wurde, diese klare Festschreibung von Gut und Böse. Da gab es auf kroatischer Seite die bösen Ustascha, auf serbischer Seite die bösen Tschetniks, und auf beiden Seiten die guten Partisanen. Aber das läßt sich nicht in schwarz-weiß-Malerei trennen. Viele waren in beide Seiten verwickelt oder haben irgendwann die Seiten gewechselt. Heute weiß man, daß es nicht so war, wie es die offizielle Geschichtsschreibung darstellte. Jetzt wird alles relativiert und oft sogar ins Gegenteil verkehrt. Selbst was das Zwischenkriegsjugoslawien angeht, ist vieles bei mir ins Wanken geraten. Ich hatte ein klares Bild und stelle jetzt fest, ganz so war es nicht.

Es gab damals die Idee des Jugoslawismus, die Idee, aus dem — wie das damals genannt wurde — „Völkerkerker" Österreich/Ungarn auszubrechen. Da gab es ein starkes Bestreben — von kroatischer und slowenischer Seite, und auch von Seiten der Kraijna-Serben, die damals in Österreich/Ungarn gelebt haben und heute in Kroatien im Kriegsgebiet sind — nach einem jugoslawischen Staat. Dahinter stand auch noch die Idee des Panslawismus aus dem letzten Jahrhundert. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist die, wie die Einigung dann stattgefunden hat, als serbisches Königreich. Viele Minderheiten, viele kleinere Völker sind völlig unter den Tisch gefallen, es hieß Königreich von Serben, Kroaten und Slowenen, und der Rest wurde gar nicht mehr erwähnt. Schon damals gab es eine hegemoniale Politik der Serben. So hat der Panslawismus für die eine Seite bessere Karten gebracht als für die andere Seite. Dann die Frage, was in den 20er und 30er Jahren unter der Diktatur des Königs eigentlich geschehen ist und was im 2. Weltkrieg passierte. Was heute sowohl von den national gesonnenen Serben als auch von den Kroaten hochgehalten wird, sind die tatsächlichen oder vermeintlichen Verbrechen der Partisanen. Stichwort Bleiburg, wo am Kriegsende der Rest der kroatischen Armee mitsamt ihren Familienangehörigen angeblich oder tatsächlich umgebracht wurde. Ich weiß nicht, wieviele da umgebracht wurden, 1000, 10000, 100000 — die Zahlen schwanken wirklich um den Faktor 100. Früher war das nur Thema in der kroatischen Extremisten-Presse im Ausland. Es gibt eine totale Verunsicherung, was tatsächlich stattgefunden hat. Große Konzentrationslager, z.B. das in Kroatien, Jasenovac — wieviel Serben da umgebracht wurden. Es mindert nicht das Verbrechen, wenn es weniger waren, als früher dargestellt wurde. Aber die Revision der Geschichte ermöglicht allen Seiten zu sagen: Na gut, wenn's nicht 300000, sondern nur 200000 waren, die da umgebracht wurden. Mit der gleichen Logik läßt sich behauptet, es sei alles gelogen, es wurde gar keiner umgebracht.

Ein weiterer Punkt, der zur Verunsicherung beiträgt, ist die Politik des Auslands, der EG, aller internationalen Organisationen und auch der Großmächte. Bis zum Krieg in Slowenien hat man ja eine double-bind-Politik betrieben. Einerseits wurde gesagt, Jugoslawien muß zusammenbleiben, denn es ist ein stabiler Faktor auf dem Balkan. Gleichzeitig hat man die Menschenrechtsverletzungen auf dem Kosovo, die seit 1980 allen Akteuren zeigte, was an Verbrechen möglich ist, kaum wahrgenommen. Genausowenig wurde wahrgenommen, daß diese neuen jugoslawischen Führer in den verschiedenen Republiken das nationale Moment alle sehr stark betonen, daß das im Prinzip alles nationalistische und separati-

stische Bewegungen sind. Man hat also Tudjmann unterstützt und man hat Belgrad unterstützt. Jeder konnte auch in der Innenpolitik sicher sein, daß das Ausland auf seiner Seite ist — bis zum Krieg in Slowenien. Und da schon ist das Grundmuster des Konflikts erkennbar, und auch die Reaktion der Medien darauf. Die Slowenen haben sich für unabhängig erklärt und die Grenzschilder ausgewechselt. Mehr haben sie ja zunächst nicht gemacht. Dann stimmt es wohl, daß die jugoslawische Volksarmee mit leeren Rohren da einmarschiert ist, einfach Panzer auf die Grenze gestellt hat, was ja völkerrechtlich gesehen ein völlig legitimer Akt war. Diesen Akt konnte man trotzdem sehr unterschiedlich bewerten. Woher sollte die slowenische Heimwehr auch wissen, daß das leere Rohre sind. So haben sie sich verteidigt, haben praktisch angegriffen und waren wohl die ersten, die geschossen haben. Im darauffolgenden kleinen Krieg hat sich die Volksarmee ganz schnell zurückgezogen. Von Seiten des Auslands wurde aber der Böse ganz schnell auf der Seite der Volksarmee ausgemacht und ein Teil des Auslandes hat dann sofort die Unabhängigkeit Sloweniens unterstützt. Frankreich und England haben damals noch gesagt, es darf keine Abspaltungen geben...

Man hat fast den Eindruck, daß diese Prinzipien — also: Jugoslawien muß zusammenbleiben oder die Unabhängigkeitsbestrebungen sind zu unterstützen — egal wie sie angewendet wurden, den tatsächlichen Strategien der Beteiligten überhaupt nicht gerecht wurden.

Cunovic: Die waren auch völlig beliebig.

Sie waren völlig beliebig und sie haben teilweise sogar zur Eskalation beigetragen, indem sie Politiker groß gemacht haben, die den Konflikt eskalieren lassen wollten. Und sie waren auch dem tatsächlichen Verlauf der Auseinandersetzung, den beteiligten Strategien überhaupt nicht angemessen. Wenn die jugoslawische Armee die Grenzen sichern will, vielleicht hätte man darauf eine andere Sprache finden müssen als nur mit abstrakten Prinzipien zu reagieren.

Cunovic: Das Prinzip, das dahinter stand, war: Das Land muß zusammenbleiben. Dieses Paradigma hat aber unter starkem Drängen Deutschlands, unter der Führung Genschers, völlig gewechselt. Im Herbst 91 war dann die Rede davon: Das ganze Jugoslawien ist ein „Völkerkerker" — da tauchte dieses Wort aus der Geschichte wieder auf. Und das „Selbstbestimmungsrecht der Völker", wovon ja jetzt überhaupt nicht mehr die Rede ist, das ist völlig aus der öffentlichen Diskussion weg. Dann wurde gesagt, die müssen auseinander, das war von vornherein ein künstliches Gebilde. Damals hat kaum jemand darauf aufmerksam gemacht, daß alle Staaten künstliche Gebilde sind. Mittlerweile hat man dann das Paradigma wieder gewechselt und sagt jetzt in Bosnien, dieses Land muß bestehen bleiben. Ich denke zwar auch, daß es bestehen bleiben sollte, aber das Problem liegt tiefer. Diese völlige Beliebigkeit, daß historische Ereignisse, aktuelle Ereignisse und abstrakte Prinzipien völlig beliebig angewendet werden, um das durchzusetzen, was man politisch möchte.

Cunovic: Man kommt auch nicht um einen ganz wichtigen Punkt herum: die wirtschaftliche Situation. Das wurde auch völlig vom Westen ignoriert. Es ist aber wichtig gerade auch im Hinblick auf die ehemalige Sowjetunion. Seit dem Tode Titos vor 12 Jahren hat sich zum einen das Interesse an Jugoslawien verringert und zum anderen befand sich das Land in einer tiefen Wirtschaftskrise. Die Krise begann ja nicht 89, sondern irgendwann Ende der 70er Anfang der 80er Jahre. Man muß sich vorstellen, daß in Jugoslawien in den 60er und 70 Jahren ein ungeheurer Aufschwung stattgefunden hat.

Der Lebensstandard ist vor allem in den größeren Städten stark angestiegen, da gab es keinen größeren Unterschied mehr zu Österreich oder Italien. Und dann hat eine totale Talfahrt stattgefunden, bis man Ende der 80er Jahre auch ohne den Krieg schon Anschluß an Afrika gefunden hat, was den Lebensstandard angeht. Das hat jenen mit den einfachen Lösungen und den einfachen Erklärungen die Menschen in die Hände gespielt. Fast 80% der Argumente, die man sich damals vorgehalten hat, waren austauschbar. Die Kommunisten haben allen geschadet, die Kroaten hätten den Serben viel weggenommen, und umgekehrt. Dann gab es den Nord-Süd-Konflikt zwischen dem reichen Slowenien und dem armen Süden. Natürlich hat sich der Norden auch auf Kosten des Südens entwickelt. Was in Jugoslawien aber auch stattgefunden hat war ein Transfer von Geldern und Gütern vom reicheren Norden in den Süden, der aber dort vor allem nur zur Absicherung von Privilegien der Nomenklatura geführt hat. Diese wirtschaftliche Situation ist eine Triebkraft für den Konflikt, die man nicht außer Acht lassen darf. Hier hat sich das Ausland auch völlig bedeckt gehalten. In den 70er Jahren sind Kredite reingepulvert worden, mit denen nichts Vernünftiges angefangen wurde. Sie sind direkt in Lebensstandard umgesetzt worden. Dann mußte man erst mal erklären, ,,warum es uns so schlecht geht". Das betraf die Führer der neuen Bewegungen. Paradebeispiel ist wieder Tudjman, die mussten erklären, ,,wie wird es uns besser gehen". Und da war natürlich die Lösung: ,,Es wird uns besser gehen, wenn wir die anderen los sind".

Um noch zu einem drängenden Problem zu kommen: Auch wenn das Ausland, speziell die EG, viel mit der Dynamik, mit der Eskalation des Konfliktes zu tun gehabt haben: Jetzt ist das Kind in den Brunnen gefallen! Angesichts des Wissens beispielsweise um die Gefangenenlager wird die Frage gestellt, ob man nicht schon aus humanitären Gründen gezwungen ist, alles einzusetzen, um dem ein Ende zu bereiten — bis hin zur militärischen Intervention. Es läßt sich so argumentieren, daß die Verbrechen eine absolute moralische Evidenz besitzen, daß man also nicht untätig bleiben dürfe, und daß es auch nicht mehr entscheidend ist, wie das zustande gekommen sein mag.

Cunovic: Die Angst, die mich dabei beschleicht, ist die einer weiteren Eskalation und diese Gefahr liegt ja auf der Hand. Aber es ist schon die Frage, ob dort, bei aller Propaganda und bei allen Übertreibungen Verbrechen in einem solchen Ausmaß geschehen, denen man nicht einfach zusehen kann, denen man von außen irgendwie begegnen muß. Die Frage ist aber: Was kann man dem entgegensetzen?

Diskutiert werden ja Intervention und Embargo. Eine militärische Intervention ist sicherlich unkontrollierbar, und es ist auch nur schwer vorzustellen, wie man genau die Lager befreien will, wo oft noch nicht mal ihre genaue Existenz geklärt ist.

Cunovic: Jede Intervention, v.a. eine massive, militärische, müßte weg von der Unterstützung nur eines Konfliktgegners. Auch wenn es im Moment wahrscheinlich ist, daß das Ausmaß der Verbrechen auf serbischer Seite größer ist, müsste sich eine Intervention gegen alle Seiten richten. Genauso, wie man den serbisch besetzten Osten Bosniens nach versteckten Lagern durchkämmen müßte, wäre das mit West-Bosnien und der Herzegowina, die von Kroatien kontrolliert werden, auch zu machen.

Ließe sich deiner Meinung nach überhaupt noch eine Lösung denken außerhalb der drei möglichen Horroszenarios: gewaltsame Trennung der Völker und nachfolgende ethnische Vertreibung, langanhaltender Krieg

oder militärische Intervention und weitere Eskalation?

Cunovic: Es gilt wohl immer noch das, was schon vor zwei Jahren vorhergesagt wurde: Ein Krieg mit mindestens 50000 Toten — wenn nicht noch etwas anderes passiert. Schon damals zeigte sich das hilflose Suchen der kleinen Grüppchen aus der Opposition in Jugoslawien, ihre Appelle nach außen, an die Welt: Es muß irgend etwas geschehen, sonst rennen wir in die Katastrophe! Jetzt ist die Situation, was einen langandauernden Krieg, was die Steigerung angeht, ähnlich. Wenn nicht etwas Unvorhergesehenes passiert, dann ist diese schlimmste Entwicklung vorprogrammiert. Sie hätte vielleicht erst dann ein Ende, wenn beispielsweise 500000 Soldaten aus westlichen Ländern da stationiert sind, und unter denen sich zahlreiche Opfer befinden. Daß dann von der UNO, von den Ländern, aus denen die Soldaten kommen, der Druck so groß wird, daß man es mit massiver Gewalt schafft, dieses Töten zu beenden.

Dann setzt du letztlich darauf, daß erst eine bestimmte Eskalation einen Schrecken produziert, der groß genug ist. Aber diese Eskalation kann auch dazu führen, daß immer mehr Länder hineingezogen werden — Türkei und Iran haben sich schon angemeldet. Der Konflikt kann auch springen und an anderer Stelle aufflammen. Ich will noch mal anders fragen. Diese Hilflosigkeit, die ja auch die Grundlage deiner Hoffnung auf das ganz andere ist, diese Ohnmacht gegenüber der Situation, die unaufhaltsam auf eine Katastrophe zutreibt, die scheint mir auch die Bereitschaft zu gewaltsamen Lösungen hervorzubringen?

Cunovic: Schon vor zwei Jahren haben ganz andere Kräfte als heute in Jugoslawien einen friedensbewahrenden UNO-Einsatz gefordert. Es ist ja schon ein paarmal in der Weltgeschichte versucht worden, bspw. in Namibia, wenn abzusehen war, daß so ein Pulverfaß da ist, präventiv einzugreifen. Das ist nicht geschehen. Also die Gefahr eines Überspringens würde ich für nicht so gering halten. Selbst wenn man wie ich die Gefahr, daß es auf einen Krieg hinausläuft, und daß dieser Krieg ganz schrecklich sein wird, wenn man diese Gefahr gesehen hat, konnte sich wohl niemand den Krieg so richtig leibhaftig vorstellen. Jetzt ist er da. Die Frage ist, ob das was in Jugoslawien passiert, ob sich daraus ein europäischer oder auch ein Weltkrieg entwickelt. Ich will das nicht beschwören — und ich halte es auch nicht für so wahrscheinlich. Aber es gibt auch bei einem UNO-Einsatz das Problem, ob nicht ganz alte historische Allianzen mit gegensätzlichen Interessen wirksam werden. Wenn die gemischt-zusammengesetzten UNO-Truppen in Kämpfe hineingezogen würden, dann würde ich es nicht für ausgeschlossen halten, daß sich dann UNO-Truppen auf verschiedene Seiten stellen. Die Ukraine und Rußland haben ja, soviel ich

Bosnische Flüchtlinge

weiß, schon Einheiten dort. Welche Allianzen der ukrainische Kommandeur von Sarajevo eingehen wird, das weiß der Kuckuck...

Man sollte also alle Schritte vermeiden, die zu einer weiteren Eskalation beitragen könnten. Wie könnte man aber die Konfliktspirale umdrehen, mit welchen konkreten Schritten könnte man da anfangen?

Cunovic: Ein konkreter Schritt könnte schon in Richtung der Gefangenenlager gehen, daß man sich einmischt. Vielleicht ist die Frage: Intervention ja oder nein? falsch gestellt. Im Prinzip hat sich die UNO, die EG schon eingemischt, politisch schon lange und militärisch jetzt auch. Man muß also ganz weg von dieser Diskussion: ja oder nein, denn man ist drin. Es ist zu diskutieren: Was sollen die da tun? Ist das sinnvoll oder nicht? Denn die Illusion, die hinter der anderen Frage steht, ist doch die: Es werden ein paar hunderttausend Soldaten hingeschickt und ein paar Flugzeuge, die bombadieren etwas — und dann ist Ruhe. Das ist eine Illusion! Deswegen bringt auch die Diskussion — Darf man Gewalt überhaupt einsetzen? — nicht weiter. Es geht nicht um das Prinzip: Jede militärische Gewalt ist schlecht! Dieses Prinzip bringt hier nichts. Eine Prämisse wäre vielmehr die, daß alle Maßnahmen ethisch vertretbar sind, wenn man die Hoffnung begründen kann, daß damit der ganze Konflikt, das ganze Leiden eingedämmt werden kann. Statt dessen wird gefragt: Soll man die Serben hauen, oder soll man sie nicht hauen? Aber ein Problem kommt hinzu. In vielen Gebieten herrscht heute das Faustrecht. Da gibt es lokale Führer mit einer fast unumschränkten Machtfülle, die müssten sie verlieren. Und die denken nicht daran, diese Macht abzugeben.

Es müßte also auch die Struktur dieser Warlords aufgelöst werden, was ja historisch immer nur dadurch gelang, daß sich eine starke Zentralgewalt durchsetzte. Aber darauf kann hier nicht gesetzt werden, denn die offiziellen staatlichen Führer sind durch die Bank ähnlich. Hier wäre auch ein rudimentäres Äquivalent für diese übergeordnete Gewalt zu finden, bspw. in bestimmten verpflichtenden Prinzipien, die von der UNO durchzusetzen sind. Daß man also diese Warlords dazu zwingen muß, sich an bestimmte Prinzipien zu halten. Bei Verstößen sind dann Einzelne zur Verantwortung zu ziehen. Vielleicht könnte man dadurch auch der Zerfaserung des Konflikts, die auch die Haltbarkeit von Waffenstillständen bislang untergraben hat, begegnen. Statt dessen geschieht in der Regel das Gegenteil: Pauschale Vorwürfe, die relativ willkürlich gehandhabt werden.

Cunovic: Inzwischen ist es auch so, daß wirklich jeder genügend Argumente anführen kann, um sein eigenes Handeln zu rechtfertigen. Man muß sich vor Augen führen, was da passiert ist und was das bedeutet. Was zerbrochen ist, wenn die eigene Familie umgekommen ist usw. Wenn man von seinem Nachbarn vertrieben wird. Da sind Hunderttausende, die unter den Folgen des Zivilisationsbruchs leiden. Dadurch, daß der Konflikt eine solche Schwelle überschritten hat, wurde er auch zum Selbstläufer. Deshalb kommt es m.E. darauf an, überhaupt wieder Verbindlichkeiten, verläßliche Prinzipien des Alltags, zur Geltung zu bringen, die für alle Parteien eine relative Gültigkeit haben. Dafür könnte auch ein Embargo bedeutsam sein. Ein konsequent ausgeübtes Embargo — was bislang daran scheitert, daß viele kein Interesse daran haben — könnte wenigstens deutlich machen, daß der Konflikt nicht ewig so weitergehen kann. Die Bereitschaft zu Verhandlungen könnte wachsen. Dazu müßte aber die Befolgung grundlegender Prinzipien durchgesetzt werden.

Cunovic: Dann dürfte ein Embargo aber auch nicht die Rolle des Parias produzieren, der aus der zivilisierten Welt ausgeschlossen wird. Denn diese Reaktionsweisen, so schrecklich sie sind, sind menschliche — und alles scheinbar unmenschliche könnte auch woanders passieren. Es gibt Gründe für die Eskalation, die man gewichten muß um dann daraus eine für die Konfliktparteien vorhersehbare Politik zu machen. Aber die Gefahr bei einem Totalembargo ist die, daß man die Kräfteverhältnisse auch festschreibt. Die Serben haben ganz einfach die größeren Reserven; an Menschen, an Material und an Waffen. Dann haben die schon die Kraft, um sich Bosnien einzuverleiben oder es zumindest zu kontrollieren. ■

AMOS WOLLIN

Regierungswechsel in Israel

Die Niederlage des Likud bei den Knessetwahlen am 23. Juni war die Folge einer für die Allgemeinheit sehr deutlichen Impotenz und Erschöpfung der Schamir-Regierung, nach 15 Jahren korrumpierender Macht der konservativen Partei.

Nur noch ungefähr ein Viertel der 2,66 Millionen Wähler wollte den Likud weiterhin als Regierungspartei haben. Er büßte 8 seiner bisherigen Mandate ein (ein Rückgang von 40 auf 32 Sitze in der Knesset). Die rechten Parteien als Gesamtblock gesehen, blieben jedoch fast unverändert stark und gewannen zusammen 49 der 120 Knessetsitze. Das ist kein wesentlicher Unterschied im Vergleich zu den 52 Sitzen des rechten Blocks nach den vorhergegangenen Wahlen, im Jahre 1988. Aber die Arbeitspartei erhielt diesmal 34,6 Prozent der abgegebenen Stimmen und 44 Mandate. Mit Hilfe der anderen Parteien des linkeren Blocks konnte sie sich also an die Spitze einer Koalition stellen, die zwar nur ein geringes Übergewicht aufzuweisen hatte (61 von 120 Mandaten), aber mit dieser kleinen doch entscheidenden Differenz, dem Likud den Weg zurück zur Macht zu versperren. — Die orthodox-religiösen Parteien, sonst meist der entscheidende Faktor bei der Bildung israelischer Koalitionsregierungen, konnten diesmal mit ihren 10 Mandaten nicht mehr die für sie sehr einträgliche traditionelle Rolle eines ,,Züngleins an der Waage" zwischen den beiden großen Blöcken spielen. Eine der beiden orthodoxen Parteien, Schass (sefardisch-orthodoxe), schloß sich sogleich der von der Arbeitspartei geführten Koalition an, und die askenasisch Orthodoxen werden diesem Beispiel wohl bald folgen.

Der neue Ministerpräsident Rabin stützt sich einstweilen auf eine Mehrheit von 67 in der Knesset, hofft jedoch noch die 4 askenasisch orthodoxen Knessetmitglieder sowie die 8 Mitglieder der rechten Tzomet Fraktion des ehemaligen Stabchefs im Libanonkrieg Res. General Rafael Eitan, in seine Regierung aufzunehmen. Denn Rabin hat weiterhin die Absicht, an der Spitze einer möglichen breiten Regierungskoalition zu stehen, in der seine Arbeitspartei dominiert und er selbst das Zentrum zwischen rechts und links darstellt.

Zu einer bedeutenden quantitativen Änderung zwischen den großen ideologisch/politischen Blöcken im Sinne eines ,,landslide" ist es bei diesen Wahlen nicht gekommen. Aber die qualitativen Veränderungen, die als Folge der Niederlage des Likud und seiner Alliierten eintreten, sind gewaltig — vor allem in ihren Auswirkungen auf die israelische Außenpolitik; und — langfristiger — auch auf die sozio-wirtschaftliche Lage in Israel selbst, wenn die Konflikte zwischen Israel, den Palästinensern und den Nachbarstaaten einer politischen Lösung wirklich entgegengehen.

Krise des Likud-Regimes

Eine Mehrzahl der Israelis brachte bei den Wahlen zum Ausdruck, daß sie das Likud-Regime ganz allgemein recht satt hat und ,,jetzt einmal eine andere Regierung — etwas anderes versuchen möchte". Unpopulär war einerseits die durch Schamir verursachte Krise in den Beziehungen mit Washington und das damit verbundene Ausbleiben der amerikanischen Kreditgarantien (10 Milliarden Dollar im Laufe von 5 Jahren), von denen sich die Bevölkerung eine wesentliche Besserung der wirtschaftlichen Lage versprach sowie einen Rückgang der Arbeitslosigkeit (die nach amtlichen Angaben bei 12 Prozent liegt).

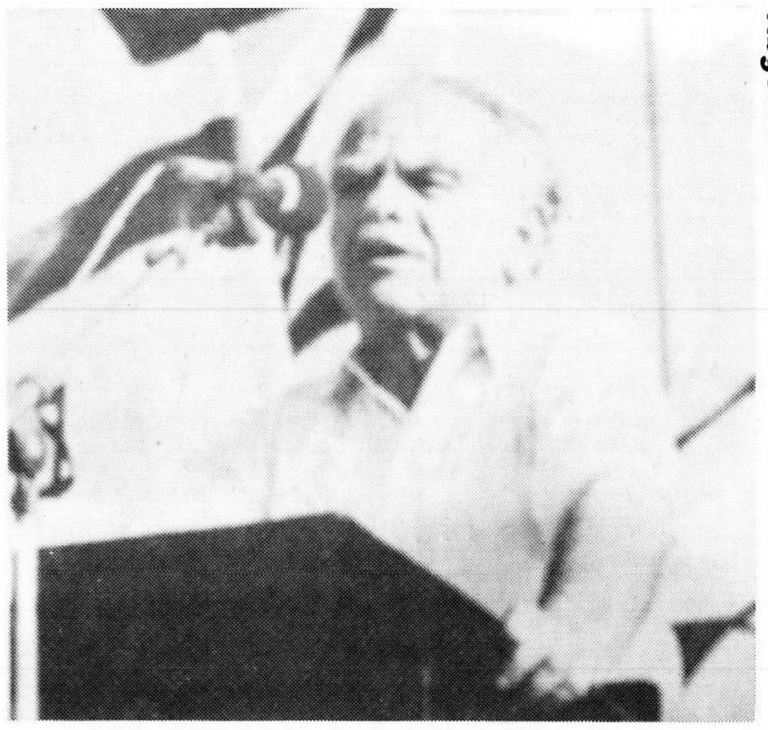
Andererseits sah man den Likud hilflos vor einem Berg ungelöster Probleme stehen, — eine durch innere Nachfolgekriege gelähmte, verfeindete Führung, die nicht mehr in der Lage war zu regieren. An einer auch nur annähernd sachlich-ernsten Auseinandersetzung mit dem Likud über die Lösung der Grundprobleme vor denen Israel steht, war allerdings auch die Arbeitspartei im

Rahmen dieses Wahlkampfes nicht interessiert. Es ging eher darum, die vielen unentschlossenen, und vor allem die neu eingewanderten ehemalig sowjetischen Wähler für die quasi neue Arbeitsparteiführung, und in erster Linie für Itzhak Rabin (70, lange milit. Karriere, ehem. Stabchef der Armee im 6-Tagekrieg 1967, Botschafter in den Vereinigten Staaten, Ministerpräsident bis kurz vor der Machtübernahme des Likud im Jahre 1977) persönlich zu gewinnen. Partei, Histadrut, die Kibbuzbewegung und die ihnen zugrundeliegenden Ideologien, konkrete politische Alternativen blieben möglichst unerwähnt, weil man sich inhaltlich möglichst wenig vom Likud unterscheiden wollte. Dabei trug man den Resultaten der Meinungsumfragen Rechnung, die besagten, daß vom Likud enttäuschte Wähler Stabilität, Sicherheit und ganz allgemein politische Reform und Frieden suchen, ohne jedoch einstweilen wirklich für die dafür notwendigen Konzessionen bereit zu sein. Rabins Liste (die sich ,,Arbeit mit Rabin an der Spitze'') nannte, versprach die alten engen Beziehungen mit Washington wiederherzustellen, die übertrieben hohen Auslagen für neue jüdische Siedlungen in den besetzten Gebieten zugunsten der notleidenden Bevölkerung in Israel selbst einzusparen, mit Hilfe der amerikanischen Kredite und sonstiger Auslands-Investitionen Arbeitsplätze zu schaffen, sowie die Wirtschaft überhaupt anzukurbeln. Gleichzeitig scheidet in Rabins gegenwärtigem Programm jedweder Rückzug aus den besetzten Gebieten oder Rückgabe eroberten Landes aus. Mit den Palästinensern wird nur die Realisierung der mindestens 5 Jahre währenden lokalen Selbstverwaltung im Rahmen der Besatzung festgelegt. Ein selbständiger Palästinenserstaat darf keinesfalls entstehen; die palästinensischen Flüchtlinge dürfen nicht in ihre Heimat zurückkehren; und mit der PLO wird nicht verhandelt. Sollte es im Zuge der Friedensverhandlungen mit den arabischen Nachbarn zu Kompromißvorschlägen kommen, die eine Änderung des territorialen status quo verlangen, muß dazu vorher eine Volksbefragung stattfinden oder Neuwahlen ausgeschrieben werden.

Unter dieser Flagge segelt nun das Staatsschiff, mit dem alten/neuen Kapitän Itzhak Rabin auf der Kommandobrücke. In den meisten Ländern der Welt, darunter auch bei Regierungen arabischer Staaten und zahlreichen palästinensischen Führern wurde der Regierungswechsel in Jerusalem als möglicher Anfang einer positiven Dynamik zur Lösung des langen Konflikts zwischen Israel und seinen Nachbarn begrüßt.

Besonders angetan von der Rückkehr Rabins an die Macht zeigte sich der amerikanische Präsident, dessen Taktik im Verhältnis zu Israel im letzten Jahr gezielt und mitentscheidend zum Fall des unkooperativen Likud-Regimes beigetragen hat. Sofort nach der neuen Regierungsbildung wurde Rabin von Bush eilig nach Amerika gebeten und James Baker erschien erneut im Nahen Osten, um die nächsten Runden der bilateralen und multilateralen Verhandlungen im Zuge der Madrider und Moskauer Konferenzen, die bisher zu nichts geführt haben, in die Wege zu leiten. Jetzt schien der Moment für einen entscheidenden Durchbruch vor allem in den ,,Autonomie''-Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern gekommen, und die ersten Erfolge dabei sollten Präsidenten Bush womöglich noch im letzten Stadium seines Wahlkampfes behilflich sein. Rabin hatte guten Grund zu Freundesdiensten dieser Art, umsomehr als er zu diesem Zeitpunkt und unter den gegebenen Umständen politische Verpflichtungen und materielle Versprechungen des amerikanischen Präsidenten erwarten konnte, die der neue israelische Regierungschef zum Gelingen seiner Pläne und zur Festigung seiner Position braucht. Abgesehen von diesem wichtigen ,,give and take'' in den Verhandlungen mit Bush, Baker und Cheney, will Rabin natürlich seine Beziehungen mit den Führern der demokratischen Partei im Kongreß, und insbesondere mit dem aussichtsreichen Präsidentschaftskandidaten Bill Clinton pflegen. Eine der vielen offenen Fragen ist: was soll aus dem Friedensprozeß der Bush-Baker Regierung werden, wenn Bill Clinton zum Präsidenten gewählt wird? Es besteht natürlich auch die Möglichkeit, daß eine neue republikanische Regierung in Washington *nach* den Wahlen im November, ihr gegenwärtig akutes und intensives Interesse an ,,Resultaten'' in den bilateralen und multilateralen Nahostverhandlungen verliert, oder andere Interessen und Probleme in der Welt die Aufmerksamkeit der Vereinigten Staaten dringender auf sich lenken. Bush-Baker haben den gegenwärtigen Verhandlungsmechanismus von Anfang an so geplant, daß er ohne Washington nicht funktionieren kann. Seit der feierlichen Eröffnungszeremonie in Madrid ist in den Verhandlungen selbst praktisch so gut wie nichts erreicht worden. Ohne weitere amerikanische Initiativen auf höchster Ebene würde der Prozeß (in seinem gegenwärtigen Anfangsstadium) zusammenbrechen, und diese Entwicklung könnte dann leicht zu einem neuen Nahostkrieg führen.

So oder so: ein wirklich dauerhafter, allumfassender Nahostfrieden liegt noch in großer Ferne. Bestenfalls kann man auf Zwischenlösungen hoffen — in den besetzten Gebieten und im Laufe der Zeit vielleicht auch entlang der nördlichen Grenzen Israels mit Syrien und Libanon. ■



Abgewählt

Ein ungewöhnlicher Name

Ein engagierter Verlag

Ein kritisches Programm

Zwei wichtige Neuerscheinungen

Verlag Westfälisches Dampfboot

4400 Münster Dorotheenstr. 26a - Tel. 0251 / 6086080

Dieter R. Knoell

Kritik der deutschen Wendeköpfe

Frontberichte vom publizistischen Feldzug zur Herbeiführung des Endsiegs über die zersetzende Gesellschaftskritik

ca. 120 S. - ca. DM 19.80 - 3-924550-71-9

Spätestens der Golfkrieg hat vor Augen geführt, daß das häufig gepflegte Bild von den Intellektuellen als einer einheitlichen Gruppe, die den kritischen Dialog zur Förderung des *Fortschritts* betreibe, eine Verzerrung darstellt. Die Debatten über die 'deutsche Einheit' hatten einen Vorgeschmack geliefert:
Selten zuvor gab es derart heftige Kontroversen unter Intellektuellen wie die über Sinn und Unsinn des Golfkriegs oder der Einheit; insbes. unter sich bis dahin als *links* verstehenden Schriftstellern, Künstlern und Wissenschaftlern brachen Konfliktlinien auf, gleichzeitig entstanden ungeahnte Koalitionen.

(erscheint Oktober 1992)

Elmar Altvater

Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung

ca. 250 S. - ca. DM 29.80 - 3-924550-72-7

Die westliche, marktwirtschaftlich-kapitalistische Welt hat in Rio de Janeiro ihre Chance, ein neues Modell des Wirtschaftens, des Umgangs mit der Natur, nicht wahrgenommen. Weiter so wie gehabt, das geht jedoch nicht. Die Belastbarkeit der natürlichen Ressourcen ist an der Grenze der Tragfähigkeit.
Elmar Altvater geht in seinem neuen Buch den Ursachen und Folgen der Übernutzung der natürlichen Sphären des Planeten Erde nach. In umfassender Weise wird gezeigt, wie der Fluß von Energien und Stoffen international reguliert wird, um die Steigerung von Produktivität und Wohlstand zu ermöglichen. Dabei wird aufgewiesen, warum die Entwicklung in den Ländern der südlichen Erdhälfte blockiert ist.

(erscheint Oktober 1992)

SILVIA KONTOS

Paragraph 218 — und kein Ende?

Die Entscheidung des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 4.8. mit einer einstweiligen Verfügung, das Inkrafttreten des reformierten § 218 zu verhindern, hat viele überrascht. Zu sorgfältig war die Bundestagsentscheidung dieses mal vorbereitet und abgesprochen; zu breit die Unterstützung für die Fristenlösung mit Beratungspflicht über die Parteigrenzen hinweg, als daß das Karlsruher Gericht (7 Richter und eine Richterin) die Fristenlösung noch einmal juristisch zu Fall bringen würde. Und doch scheint sich die Geschichte einfach zu wiederholen.

Auf die einstweilige Anordnung folgt ein paar Monate später, wenn sich die Wogen schon wieder etwas geglättet haben, wie 1975 die endgültige Ablehnung; und der öffentliche Unmut über die juristische Aushebelung der parlamentarischen Mehrheitsentscheidung wird überdies 1992 aller Wahrscheinlichkeit nach geringer ausfallen als 1975, denn die Verlagerung der 218-Politik ins Parlament und in die Fraktionszimmer läßt eine größere Akzeptanz für den Urteilsspruch aus Karlsruhe erwarten als vor 17 Jahren. Also nichts Neues aus der unglückseligen ‚Menage' von Frauen, Parlament und Bundesverfassungsgericht? Nicht ganz.

Altbekannt ist die Selbstverständlichkeit, mit der die hehren Grundsätze der Verfassung bemüht werden, wenn es um die Abwehr von Frauenforderungen geht; also politische Entscheidungen auf eine ‚Grundsatzebene' transportiert werden, die sich scheinbar den politischen Auseinandersetzungen entzieht. Zentrale Bestandteile von Frauenpolitik werden offensichtlich auch 200 Jahre nach der bürgerlichen Revolution noch nicht als Politik zugelassen, sondern, wie vielfältige Formen der Gewalt an Frauen, als ‚private' ausgegrenzt oder aber, wie die Entscheidung über eine Abtreibung, zu einer ‚Grundsatzentscheidung über das Leben' aufgeblasen, für die das Bundesverfassungsgericht bemüht werden muß. Denn wer hat schon jemals gehört, daß in der Frage eines Tempolimits auf Autobahnen oder des Streits um Höchstwerte für die Schadstoffkonzentrationen in der Atemluft, bei denen nachweislich, über Tausende von Todes- und Krankheitsfällen entschieden wird, ‚das Leben' nicht zur Disposition stehen darf?

Auch die der einstweiligen Anordnung zugrundeliegende ‚Abwägung der verfassungsrechtlichen Schäden', die durch die nachträgliche Überprüfung eines Gesetzes entstehen sollen, erscheint mir ausgesprochen willkürlich. Ausgerechnet unsere strammen Vereinigungspolitiker aus Bayern plädierten für eine Beibehaltung des gespaltenen Rechts bis zur endgültigen Entscheidung über das Abtreibungsgesetz, nur damit die vorgeschlagene Fristenlösung nirgendwo Rechtsgeltung erlangt und sich womöglich als praktikabel erweisen kann (FAZ vom 5.8.92). Vor lauter Machtpoker scheinen da der bayrischen Staatsregierung die eigenen Prinzipien abhanden gekommen zu sein, nach denen die ‚abtreibungswütigen' Frauen in den fünf neuen Bundesländern zumindest durch eine Zwangsberatung auf den ‚Lebensschutz' zu verpflichten wären und das deutsche Rechtsempfinden wenigstens durch eine Annäherung der Bestimmungen hätte gestärkt werden können.

▶ Selbstbestimmung ◀

Ansonsten sind die zentralen Einwände gegen die Fristenlösung in der Tat gleich geblieben. Empfangenes Leben dürfe nicht zur ‚leichten (leichtfertigen?) Disposition' stehen (G.H. in FAZ vom 5.8.92). „Es handele sich bei der beschlossenen Fristenregelung um eine Privatisierung des Schwangerschaftsabbruchs im Sinne einer freien Entscheidung der Frau ohne eine Abwägung des Rechtsguts ihrer ‚Selbstbestimmung' mit dem Recht das sich entwickelnden Lebens" (Prof. Steiner, Regensburg, für die bayrische Staatsregierung, ebd.). Es ist im Kern immer dieselbe Angst vor einer freien Entscheidung von Frauen, denen die den Frauen selbstverständliche Bereitschaft und Fähigkeit zum Abwägen zwischen ihren Interessen, denen ihrer Familie und denen eines evtl. zu gebärenden Kindes abgesprochen wird. Frauen erscheinen in den Argumentationen der Vertreter von Zwangsberatung und Indikation prinzipiell gewissenlos und zu einem abgewogenen Urteil unfähig, weshalb sie einer zwangsweisen Anleitung, Beratung und/oder Entscheidungsfindung im ‚Schwangerschaftskonflikt' durch staatlich bestallte Experten bedürfen, die die Definition des Konflikts als eines zwischen den Rechten der Frau und denen des ‚ungeborenen Lebens' immer gleich mitliefern.

Soweit in der Tat nichts Neues.

Allerdings verstellen diese Traditionsbestände altväterlicher Misogynie den Blick

darauf, wie sich die gesellschaftlichen und politischen Konstellationen in der Abtreibungsfrage in den letzten 17 Jahren verschoben haben.

Auffallend ist zunächst einmal, daß die öffentlichen AkteurInnen heute anders sind. Zwar tönen die Stimmen von ‚Kirchenvätern' und bayrischen Landespolitikern einschließlich ihrer wissenschaftlichen Legitimationslieferanten, heute nicht viel anders als damals — vielleicht fällt die Zurückweisung weiblicher Selbstbestimmungsansprüche heute noch etwas deutlicher aus —, aber die Protagonistinnen von Frauenforderungen sind in der gegenwärtigen Runde der Auseinandersetzungen eindeutig die Parteifrauen. Sie haben gegen den zähen und z.T. sehr massiven Widerstand der Männer in ihren jeweiligen Parteien sowie der konservativen Parteifrauen in ebenso langwierigen wie beispiellosen Verhandlungen über Parteigrenzen hinweg einen respektablen Kompromißvorschlag durchs Parlament gebracht, der, sollte er die verfassungsrechtliche Hürde doch noch passieren, eindeutig die Handlungsspielräume von Frauen in der Abtreibungsfrage erweitern würde.

Der Widerstand der Parteifrauen gegenüber den Bevormundungen und dem politischen Druck durch die Männer (und Frauen) in den Partei- und Fraktionsvorständen ist meines Wissens ein Novum in der Geschichte der bundesrepublikanischen Parteien und läßt die Möglichkeit weiterer parteiübergreifender Frauenkoalitionen etwa in der Familien-, Arbeitsmarkt- oder Steuerpolitik aufscheinen; ein Schreckgespenst für jede/n Fraktionsvorsitzende/n und eine durchaus anregende Perspektive für parlamentarische Frauenpolitik!

Diese gestärkte Position der Frauen in den Parteien, ihre in Ansätzen eigenständige Repräsentanz auf der Ebene parlamentarischer Politik, ist sicherlich eine Langzeitfolge der politischen Frauenoffensive der siebziger und achtziger Jahre, die von der autonomen Frauenbewegung ausgehend, bis weit in Parteien und Verbände hineingewirkt hat. Seit etwa Mitte der achtziger Jahre läßt sich von einer Art *Parteien- und Verbandsfeminismus* sprechen, der feministischen Initiativen und Themen in die traditionellen Politikfelder hinein vermittelt und zunehmend die öffentlichen Auseinandersetzungen über zentrale frauenpolitische Themen bestimmt, also nicht nur die Auseinandersetzungen über den § 218, sondern auch die über ‚Gewalt gegen Frauen', Benachteiligungen am Arbeitsplatz u.a.m.

Die autonome Frauenbewegung, die 1974/75 das Rückgrat der Bewegung gegen den § 218 gewesen ist, ist demgegenüber in den heutigen Auseinandersetzungen öffentlich nicht mehr präsent. Die Gründe für diesen Rückzug aus einem Politikfeld, auf dem sich die autonome Frauenbewegung einmal konstituiert hat, sind vielfältig:

● Die Bewegung gegen den § 218, die auf dem Höhepunkt Anfang bis Mitte der siebziger Jahre eine vergleichsweise breite soziale Basis hatte, erlaubte der ‚neuen Frauenbewegung' bereits sehr früh den Ausbruch aus dem studentischen Ghetto, der den anderen Folgebewegungen der Studentenbewegung erst in den achtziger Jahren gelang. Das ermöglichte ihre Herauslösung aus der Hegemonie der Linken und schuf einen Freiraum für eine autonome feministische Politik, die sowohl die Problemdefinition wie auch das Politikverständnis radikalisierte. Es ging bald nicht mehr nur um eine Abschaffung des Abtreibungsparagraphen, sondern um die Gesamtheit der Reproduktionsbedingungen, von der Enteignung von Schwangerschaft und Geburt durch die Gynäkologie und Geburtshilfe bis hin zu den vielfältigen Formen der gesellschaftlichen Entwertung von Mutterschaft und mütterlicher Fürsorge. Die Abtreibungsfrage selbst trat damit in den Hintergrund.

Protagonismen: Parteifrauen

● Dieser Radikalisierungsprozeß bezog sich aber auch auf das Verhältnis der neuen Frauenbewegung zu Parlament und Parteien. Die autonomen Frauengruppen waren immer für eine Streichung des § 218 eingetreten, weil die Entscheidung über Fortsetzung oder Abbruch einer Schwangerschaft in die Eigenverantwortung der Frau gehört, die primär die Folgen dieser Entscheidung zu tragen hat. Die gesamte Problematik ist dementsprechend mit dem Strafrecht überhaupt nicht zu fassen. Bereits die Fristenlösung war eine Kompromißlösung, die den entscheidenden Einwand gegen die geltende Regelung verfehlte. Als aber auch diese juristisch zu Fall gebracht wurde, war das Vertrauen in eine politische Strategie, die durch direkten außerparlamentarischen Druck Einfluß auf die Gesetzgebung erlangen wollte, nachhaltig erschüttert. Wenn das Ergebnis einer für die BRD-Geschichte beispiellosen Mobilisierung von Frauen eine Indikationsregelung war, die eben diesen Frauen die Entscheidungsfähigkeit über Fortsetzung oder Abbruch einer Schwangerschaft absprach und sie einem Arzt überantwortete, dann mußten andere Formen feministischer Politik entwickelt werden. Nach der fünfundzwanzigsten Demonstration gegen den ‚Paragraph, der niemals nur die Armen traf', ergab sich zwangsläufig die Frage, ob gerade in der Frauenpolitik Demonstrationen, Unterschriftenaktionen und Kundgebungen das adäquate Druckmittel gegen die ‚Unbeweglichkeit der Tanker' sind. Die Konsequenz war einerseits der Rückzug der autonomen Frauen in die Arbeits- und Projektgruppen, in denen neue Themen und neue Perspektiven auf alte Themen entwickelt sowie neue Verbindungen zwischen Politik, Beruf und Privatheit versucht wurden. Andererseits entwickelten sich ab diesem Zeitpunkt innerhalb der Parteien, Gewerkschaften und Berufsverbänden Formen einer Frauenopposition, die zwar vielfältige Verbindungen zu den autonomen Gruppen hielt, aber ihren politischen Bezugspunkt in den jeweiligen Organisationen hatte. Sie übernahm einen Teil der Frauenbewegungsthemen und reformierte sie im Hinblick auf die politischen Vorgaben und Rahmenbedingungen ihrer Organisation. Bezeichnenderweise ist in der gegenwärtigen Debatte von einer Streichung des § 218 kaum noch die Rede. Wie heißt es so schön: das ist vielleicht richtig, aber ‚politisch nicht durchsetzbar'.

● Allerdings ist auch die partielle Verbesserung der Handlungsbedingungen von Frauen in der Abtreibungsfrage, wie sie in der Indikationsregelung trotz aller Einschränkungen bot, ein Grund für den Rückzug der Frauenbewegung aus der öffentlichen Auseinandersetzung um den § 218. Denn ein Minimum an Spielräumen war mit der halbherzigen Reform in der Tat gegeben, und die soziale Indikation konnte unter der Hand unter bestimmten politischen Bedingungen tatsächlich als eine Art inoffizieller Fristenlösung genutzt werden; da hatten die katholischen Bischöfe durchaus Recht. Die Indikationsregelung paßte damit nahtlos in die lange Tradition patriarchaler Herrschaftsstrukturen, in denen die öffentliche Macht und Dominanz der Männer durch die inoffizielle Macht und Autonomie der Frauen unterlaufen wird. Frauen haben natürlich immer abgetrieben und werden dies auch weiter tun, gleichgültig welche rechtliche Regelung besteht, das wissen auch die katholischen Bischöfe und sogar die bayerische Staatsregierung. Der Streit geht primär um die gesellschaftliche Anerkennung der Entscheidungsfreiheit der Frau, letztlich um ihre Anerkennung als gesellschaftliches Subjekt mitsamt ihrer besonderen Verantwortung in der Kinderfrage.

Die Durchsetzung der Indikationsregelung führte jedenfalls zu einer Regionalisierung der Abtreibungsbedingungen, in der es von der jeweiligen Landes- und Stadtregierung und von der relativen Stärke von Kirchen und Pro Familia/Arbeiterwohlfahrt abhing, wie offen und direkt, bzw. mühsam

und verdeckt zur Abtreibung entschlossene Frauen ihre Entscheidung durchsetzen konnten. Aber es gab immer Möglichkeiten dazu, die nicht mehr — wie vor 1975 — lebensgefährlich waren, und damit waren die autonomen 218-Gruppen aus der unmittelbaren Verantwortung entlassen. Sie lösten sich nach und nach auf.

Konservative Offensive

Wie prekär diese Machtkonstellation für Frauen ist, zeigte sich dann allerdings an den zunehmenden Versuchen, die Indikationsregelung, vor allem die soziale Notlagenindikation, von konservativer Seite her auszuhöhlen. Von der Klage gegen die Kostenübernahme durch die Gesetzlichen Krankenversicherungen über die systematische Verzögerung der Zulassung von Abtreibungsambulatorien und das Fuldaer ‚Mahnläuten' bis zur gerichtlichen Überprüfung ärztlicher Indikationsstellungen (Memmingen, 1989) reichten die Strategien einer konservativen Offensive von Lebensschützern, Kirchen und CDU/CSU in der Abtreibungspolitik, der die autonome Frauenbewegung nicht mehr viel entgegenzusetzen hatte. Sie hatte ihre organisatorische Basis in den Frauenzentren aufgegeben, auch bei den neu entstandenen Frauengesundheitszentren spielte die Abtreibungsproblematik eine untergeordnete Rolle, und so blieb die Verteidigung der erreichten Position mehr oder weniger den Frauen in den Parteien und Verbänden überlassen.

Die relative Schwäche der Frauenbewegung gegenüber dieser konservativen Offensive und ihre Unsichtbarkeit in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen sind aber darüber hinaus auch noch auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungsprozesse zurückzuführen, die sowohl die allgemeinen Handlungsbedingungen der Frauenbewegung als auch die Bedeutung der Abtreibungsproblematik betreffen.

● Zunächst läßt sich m.E. eine Tendenz zur *Retraditionalisierung von Politik* erkennen, und zwar nicht erst seit der deutschen Vereinigung, sondern bereits seit Anfang bis Mitte der achtziger Jahre, also mit der Unübersehbarkeit ökonomischer Krisenerscheinungen, die die von den neuen sozialen Bewegungen artikulierten neuen Dimensionen von Politik in den Hintergrund drängten. Mit der nach ‚Gutsherrenart' durchgezogenen deutschen Vereinigung, in der die neuen sozialen Bewegungen einschließlich der Frauenbewegung so gut wie keine Rolle spielten, wurde offensichtlich, daß der Modernisierungsschub der siebziger Jahre durch einen konservativen Gegenschub überlagert wurde, der die Spielräume für ein Weitertreiben autonomer Frauenpolitik stark einengte. Probleme einer feministischen Kritik an den Grundlagen bürgerlicher Politik (Kritik an der Lohnarbeitszentrierung, Subjektkonzeption o.ä.) schienen angesichts der Unzulänglichkeit banalster Gleichstellungspolitik in der Krise (Frauenarmut, Frauenarbeitslosigkeit) für die Mehrheit der Frauen wenig bedeutsam und wurden in die theoretischen Zirkel im Umfeld der Hochschulen abgedrängt. Die Verteidigung bereits erreichter Positionen blieb auch hier weitgehend dem Partei- und Verbändefeminismus überlassen. Die autonomen Frauen haben auf diese neue Konstellation von Politik noch keine Antwort gefunden.

● Aber auch inhaltlich haben sie ihre alte Position zum § 218 nicht weiterentwickelt. Zwar wurde die Abtreibungsproblematik bereits in den siebziger Jahren auf den allgemeinen gesellschaftlichen Umgang mit dem Frauenkörper ausgedehnt, aber in der Abtreibungsfrage selbst ist die autonome Frauenbewegung bei dem Postulat der Selbstbestimmung stehengeblieben, ohne zu realisieren, daß sich der gesellschaftliche Kontext inzwischen verändert hat.

Mit der breiten gesellschaftlichen Kritik an den Fortschritten der Gen- und Reproduktionstechnologien, die bereits jetzt weitreichende Eingriffe in die Fortpflanzungsprozesse erlauben, ist das Selbstbestimmungspostulat bis weit in die Frauenbewegung hinein unter Druck geraten. Es wurde implizit relativiert, ohne auf dem Hintergrund der neuen Problematik reformuliert zu werden, und dieser Verzicht öffnete den Lebensschützern aller Couleur ein weites gesellschaftliches Feld. Ausdruck für diese Leerstelle scheint mir die Selbstverständlichkeit zu sein, mit der gegenwärtig vom ‚Schutz des ungeborenen Lebens' geredet wird, ohne daß überhaupt klar wäre, was denn eigentlich vor wem wie geschützt werden müsse; aber auch die Eilfertigkeit, mit der auch die SPD- und FDP-Frauen versichern, es ginge ihnen in erster Linie um ‚den Lebensschutz' und die Gesetzentwürfe unterschieden sich allein darin, welcher diesen Lebensschutz am besten garantieren könne. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung hat sich damit unter der Hand auf die Alternative ‚Selbstbestimmungsrecht der Frau vs. Schutz des ungeborenen Lebens' verengt, und auch die Frauenbewegung hat diese bornierte Konstruktion nicht auflösen können, weil sie ihre eigene Problematisierung des Selbstbestimmungsrechts nicht vorangetrieben hat.

Das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper ist nämlich bislang in der Tat analog zum Selbstbestimmungsrecht des Mannes konstruiert und abstrahiert davon, daß dieses Recht bei der Frau mehr umfaßt als beim Mann, nämlich auch die Entscheidung über Schwangerschaft, Geburt und Abtreibung. Wird nun das am männlichen Modell entwickelte ‚Selbstbestimmungsrecht' auch noch auf den Fötus/das Kind übertragen, gerät die feministische Position unweigerlich in ein Dilemma, das einen Teil der Lähmung gegenüber den offensiven Lebensschützern erklären könnte. Es sind eben nicht nur die Bischöfe von Fulda und Köln, die den Schutz des Fötus vor der Mutter auf die politische Tagesordnung setzen, sondern es sind die prinzipiellen Schranken eines am männlichen Körper und an der männlichen Individualität entwickelten Subjektbegriffs, der die spezifische Qualität eines Subjekts, das schwanger ist, bzw. sein kann, also eines weiblichen Subjekts, nicht denken kann. Die Beziehung der Schwangeren zum Fötus nach dem Modell zweier prinzipiell voneinander getrennter, also in diesem Sinn ‚autonomer' Individuen zu konstruieren, die gegeneinander Schutz- bzw. Selbstbestimmungsansprüche hätten, geht an der spezifischen Qualität dieser sich entwickelnden Beziehung und seiner Dynamik vorbei. Sie entspringt einer von feministischen Autorinnen mittlerweile hinlänglich kritisierten Tradition bürgerlichen Denkens und bürgerlicher Politik, die das Individuum primär als von anderen getrenntes definiert, und Abhängigkeit mit Unterwerfung gleichsetzt. Die frauenspezifischen Erfahrungen von Schwangerschaft, Geburt, Verhütung und Abtreibung sind gewissermaßen das physiologische Substrat eines anderen Konzepts von Individualität und Autonomie, das eben nicht — wie immer wieder von den Lebensschützern unterstellt — Eigentums- oder Verfügungsrechte über einen Anderen (den Fötus/das Kind) reklamiert, aber auch nicht ihr Gegenteil enthält, die Unterwerfung unter seine, auch noch von anderen (den Ärzten, dem Staat, den BeraterInnen) definierten Bedürfnisse, sondern das sowohl die Verbundenheit wie die Differenz und auch noch die Perspektive der Loslösung zu integrieren vermag.

Patriarchale Konstruktion der Weiblichkeit

Eine Abtreibungsregelung, die Frauen die Fähigkeit zu einer in diesem Sinne ‚eigenverantwortlichen' Entscheidung abspricht, und meint, die ‚Interessen des Fötus' mithilfe von staatlichen Zwangsmaßnahmen, und sei es auch nur einer Zwangs-‚Beratung' den Interessen der Schwangeren entgegensetzen zu müssen, entspringt einer solchermaßen patriarchal verkürzten Vorstellung von weiblicher Subjektivität.

Offensiv kann die Frauenbewegung in diesem Politikfeld meines Erachtens erst wieder werden, wenn sie die bornierte Gegenüberstellung von Selbstbestimmung vs. Lebensschutz durchbricht und ihre eigenen Entwürfe von Individualität und Autonomie in der theoretischen Reflexion, in der Projektarbeit und in der Auseinandersetzung mit dem Parteien- und Verbändefeminismus weiterverfolgt.

Die ‚tiefen Wunden', die eine Fristenlösung nach Prof. Lerche (München) dem Rechtsbewußtsein angeblich schlägt (FAZ vom 5.8.92), würde ich bei der Mehrheit der Frauen eher im umgekehrten Sinn interpretieren. Das bald zwanzig Jahre währende peinliche Hick-Hack um die Fristenlösung trägt jedenfalls zur Parteiverdrossenheit und Staatsferne der Frauen nach Kräften bei. ■

WOLF-DIETER NARR

Wär's doch nur Korruption

Zur Malaise der (Parteien-)Politik in der BRD

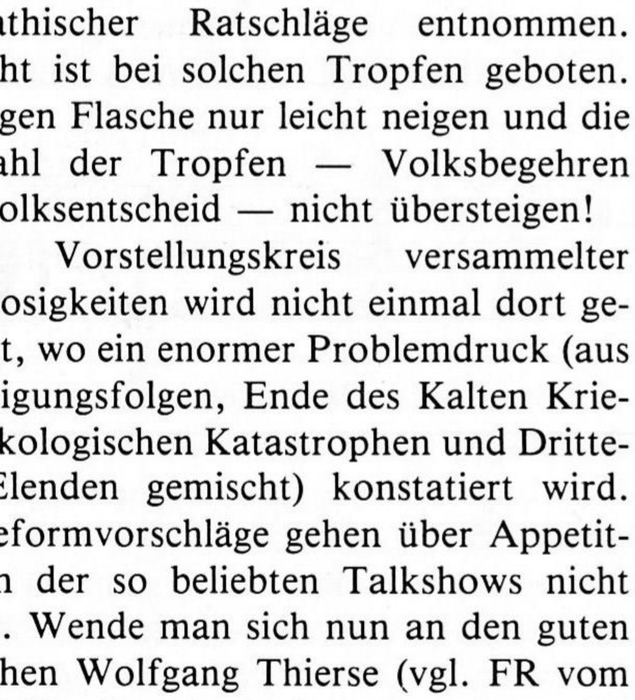
Sollen wir uns auch noch damit beschäftigen?! Den Aufmachern der Medien und ihrer steril aufgeregten Kommentatoren ungelenk und ein wenig hinterher nachschwätzend? Dramatischer kann man's doch schon gar nicht mehr formulieren als der monatliche Allensbacher Wetterbericht in der verantwortungshohen FAZ vom 11. Juni: ,,Wieviel Politikverachtung verträgt ein Staat?"

Dort ist umfrageschwer von ,,Mißmut und nervöser Spannung" die Rede nicht zuletzt signalisiert darin, daß ,,bei Westdeutschen" ,,politisches Engagement" ,,immer unbeliebter" werde — die befragte Wertschätzung hälftete sich in den letzten 20 Jahren — und das ,,Vertrauen in die politische Elite" sich ausdünne. Wenngleich die Daten, wie üblich in ihrer Verläßlichkeit allenfalls statistisch erprobt und kontextfrei geboten, selbst nur das trügerische Spiel etablierter Politik ihrerseits trügerisch ausdrücken, können sie doch als Symptömchen genommen werden. Über Wochen, unüblich lang über Monate köchelte publizistisch die Korruptionssuppe. Den Westdeutschen dürfte dieselbe indes in ihren unangenehm-verführerischen Düften nicht unbekannt sein. Der politische Hans-guck-in-die-Luft, Oskar Lafontaine, wollte sich's drum nicht nehmen lassen, zu demonstrieren, was die neuerdings vielbe-, mehr viel verrufene ,,politische Klasse" der smarten 40er, 50er und 60er auszeichnet: Die Fähigkeit, sich medial zu aalen und in all den gekonnten Windungen eine staunenswerte Unempfindlichkeit zu beweisen. Längst ist dieses Vermögen nicht mehr als die Fähigkeit des ,,Aussitzens" weit eher als die professionelle Fähigkeit des Auswindens zu bezeichnen. O gäb es nur diese ,,politische Klasse". Sie müßte doch, wie jeder sinnvolle Klassenbegriff mit einigermaßen habhaften Kriterien von anderen unterschieden werden können. Ihr grotesker Wirklichkeitsverlust könnte eines davon sein. Schließlich hat sich auch der oberste Vernebler dieser Republik, der Bundespräsident, ungewöhnlich einseitig geäußert. Den Parteien gehts kritisch ans Leder. Freilich: Die sonst so hochgehaltene ,,Moral" aus dieser Kritikgeschicht' mangelt. So erscheint die präsidiale Kritik nur als Zitat zu dem unguten Brausegemisch, das den verdrießlich unklaren Namen ,,Politikverdrossenheit" trägt. Läßt man dieses Gemisch auch nur kurze Zeit stehen, schmeckt's schal. Wie könnte es anders sein. Längst mehren sich die Stimmen, die die Bedenken bedenken. Treffliche Einsichtsfetzen sind hierbei nicht zu unterschlagen. Wenn Arnulf Baring etwa davor warnt, im ,,Mißmut über die Parteien und die Politik überhaupt" äußere sich ,,ein Bodensatz von schlechter Laune'. Ein solcher Bodensatz kann leicht der immer wieder erneuerten, mit neuen Fermenten versehenen Tradition des ,,unpolitischen Deutschen" zugeschlagen werden. Oder wenn Antje Vollmer in derselben Fernsehdiskussion vom 16. Juli (s. Teilabdruck FR vom 30.7.1992), die insgesamt durch ihr sommerliches Flachwasser noch im Nachlesen langweilt, abgestanden und warm, nicht gerade entdeckungsstark feststellt: ,,Ich glaube, wir sind ganz konsequent die Vertretung der Einzelinteressen bis an den jetzigen Punkt gegangen". Deswegen erlauben die deutschen Krähwinkeleien im Penthouse-Stil keine problemangemessene demokratische Politik. Wer wollte schon auf seine Kleinjacht verzichten. Und diese gefährdeten Kleinjachten — und sei's nur, daß sie zu träumen schwerer falle — sind Teile der großen Soße ,,Politikverdrossenheit".

Doch insgesamt fällt auf, wie hilflos die kritische Kritik sich darbietet; wie sehr sie im etablierten Geviert verbleibt. Von angemessenen Diagnosen und mehr als ornamentalen Abhilfevorschlägen ganz zu schweigen. Wie üblich werden, wenn Einfälle rar

sind, sozusagen aus dem Stand etablierter Phantasielosigkeit, urplötzlich mehr ,,Visionen", gar die gerade doch endgültig beerdigten ,,Utopien" verlangt (der Preis für die Erfindung des hölzernen Eisens gebührt Dieter Senghaas, der in anderem und doch verwandten friedenspolitischen Zusammenhang die Ekstase des status quo entdeckte, die ,,pragmatische Vision"); der nicht gerade wagemutig verlangte Mut zur ,,Unpopularität" in Richtung Berufspolitiker folgt an zweiter Stelle. Kennzeichnenderweise wird nicht einmal innegehalten und mit Brecht gefragt, worin heute unter Bonn-Berliner Umständen die Schwierigkeiten beim Sagen und Handeln in Richtung ,,Wahrheit" bestünden. Warum Politik in einer Atmosphäre der Halb-und der Viertelwahrheiten, um nicht zu sagen der Lüge, der Täuschung, des Make-Belief, des Akzeptanz- und des Glaubwürdigkeitsmanagements auf den ,,Hund" von ,,Cliquen, Klüngel und Karrieren" kommt (letzteres der Titel des rororo-aktuell Büchleins von Erwin K. und Ute Scheuch)? An irgendwelchen ,,Eliten" will man sich hilfesuchend festhalten und sucht verkappt nach weisen und starken Leuten, die selbstentlastend alles zum Besten kehren. Sachverständige sind selbstverständlich, ,,unabhängig" und ,,objektiv" wie sie ,,sind", gleichfalls gefragt. Sollen sie doch nun den ,,angemessenen" ,,Sold des Politikers" ausklüngeln. Schließlich werden noch plebiszitäre Tropfen aus dem Fläschchen systemhomöopathischer Ratschläge entnommen. Vorsicht ist bei solchen Tropfen geboten. Deswegen Flasche nur leicht neigen und die Zweizahl der Tropfen — Volksbegehren und Volksentscheid — nicht übersteigen!

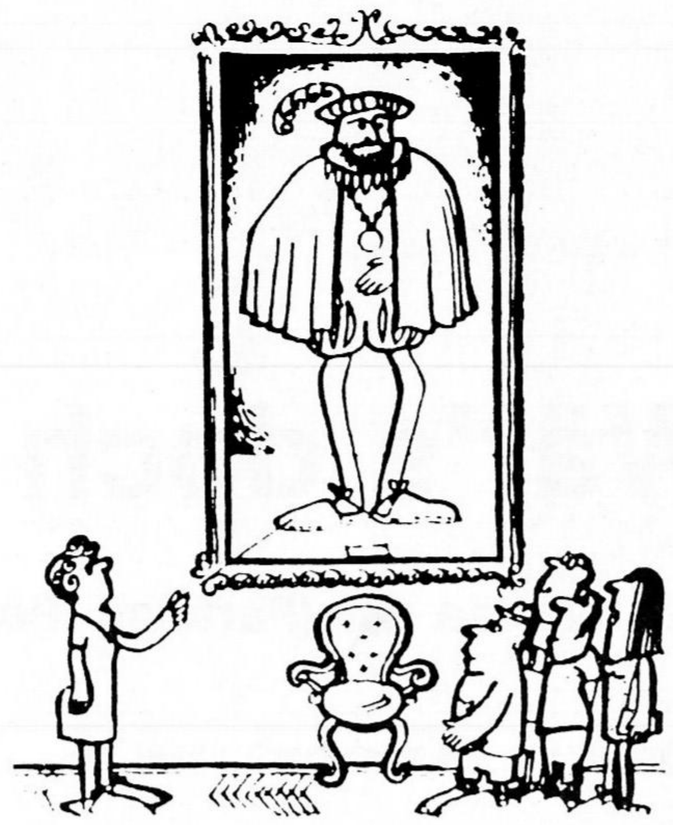
Der Vorstellungskreis versammelter Harmlosigkeiten wird nicht einmal dort gesprengt, wo ein enormer Problemdruck (aus Vereinigungsfolgen, Ende des Kalten Krieges, Ökologischen Katastrophen und Dritte-Welt-Elenden gemischt) konstatiert wird. Die Reformvorschläge gehen über Appetithappen der so beliebten Talkshows nicht hinaus. Wende man sich nun an den guten Menschen Wolfgang Thierse (vgl. FR vom 11.7.1992), der schon allzu sehr ,,bonnelt" oder an die grün alterfahrene Antje Vollmer, die nicht viel mehr vorzuschlagen hat, als daß der Begriff der Elite zu ,,enttabuieren" sei (die CDU, Geissler-selig, hat 1982 die ,,Wende" also eingeläutet und seither bimmelt's unablässig ohrenbedrohend dumm elitär). Da hat sich die Schere im Kopf schon geschlossen.



Also mögen nach schon wieder abgeebbter Diskussion nüchtern einige notwendige Diskussionsschritte ohne jeglichen, der Sache nicht zuträglichen Originalitätsanspruch knapp apostrophiert werden.

Derselbe ist nicht gerade neu. Vielmehr werden immer erneut die gerade entschwundenen Vergangenheiten verklärt und damit auch erklärt, warum ,,man" selbst so frisch fromm fröhlich mitgemacht hat. Als ob sich am Anfang der Republik die Charakterköpfe gegenseitig im Weg gestanden hätten. Die Parteienmisere ist alt. Sie begleitet, um zeitlich und räumlich nicht weiter auszugreifen, die Geschichte der Bundesrepublik. Das Phänomen der ,,Parteihülsen", von dem das Bundesverfassungsgericht in seinem letzten Parteienfinanzierungsurteil vom 9. April 1992 als von etwas spricht, das es zu vermeiden gelte (2 BvE 2/92), hat es von allem Anfang an gegeben. Parteiapparate als Karrierevehikel und Einrichtungen des Wahl-Werbe-Management, abgehoben vom

,,Boden" der dahinvegitierenden gesellschaftlichen Bedürfnisse, als Transmissionsriemen bei weitem mehr vom Regierungs- und Fraktions-/parteivorstands-Oben zum Bevölkerungs-Unten wirkend, gleichfalls zum Mitglieder-Unten denn umgekehrt. Die Bonner Parteien (das gilt auch für z.T. sehr andersartige Parteien in vergleichbaren westlichen, liberal-demokratisch verfaßten Ländern) sind (neben-)staatlich Einrichtungen geworden. Da hilft kein verfassungsrichterliches normativ-pathetisches Gesundbeten. Als entsprächen die Parteien dem ,,Grundsatz der Freiheit ... vom Staat", welch letzterer ,,das Gebot der fortlaufenden Verankerung der Parteien in der Gesellschaft und ihre darauf beruhende Staatsferne" begründe. Eine kleine Verschiebung in der staatlichen Parteienfinanzierung macht hinsichtlich des parastaatlichen Charakters der Parteien keinen Unterschied. Die Grünen, deren Klage, im gegebenen Kontext geurteilt, gut begründet weitgehend Recht gegeben worden ist, haben ihrerseits das zweifelhafte Verdienst, Anfang der 80er Jahre bei nicht wenigen den Eindruck erweckt zu haben, als seien Parteien anderen Typs möglich. Als reichten die ,,neuen sozialen Bewegungen", die Bürgerinitiativen, die die Bundesrepublik stärker veränderten als alle machtvollen Parteien mittels der Grünen direkt in die ,,Zentren der Macht" und vermöchten deren Sklerose abzuhelfen. Es kam, wie es nicht anders kommen konnte, das Grün der Grünen welkte rasch in seiner Frühlingsfrische dahin. Und nun sind der Katzen- bzw. Parteienjammer und die Alternativlosigkeit umso größer, umso entmutigender, Peter v. Oertzen schrieb jüngst über den Koloß auf tönernen Füßen, SPD, sie gleiche einem Tausendfüßler, dessen meisten Füße abgestorben seien. ,,In weiten Teilen der Gesellschaft fehlen ihr die Kommunikationsorgane nach außen und es fehlen ihr die Sensoren nach innen. Sie ist zu 75 Prozent der Fälle blind und taub. Der Prozeß der inneren Kommunikation, der Kontrolle von unten nach oben, der sinnvollen Aufnahme von Beschlüssen und deren Umsetzung ist ebenfalls gestört. Das sensorische und das motorische Nervensystem ist zu 70 bis 75 Prozent der Fälle geschädigt" (s. v.O. zusammen mit Susi Möbbeck: Vorwärts, rückwärts, seitwärts..., 1991)



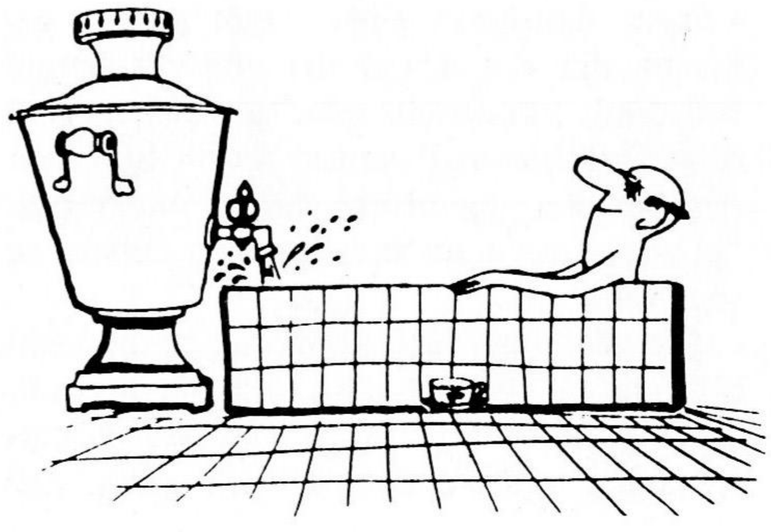
Es sind nicht ,,die" Grünen und nicht ,,die" SPD, deren aktuelle (lang, o mißverkannter Robert Michels, zurückreichende) Probleme sonderlich kümmern müßten, ist man nicht unmittelbar in sie verschlungen (zu einigen Aspekten der CDU, s. Konrad Adam: Die Partei als Vehikel der Macht, in: FAZ vom 30.11.1991; dort wird u.a. über die ,,Prinzipientreue ohne Gegensätze in einer Gesinnungsgemeinschaft ohne Überzeugung" gehandelt). Was kümmern muß ist die systematische Borniertheit der Parteien und des sog. Parteienstaats, wo immer man hinschaut. Borniert im Hinblick auf aktuelle Probleme; borniert in Sachen ,,große Fragen der Zeit" a la Ökologie, a la ökonomisch-sozialer Ausgleich innerhalb der einzelnen Länder und zwischen Reich und Arm, Lebend und Sterbend weltweit; borniert in Richtung Zukunft; und schlechterdings borniert, sprich verstopft als bürgerliche Mitbestimmungsorgane, als die politischen Vermittler repräsentativer Demokratie schlechthin. Nur als Karrierevehikel fahren sie und fahren sie staatlich geschmiert, daß es seine wahre Pracht hat. Daß ab und an zu viel Geld eingeheimst wird, doppelt

abgerechnet, weil der eigene Mann doch auch ein angemessenes Fahrzeug braucht und der Rentenanspruch, wenn schon nicht allen Kindern mit der Geburtsurkunde, so doch den verantwortlichen Politikern spätestens mit der Glückwunschkarte zum 40. Geburtstag ausgehändigt werden sollte — was verschlagen diese geldgierigen Kleinbürgereien, die westdeutschen und nun gesamtdeutschen verbesserten Wandlitze angesichts der strukturgewordenen Aufgabenverfehlung.

Sehschlitze zur Diagnose

Den Kontext gilt es zu beachten. In ihm wirken die Parteien und wird Politik gemacht. Ihm haben sie sich angepaßt, so wie sie ihn wirkend verstärken. In der Bundesrepublik handelt es sich um den verfaßten, verfassungswirklich verstärkten repräsentativen Absolutismus, eingezwängt in eine starke bürokratische Tradition und angelagert einem in Macht freien Kapitalismus. Sprich: Das 1949 mit alliierter Hilfe und fülligem antikommunistischen Wasser in die Bundesrepublik eingesenkte Pflänzchen „liberale Demokratie" kümmerte von Anfang an dahin, eingezwängt zwischen staatsbürokratischer Kontinuität und organisiertem Kapitalismus. Grundwasser anzuzapfen wurde unterlassen. Man befürchtete das „Chaos". Licht und Feuchtigkeit sollte dieses Pflänzchen nur von oben aufnehmen können. Also fehlte es ihm immer an Saft. Die darob starrer gewordenen Blätter und Stengel täusch-(t)en darüber hinweg, obwohl sie den Mangel an Kapillaren zur Wirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger gerade ausdrücken. Auch im Umkreis anderer Traditionen verkümmerte die liberale Demokratie und wurde zu einer Art sich selbst blockierender Verfassung. Die Zustände in den USA bilden hierfür seit Jahrzehnten ein krasses Exempel. Im Gegensatz zur Annahme der Theoretiker liberaler Demokratie, sie stelle das einzig „realistische" und demokratisch praktikable Konzept aller möglichen demokratisch(en) (sozialistischen) Varianten dar, leidet die liberale Demokratie heute unter einem geradezu tödlichen institutionellen Mangel. „Real" ist heute allein ihr Demokratieverlust im Sinne teilnahme- und das heißt zugleich urteilsfähiger Bürgerinnen und Bürger. Umso ärgerlicher sind deswegen die „demokratischen Fragen" und „liberaldemokratischen Projekte", die formuliert werden, als seien alle grundsätzlichen Fragen im Prinzip gelöst und sei das „Projekt" nur noch genügend den Nichtwissenden zu verkünden. „Nachholende Modernisierung". Liberale Demokratie, auch dort, wo sie „ursprünglich zuhause" war, wird von drei Seiten gleichzeitig ausgehebelt. (a) Ihre Herzeinrichtung, die Legislative, also die (legitimatorisch behauptete) vermittelte Gegenwart des Volkes ist angesichts der Aufgabenexplosion auf allen Ebenen allen Exekutiven systematisch unterlegen. (b) Die politisch-bürokratische Exekutive ist nicht allein in hohem Maße von den nicht verfaßten Teilen der Verfassung, von den kapitalistischen Unternehmen abhängig, sie ist angesichts des realisierten Weltmarktes in zentralen Fragen auf ein (nicht unwichtig zusätzlich prägendes) Vermittlungsorgan reduziert worden. Repräsentativ-demokratische Regierung ist also doppelt geschwächt. (c) Angesichts dieses politischen Abhebens (z.T. des Abhebens von Politik i.S. nachvollziehbaren, aktiv gestaltbaren Prozesses insgesamt) rächt sich die liberal-demokratische Nichtachtung des Bürgers mehr als zu Zeiten von weniger Regierung und weniger Globalität. Der Bürger wurde „realistisch" (sprich kapitalistisch) auf sein Privat-(= Besitz-, = Habens-)Interesse verwiesen und als politisches Wesen auf seine Rolle im punktuell-periodischen und isolierten Wahlakt beschränkt. Darum können Bürgerinnen und Bürger nicht als Kraftquell gegen die „Flucht" der Politik in die Exekutive und die Globalität benutzt werden. Darum sind keine habituellen Balancen vorhanden. Darum läßt sich kein politisches Subsidiaritätsprinzip verwirklichen, das „von unten nach oben" wirkte; nicht nach der Logik repräsentativer Demokratie umgekehrt. Die Parteien sind solcherart als Vermittlungsorgane gedacht selbst dem repräsentativen „Fluch" erlegen, sich abzuheben und abheben zu müssen. So kommt es nicht von ungefähr, daß vor allem die Bild- und Tonmedien in die Vermittlungsbresche springen. In symbolischer Politik sind sie Meister. Sie erzeugen nicht nur den Schein der Unmittelbarkeit und machen repräsentative Demokratie in Form einer (scheinbar) unvermittelten Zuschauerdemokratie auf eine fast perverse Weise perfekt. Sie vermögen darüberhinaus den Schein politischen Geschehens bis hin zur personellen Zuspitzung zu wahren und damit über die Irrelevanz eines Gutteils dessen hinwegzutäuschen, was als repräsentative Demokratie praktiziert wird. Auf diese Weise haben sie die Parteien nicht ersetzt. Doch die Parteien, in den Fernsehräten und anderwärts kräftig vertreten, müssen sich auf dieses Medium als das ihre einschließlich ihrer Botschaft einlassen. Ihre Borniertheiten wachsen damit zusätzlich. Was Wunder, daß das einzige Brachland, das sich heute noch mehrt und weitet, das Brachland unerledigter Aufgaben darstellt. Von Los Angeles bis Hoyeswerda. ■

Der vorliegende Beitrag ist die gekürzte Fassung eines längeren Artikels.



"Nie würden wir imstande sein, ... unsere Lage zu verändern, so lange wir gefangen blieben in unserer Halbheit und Entfremdung..."

Peter Weiss, Die Ästhetik des Widerstands

spw

Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft

Herausgegeben von Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Linken

... Deswegen, so sieht auch **spw** das, ist die allseitige Entwicklung der Individuen essentiell für eine Politik, die nicht dem Trend zum Ausstieg aus der politischen Utopie erliegt.

Deswegen versucht **spw**, alternative politische Wege aufzuzeigen - ein Angebot zur kritischen, selbstaufklärerischen Lektüre.

Das konkrete Augenmerk richtet **spw** derzeit auf ökonomischen und sozialen Strukturwandel, "Neue Weltordnung" und SPD-Parteireform.

COUPON

spw-Probe-Abonnement

Ich bestelle ein **spw**-Probe-Abo zum Sonderpreis. Damit erhalte ich die nächsten beiden Ausgaben von **spw**, die in zweimonatlichem Rhythmus erscheinen. Das Probe-Abo verlängert sich *nicht* automatisch.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

☐ Ich zahle mit Verrechnungsscheck (anbei). Der Preis beträgt DM 15,- (incl. Versand).

☐ Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Der Preis beträgt (wegen des Aufwands für Rechnungsstellung) in diesem Fall DM 17,- (incl. Versand).

spw-Verlag, Kieler Str. 13, W-5000 Köln 80

HENRIK KAARE NIELSEN

Das Nein der Dänen

In Teilen der dänischen Öffentlichkeit haben sich das Nein beim Maastricht-Referendum und der genauso überraschende Sieg bei den Fußball-Europameisterschaften zu einem euphorischen Mythos verdichtet: ein kleines, aber selbstbewußtes und schlaues Volk setzt sich gegen die Mächtigen dieser Welt durch — und seien es die bureaukratisierten Apparate der etablierten Politik oder die verwissenschaftlichten Kampftechniken der großen Fußball-Nationen. Ach ja, schön wär's. Aber wie es mit Mythen so ist, verliert auch dieser bei näherer Betrachtung seinen Glanz.

Aus: Arbeiterfotografie Heft 67

Hinter dem Nein verbirgt sich eine widersprüchliche Fülle von Motiven und Interessen, auf der sich keine alternative Vision und keine neue Politik gründen können, und die sich nur momentan in der abstrakten Absage an den Maastricht-Vertrag hat vereinen können. Bei den Politikern, die das Nein befürwortet haben, hat sich denn auch gleich nach der Siegesfeier ein ratloses Schweigen eingestellt, denn welches Mandat hat ihnen nun eigentlich das Volk gegeben? Sind es die Vorstellungen der linken *Sozialistischen Volkspartei*, der ultraliberalen bis rechtsextremen *Fortschrittspartei* oder der heterogenen sozialen Basisbewegungen und Kleinparteien, die die Wähler überzeugt haben? Soll Dänemark aus dem Referendum die Konsequenz ziehen, daß man die EG verläßt, oder ist die Botschaft des Souveräns die offensivere, daß man bleiben soll, um für einen besseren Vertrag als den von Maastricht zu kämpfen? Das läßt sich alles nicht beantworten, und die dänischen Politiker sind daher in dieser Frage erst mal untergetaucht und warten ab, was die anderen EG-Länder machen und welche Handlungsmöglichkeiten für Dänemark sich daraus ergeben.

Obwohl das Nein also an sich keine alternative, mehrheitsfähige Politikkonzeption beinhaltet, ist es keineswegs politisch uninteressant. Es verkörpert — und soweit hat also der eingangs zitierte Mythos einen rationalen Kern — eine klare Absage an die Politikform der etablierten Parteien und Institutionen auf europäischer sowie auf nationaler Ebene: eine Politikform, die anstatt eine eingehende und offene, demokratische Diskussion zu führen, rein formal-legitimatorisch die Bevölkerung vor apparatgemäß vollendete Tatsachen stellt. Dem dänischen Referendum ist zwar eine recht intensive öffentliche Debatte vorausgegangen, aber die etablierten Parteien (außer dem linken und dem rechten Rand des Spektrums) haben zu keinem Zeitpunkt einen Hehl daraus gemacht, daß die Alternative von vornherein feststand: Maastricht oder gar nichts. Daß diese Diskussions-Prämisse für die Mehrheit der Bevölkerung offensichtlich unakzeptabel war, hat sie nicht interessiert. Bis es zu spät war.

Die geschlossene Einbindung in die technokratische, wirtschafts- und machtpolitische Kompromißbildung des Maastricht-Vertrages und die feste Überzeugung, daß die Wähler sie letzten Endes wie immer unterstützen würden, haben die große mehrheit des etablierten politischen Lebens unfähig gemacht, auf jene Interessen, Bedürfnisse und Befürchtungen in der Bevölkerung, die im Laufe der öffentlichen Debatte immer deutlicher Gestalt annahmen, adäquate Antworten zu geben. Die Ja-Parteien sind sich zwar keineswegs in allen Punkten einig, und es hat durchaus in der Debatte wesentliche inhaltliche Auseinandersetzungen über Teilfragen gegeben, aber in ihrem gemeinsamen Alles-oder-Nichts-Festhalten am vorliegenden Vertragsentwurf haben sie ein arrogantes Desinteresse an der keimenden Meinungsbildung in der Bevölkerung bewiesen und somit entscheidend an Glaubwürdigkeit verloren. Am schwersten betroffen von dieser Krise im Verhältnis zu ihrer sozialen Basis sind die Sozialdemokraten, aber alle Ja-Parteien haben von großen Teilen ihres Wählerkorps die rote Karte bekommen.

Traditionselemente und politische Strukturen

Von dieser oppositionellen Meinungsbildung von unten wissen wir in der Tat nicht viel Konkretes, da sie sich bisher nur in jenem wenig differenzierten „Nein" artikuliert hat. Den politischen Meinungsfragen zufolge läßt sich aber folgender Haupttrend in der Einstellung der Dänen zur europäischen Zusammenarbeit identifizieren: ganz unabhängig von Parteizugehörigkeit und von der Frage Ja/Nein zum Maastricht-Vertrag tritt eine klare Mehrheit der Dänen für eine *erweiterte* Zusammenarbeit der EG-Länder in den Bereichen Umweltschutz und soziale Dimension ein. Genauso deutlich ist aber der *Widerstand* gegen eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik gegen eine Währungsunion, gegen eine gemeinsame Staatsbürgerschaft und gegen die Öffnung der innereuropäischen Grenzen.

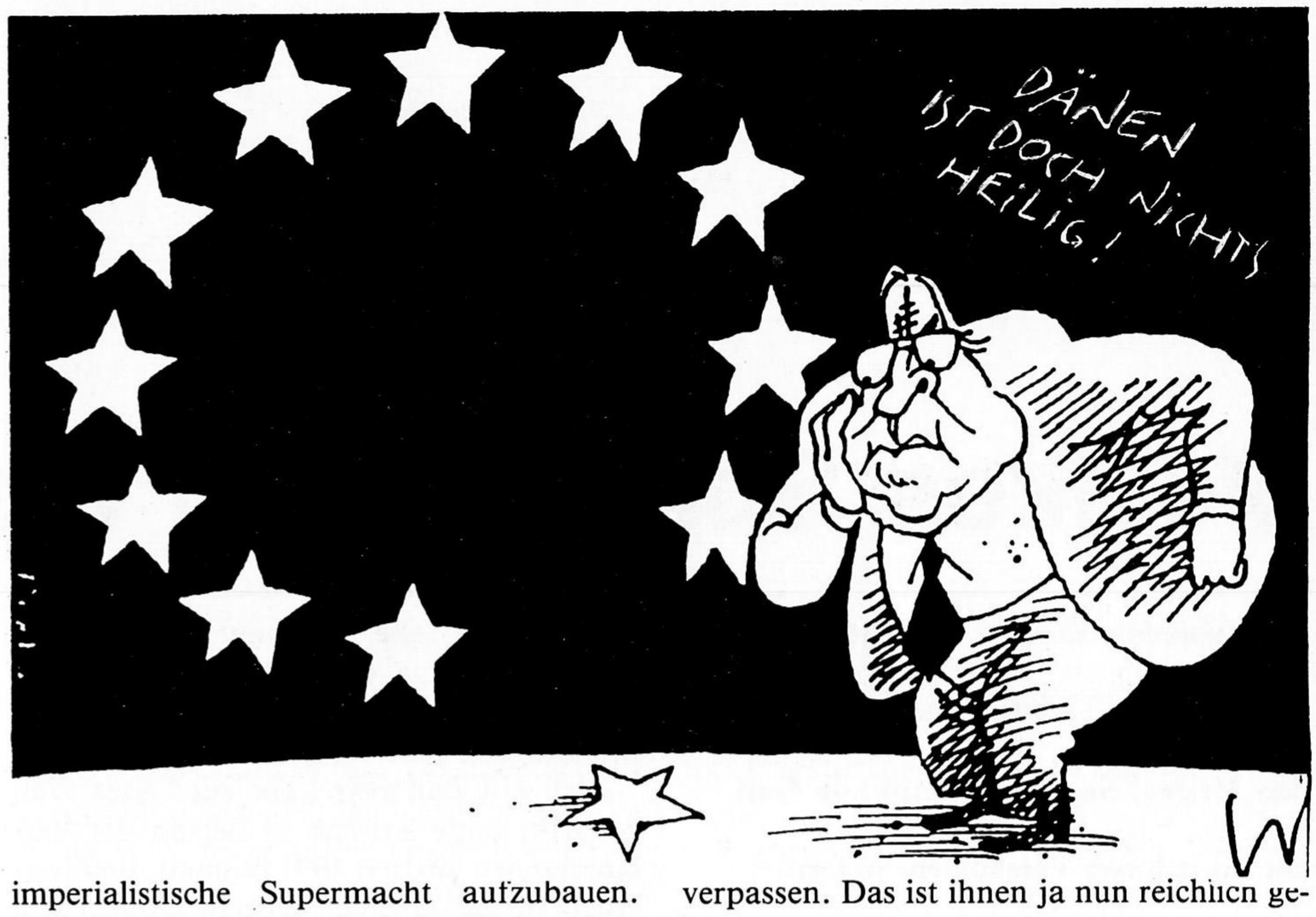
Hinter solchen Gesamtergebnissen empirisch-repräsentativer Umfragen verbergen sich natürlich immer Tendenzen widersprüchlichster Art. Auf einer allgemeinen Ebene spiegeln diese Angaben aber trotzdem recht genau zentrale Züge der dänischen politischen Kultur. Im Gegensatz zur deutschen Entwicklung ist die politische Kultur Dänemarks in einem historischen

Kontext entstanden, in dem die unteren Klassen kraft der spezifischen sozialen Kräftekonstellationen imstande gewesen sind, prozessual und gewaltfrei die Macht im Staate zu erringen. So haben die Bauern und das Bildungsbürgertum 1848/49 die politische Demokratie durchsetzen können, und ab Anfang des 20. Jahrhunderts hat die Arbeiterbewegung — und damit die Sozialdemokratie als wichtigste staatstragende Partei — erfolgreich weitgehende sozialstaatliche Kompromisse erzwingen können. In diesen Prozessen haben sich teils ein relativ hohes Maß an sozialem Bewußtsein, teils ein unaggressives, identifikatorisches Verhältnis zum Staat als ,,unserem eigenen" (ich hätte fast ,,volkseigenen" geschrieben), als allgemeine politisch-kulturelle Charakteristika der Dänen entwickelt.

Gleichzeitig haben aber die sehr spät einsetzenden Industrialisierungs-, Internationalisierungs- und Modernisierungsprozesse zum Teil die lebensweltlich verankerten politisch-kulturellen Strukturen in einem selbstgenügsamen, der Außenwelt sich defensiv verschließenden Provinzialismus verweilen lassen. Bei den Dänen findet man keinen expansiven, aggressiven Nationalismus, wohl aber den bornierten Wunsch, unter sich zu bleiben. Zu dieser tendenziell antimodernen Neigung zur nationalen Selbstgenügsamkeit gesellt sich die historische Erfahrung als kleines, ohnmächtiges Land im brutalen internationalen Machtkampf. Obwohl dieser Kampf in anderen Ländern viel wilder getobt hat als in Dänemark, hat es sich trotzdem in das politisch-kulturelle Selbstverständnis der Dänen tief eingeprägt, daß die nationale politische Selbstbestimmung ein teures Gut ist, das einem im Umgang mit Großmächten sehr leicht abhanden kommen könnte — weshalb ein solcher Umgang am besten auf ein möglichstes Mindestmaß zu beschränken wäre.

Diese kurz umrissenen Traditionselemente und Strukturen bilden einen wesentlichen politisch-kulturellen Klangboden für die Umfrageergebnise der Meinungsforscher und für das Zustandekommen des Neins am 2. Juni. Die konkreten Saiten, die diesen allgemeinen Klangboden haben auftönen lassen, waren aber ein unkonzentriertes, disharmonisches Ensemble aus ganz verschiedenartigen, spezifischen Interessen. So haben z.B. viele Landwirte durch ein Nein ihre spezifische Unzufriedenheit mit der zunehmenden EG-Regulierung (Quotenregelung, Umweltschutz, etc.) und der damit verbundenen Reduktion der Einkommen im Agrarsektor zum Ausdruck gebracht — hinter dem Nein steckt mit anderen Worten zum Teil der Interessenkampf von Fraktionen des Kleinbürgertums.

Im linken Spektrum haben sich die Nein-Stimmen teils auf das *politische* Profil des Vertrages bezogen: auf den betont kapitalistischen (,,Preisstabilität" als höchstes Gebot), potentiell militaristisch-expansiven und im weiteren internationalen Kontext exklusiv-egoistischen Charakter der Unionsbildung — also auf die Intention, die EG als



imperialistische Supermacht aufzubauen. Teils bemüht sich die dänische Linke schon immer stark um die nationale Selbstbestimmung, nicht *nur* wegen ihrer historischen Teilhabe an nationalromantisch angehauchtem politisch-kulturellem Gedankengut, sondern auch weil sie befürchtet, ihren im internationalen Vergleich nicht unbeachtlichen politischen Einfluß zu verlieren, wenn Kompetenzen an internationale Gremien abgegeben werden.

Hinzu kommen noch als Determinanten des Neins diffuse Ressentiments gegenüber dem Fremden im Allgemeinen, die nur bei rechten, nationalistischen Gruppierungen direkt zur Sprache kommen, die aber emotional in breiten Teilen der Bevölkerung (so z.B. bei vielen Wählern der Sozialdemokratie) vorhanden sind. Eine bornierte Angst vor ,,Überfremdung" hat also auch ihren Beitrag zum Nein geleistet.

Stärkung der zivilgesellschaftlichen Potentiale

Schließlich hat die arrogante und zum Teil drohende Art vieler Ja-Politiker eine Gegenreaktion hervorgerufen. Nicht zuletzt haben das Auftreten des dänischen Außenministers, Ellemann-Jensen, der während des Wahlkampfes systematisch jede Kritik als inkompetent abgetan und das Referendum praktisch als lästige Formalität behandelt hat, und die taktisch wenig gelungene Aussage des Jacques Delors, es werde in Zukunft notwendig, den Einfluß der kleinen EG-Länder zu begrenzen, gewiß den Effekt gehabt, daß sich viele ambivalente Wähler im Zorn für ein Nein entschlossen haben.

Zu diesen Faktoren kommt noch, daß einige Wähler — besonders unter Linken, taktisch, also gegen ihre europapolitische Überzeugung, Nein gestimmt haben, um den als gesichert erscheinenden Sieg der Ja-Parteien so gering wie möglich zu halten und dadurch den Architekten eines technokratisch-kapitalistischen Europas einen Denkzettel zu verpassen. Das ist ihnen ja nun reichlich gelungen.

Das Nein der Dänen setzt sich mit anderen Worten aus ganz disparaten Elementen zusammen, die keine politische Alternative verkörpern können. Wohl aber ist das Nein Ausdruck einer Stärkung der zivilgesellschaftlichen politischen Potentiale und des allgemeinen politischen Bewußtseins in Dänemark, die in den künftigen politischen Prozessen entscheidende Bedeutung haben könnte — so werden sich die etablierten Parteien und die politischen Institutionen vermutlich erst mal davor hüten, mit den Interessen und Bedürfnissen der Bevölkerung technokratisch-arrogant umzugehen.

Aber die nötige zivilgesellschaftliche Organisierung, die diesen punktuellen Durchbruch von Basisinteressen in einem kollektiven Lernprozeß transformieren könnte, fehlt bisher und ist auch nicht in Sicht. Die Linke ist auch in dieser Frage uneinheitlich und nicht handlungsfähig: ein Teil operiert mit Vorstellungen von einer Nordischen Alternative zur EG, basiert auf einer angeblichen ,,nordischen Identität" und Interessengemeinschaft. Ein meines Erachtens völlig illusorisches Hirngespinst, nicht zuletzt weil die Meisten der übrigen nordischen Länder schon längst ihren Wunsch bekundet haben, der EG beizutreten. Dazu kommt, daß sich die nordischen Länder historisch weder kulturell noch in bezug auf materielle Interessenkonflikte besonders gut haben einigen können. Der unpolitische, nationalromantische Mythos spukt fortwährend in Teilen der dänischen Linken.

Andere linke Kräfte fangen dagegen langsam an, die Situation parlamentarisch-realpolitisch anzugehen, und setzen sich dafür ein, daß Dänemark ein Sonderabkommen mit der EG verhandelt, demzufolge wir volles Mitglied bleiben — aber ohne die strittigen Punkte (militärische Zusammenarbeit, Währungsunion und gemeinsame Staatsbürgerschaft). Im pragmatischen Sinne wäre dies bestimmt die beste Lösung — aber mit Organisierung von zivilgesellschaftlichen Lernprozessen hätte sie nichts zu tun. ■

HOLM-DETLEV KÖHLER

Mexikos Sprung nach Norden

„Pobrecito México! Tan lejos de Dios, y tan cerca de Estados Unidos!" — „Armes Mexico! So weit entfernt von Gott und so nah den Vereinigten Staaten!" Dieser, jahrzehntelang die Schwierigkeiten Mexikos auf der Suche nach einem eigenständigen Entwicklungsweg ausdrückende Spruch scheint in sein Gegenteil verkehrt: ganz Südamerika beneidet sein nördlichstes Mitglied, welches am 12. August im Hotel Watergate in Washington das Freihandelsabkommen NAFTA (North American Free Trade Agreement) mit den USA und Kanada unterzeichnete.

Die „Salinastroika" (benannt nach Mexikos Präsident Salinas de Gortari) erlebt derzeit ihren Höhepunkt. Die neoliberale Revolution hat den gesamten Kontinent ergriffen.

„Ich will, daß mein Land zur Ersten Welt gehört", hatte Salinas zu Beginn der Verhandlungen im Juni 1991 posaunt, und jetzt glaubt er sich am Ziel. Worauf gründet sich die Hoffnung? Die wichtigsten NAFTA Vereinbarungen sind: Abbau aller Zollschranken und nichttarifären Handelshemmnisse innerhalb von 15 Jahren; Öffnung der Kapital- und Finanzmärkte bis zum Jahr 2000; Volle Freiheiten für die US-Automobilindustrie; Mexiko behält die Kontrolle über sein Erdöl.

Mit dieser größten Freihandelszone der Welt — mit 370 Mio. Einwohnern und knapp 30% der Weltwirtschaftsleistung ist sie noch größer als die EG — wird die vielversprechende Kombination von kanadischen Rohstoffen, US-Kapital und mexikanischer Billigarbeitskraft angestrebt. Das verbindende Interesse ist in der Tat die Zugehörigkeit zur Ersten Welt, einer Ersten Welt, in der die USA immer weniger die erste Geige spielen.

Bei der derzeitigen Mediendominanz kriegerischer Auseinandersetzungen wird leicht vergessen, daß die Nachkriegsordnung nicht allein durch Blauhelme und Wüstenstürme, sondern auch durch Handels- und Investitionsflüsse geformt wird. Paradoxerweise kommt es dabei nicht zur erwarteten Weltfreihandelszone — siehe die nunmehr seit sechs Jahren blockierte GATT-Konferenz —, sondern zur Bildung konkurrierender

Die neue amerikanische Unordnung

Handelsblöcke mit neuem Protektionismus und eigenen politischen Regulierungsmechanismen. "Triadisierung" heißt das Stichwort, unter dem die Aufteilung der Welt in drei führende Wirtschaftsblöcke (USA-Südostasien-EG) nach dem Niedergang der US-Hegemonie und dem Zusammenbruch der Zweiten Welt diskutiert wird. Zwei Tendenzen verdienen dabei besondere Erwähnung:

a) Die Internationalisierung und Reprivatisierung des Weltkapitals machte die TNCs (Transnational Corporations — Transnationale Konzerne) zu den zentralen Akteuren und strukturbestimmenden Kräften bei abnehmender Bedeutung der Nationalstaaten und der internationalen politischen Regulierung. Diese orientierten sich vornehmlich auf den innermetropolitären Handel und auf Standortpolitik. Statt Freihandel mit der Welt ging es um Präsenz auf den führenden Weltmärkten in Form eigener Produktionsstätten. Direktinvestitionen wurden wichtiger als Handel, die Dritte Welt vorübergehend abgehängt. Hierbei zeigen sich japanische den amerikanischen und europäischen Konzernen oft überlegen, was den Ruf nach staatlichem Schutz vor der nipponischen Invasion verstärkt.

b) Die Dritte Welt verfiel einem Pauperisierungsprozeß, für den die Schuldenkrise und der Zusammenbruch nationaler Entwicklungsprojekte nur die sichtbarsten Anzeichen sind. Gleichzeitig prallten die Grenzen zwischen Erster und Dritter Welt immer unmittelbarer aufeinander und verschwimmen teilweise. Den Spaltungstendenzen der Ersten entsprechen vielfältige Ausdifferenzierungsprozesse der Dritten Welt. Dies verändert selbstverständlich auch das Verhältnis zwischen Metropolen und Peripherien.

Das NAFTA-Abkommen gewinnt vor diesem Hintergrund seine Konturen. Die Metropolen müssen ihre unmittelbare Peripherie stabilisieren — eine für die EG derzeit offensichtlich unlösbare Aufgabe angesichts der Destabilisierungstendenzen von der Ostsee bis Gibraltar — und versuchen, die gewinnträchtigen Sektoren der Drittweltländer wieder wirtschaftlich einzugliedern. Mexiko nimmt dabei nicht zum ersten Mal eine Vorreiterfunktion ein. In den 50er und 60er Jahren galt es als Beispiel für einen nationalrevolutionären Entwicklungsweg, auf dem durchaus einige Erfolgsetappen zurückgelegt wurden. In den 70er Jahren verwandelte sich dieser Weg in eine Sackgasse und Mexiko in eines der höchstverschuldetsten Länder der Erde. Die Widerstandsversuche gegen IWF und Gläubigerbanken zu Beginn der 80er Jahre (Einstellen des Schuldendienstes) mußten bald aufgegeben werden und 1990 nach einer radikalen wirtschaftspolitischen Wende zur Austerität kam es zum wiederum wegweisenden Umschuldungsabkommen mit den US-Banken. Mexiko war zum neoliberalen Modellfall für den Subkontinent geworden.

Die neoliberale, IWF-angeleitete Wende

hat inzwischen ganz Lateinamerika erfaßt und ist Voraussetzung für Kredit- und Investitionswürdigkeit. Mit dem Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, Sozialabbau, Deregulierung der Arbeitsverhältnisse, drastischen Lohnsenkungen und der Bildung von Freihandelszonen (Mercosur, Andenpakt, Zentralamerikanische Integration) hat ein Wettlauf um die knappen Investitionen der TNCs begonnen, der letzten verbliebenen Hoffnung auf Entwicklung. Mexiko zeigt, wie man sich dabei attraktiv macht: Seit 1982 fielen die Reallöhne um 50%, leben statt damals 14 Mio. inzwischen 41 Mio. (die Hälfte der Bevölkerung) Menschen in absoluter Armut, ist die Schattenwirtschaft zu einem zentralen Wirtschaftssektor geworden, stehen die natürlichen Ressourcen als Giftmüllhalde und Raubbaugrund einschränkungslos zur Verfügung. Salinas Hoffnung läßt sich in einem Satz zusammenfassen: die US-Industrie soll diese Vorteile nutzen und 600000 neue Arbeitsplätze (Stundenlohn 2,30 $ im Gegensatz zu 14,70 $ in den USA) in Mexiko schaffen.

Kritiker weisen auf die dunklen Punkte dieser Rechnung hin. Sollte die US-Industrie wirklich nach Mexiko kommen anstatt die Mexikaner massenhaft auf illegalen Wegen zu sich kommen zu lassen wie bisher, so profitiert davon allenfalls der industrialisierte Norden bis hin zur Hauptstadt. Das regionale und soziale Gefälle aber vergrößert sich weiter. Die rückständige Klein- und Mittelindustrie wird ebenso geopfert wie die 2,5 Mio. Maisbauern. Die Eröffnung neuer Absatzmärkte für die Billigprodukte des agroindustriellen Komplexes der USA sind ein Kerninhalt des NAFTA. Das Gerede von der lateinamerikanischen Gemeinsamkeit erweist sich dabei erneut als Schimäre. Mexiko zieht es vor, Sklave im Haus der Reichen zu sein, als die Armut mit den anderen solidarisch zu verteilen. 1991 wurde dadurch immerhin schon der enormen Kapitalflucht

US-Interessen

Einhalt geboten und durch Privatisierungen von Staatsbetrieben 9,5 Mrd.$ ins Land gezogen. 7 Mrd. davon flossen in den Schuldendienst. Nur die Ölindustrie, eine der Hauptgelüste des nördlichen Nachbarn, wurde nicht herausgerückt, sondern nur joint-venture Verträge zur Förderung und Vertrieb des Öls zugelassen.

Hinter Mexiko wartet der unmittelbar Zweitplazierte im Wettlauf um US-Investitionen Chile auf ein bilaterales Abkommen mit dem NAFTA-Block. Indirekt gehört es schon zu den Nutznießern, da es seit September letzten Jahres ein bilaterales Freihandelsabkommen mit Mexiko unterhält, über das es nun die US-Zölle umgehen kann. Auch hier zeichnen sich zukünftige Strukturen der Beziehung Zentrum-Peripherie ab. Die Metropolen werden unmittelbar miteinander vernetzt, Toronto kommuniziert mit Mexiko-City, Santiago und Sao Paulo über die weiten Zonen der Armut hinweg und 20 Stockwerke über den Müllhalden und Gettos der Straßenkinder. Der „Trend zur Gemeinsamkeit", mit dem die neuen Freihandelsabkommen in Lateinamerika beschrieben werden, zieht klare Grenzen zwischen Drinnen und Draußen und orientiert sich dabei immer weniger an den nationalstaatlichen Zollwächtern.

Der Kritik südlicher Nachbarn, Mexiko orientiere sich nach dem reichen Norden und will sich vom armen Süden abkoppeln, begegnet Salinas auf zwei Arten: einmal stellt er Mexiko ganz unbescheiden als Vorbild hin, an dem sich die anderen orientieren können, zum anderen verweist er auf die Pakte mit südlichen Nachbarn, das Ölabkommen mit Venezuela und Kolumbien sowie die Verhandlungen über eine zentralamerikanische Integration. Dies erscheint jedoch zunehmend als Makulatur angesichts ökonomischer Abhängigkeiten und politischer Interessen. 70% des mexikanischen Außenhandels wurde schon vor dem NAF-

TA mit den USA und Kanada abgewickelt, ganze 4% mit Lateinamerika.

Bleibt die Frage nach den Interessen der USA und Kanadas, deren bilaterales Freihandelsabkommen aus dem Jahre 1989 dem NAFTA Pate stand. Die Folgen dieses Abkommens sind in Kanada durchaus umstritten (z.B. der Souveränitätsverlust über die eigenen Rohstoffquellen, verstärkter Separatismus in der französischen Provinz Quebec), doch ist es seither unwiderruflich zum wirtschaftlichen Anhängsel der USA geworden, mit der es 80% seines Außenhandels betreibt.

Am umstrittensten ist das NAFTA sicherlich in den USA, wo sich sofort die Gewerkschaften meldeten. Sie befürchten massive Arbeitsplatzverluste durch Abwanderung der Industrie in das südliche Billiglohnland ohne Arbeits- und Umweltschutzvorschriften. Doch haben die US-Gewerkschaften in letzter Zeit noch bei jedem Kräftemessen den Kürzeren gezogen. Der unmittelbare Arbeitsplatzverlust wird zwar nicht bestritten doch gegen längerfristige Arbeitsplatzgewinne in den Exportindustrien aufgerechnet. Besonders Banken, Versicherungen, Landwirtschaft und Telekommunikation sind die Sektoren der maroden US-Ökonomie, die sich in Mexiko neue Märkte erhoffen. Hinzu kommt ein Importschutz gegenüber asiatischen und europäischen Produkten, die bisher über Mexiko unter Umgehung der hohen US-Zölle nach Nordamerika flossen. Mexiko mußte sich zur Errichtung von Importbarrieren für Überseeprodukte verpflichten.

Ob sich das politische Interesse der USA, den Menschenzustrom aus dem Süden über die Todesgrenze, an der es mehr Tote gab als an der Berliner Mauer, zu stoppen, ist zweifelhaft. In den grenznahen Regionen hat sich längst eine eigenständige hispanoamerikanische Gesellschaft („maqiladora-Zone"), auf Gewalt und illegaler Ökonomie beruhend, gebildet — jenseits allen regierungsamtlichen Handelns. Unzweifelhaft ist, daß Bushs „Amerika-Initiative" mit einem gemeinsamen Markt von Alaska bis Feuerland noch lange hohles publicity-Geschwätz bleibt. Nur für einen kleinen, ökonomisch gewinnträchtigen und politisch opportunen, Kreis werden sich die Tore zum reichen Norden öffnen. Dieser sucht im selektiven Wirtschaftsverkehr mit Lateinamerika wenigstens die regionale Hegemonie zu sichern und zu stärken, nachdem ihm die globale verloren gegangen ist.

Für Mexico bedeutet das NAFTA nicht zuletzt ein Eingeständnis, daß es zur Lösung seiner eigenen Probleme nicht in der Lage ist und sein Schicksal daher besser in die Hände anderer legt."

Das ist, wie im schlechten Theater, die Deus-ex-machina-Lösung: ein Gott steigt vom Himmel herab auf die Bühne, um den vom Schicksal getroffenen Helden zu retten. Der überwältigte Held ist in diesem Falle Mexico, der Gott aus der Maschine die Vereinigten Staaten von Amerika" (Carlos Fuentes). ■

CARLOS M. FUENTES

VW-Mexiko —

nach vier Wochen Streik und Aussperrung

Der Arbeitskonflikt bei VW-Mexiko hat sein vorläufiges Ende gefunden. Am 20. August wurde die Arbeit im Betrieb von ca. 85% der ca. 14500 gewerkschaftlich organisierten Belegschaftsmitglieder wieder aufgenommen. Der Rest, vornehmlich bestehend aus der innerbetrieblichen Gewerkschaftsopposition, erhielt keinen neuen Arbeitsvertrag. Was war geschehen? Was waren die Ursachen, Motive und Ergebnisse des Streiks? Und wer waren die Gewinner — wer die Verlierer?

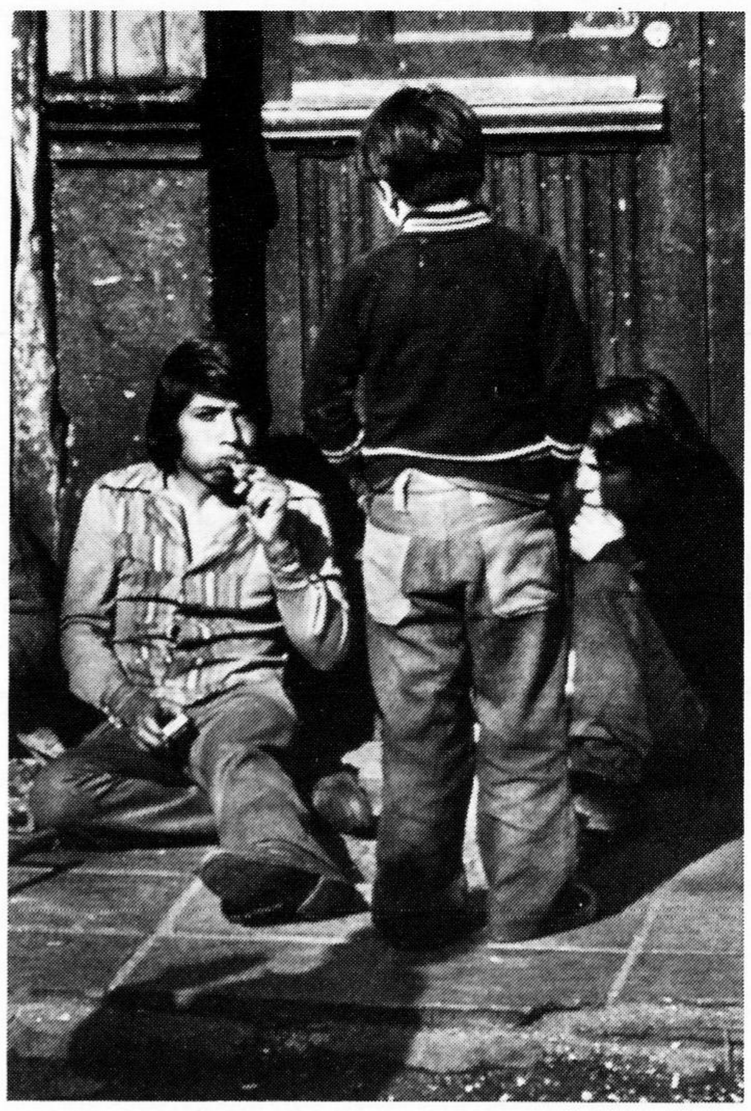
Am 21. Juli hatte die VW-Belegschaft mehrheitlich die Arbeit niedergelegt, um auf einer spontan einberufenen Vertrauensleutevollkonferenz den Rücktritt ihres erst im November 1991 mit knapper Mehrheit (80 Stimmen) gewählten Betriebsgewerkschaftsführers Gaspar Bueno zu fordern. Da eine Absetzung aus formalen Gründen nicht möglich war, blockierte daraufhin mehr als die Hälfte der 14000 Beschäftigten die Werkstore, um auf diese Weise ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen. Aus ihrer Sicht hatte die Führung der Betriebsgewerkschaft ihre Forderungen beim Abschluß des jüngsten Tarifvertrages vom 2. Juli nicht ausreichend berücksichtigt. Der Vertrag sah eine Erhöhung der Löhne um 15%, der Leistungszulage um 5% und der Sozialleistungen um 3% vor. Er lag damit deutlich über den landesweiten Branchenabschlüssen. Nach mehrtägiger erfolgreicher Werkstillegung durch die der Gewerkschaftsopposition nahestehenden Belegschaftsteile beantragte die VW-Geschäftsführung am 27. Juli beim zuständigen Arbeitsgericht die Auflö-

Polizeieinsatz gegen die unabhängigen Gewerkschaften in Mexiko, 1985.

sung aller 14000 individuellen Arbeitsverträge und des gerade abgeschlossenen Tarifvertrages, da es sich aus ihrer Sicht ausschließlich um einen innergewerkschaftlichen Machtkampf handelte. Damit war die gesamte Belegschaft faktisch ausgesperrt. Am 18.8. bestätigte das Arbeitsgericht die Position des Unternehmens. Die Streikfront bricht — auf Grund der nunmehr rechtlich abgesicherten politischen Massenentlassungen — auseinander. Es erfolgt die Wiedereinstellung lediglich des Großteils der Belegschaft auf der Grundlage eines zwischen der VW-Geschäftsführung und der im Amt verbliebenen Betriebsgewerkschaftsführung offensichtlich während des Produktionsstillstandes neu ausgehandelten Tarifvertrages. Seit Donnerstag letzter Woche (20.8.) soll der Käfer wieder von den Bändern rollen. Er und die Produktion läuft zwar wieder, jedoch nicht reibungslos.

Weder die quantitative Dimension des Lohnabschlusses, noch ein daraus zu schließender innergewerkschaftlicher Konflikt, sondern vielmehr die im Tarifvertrag vom 2. Juli geregelten qualitativen Veränderungen der Arbeitsorganisation sind die tieferliegenden Ursachen des Streiks. Im Mittelpunkt der organisatorischen Veränderungen bei VW-Mexiko steht dabei wie in vielen anderen westlichen Automobilwerken, die sich im Konkurrenzkampf mit Japanischen Unternehmen befinden — die Einführung der Gruppenarbeit auf allen Ebenen der Fertigung. Diese qualitative Veränderung impliziert einen radikalen Umbruch der Arbeitsstrukturierung, der Entlohnung, der Qualifizierung und der innerbetrieblichen Aufstiegslinien nach Betriebs- und Bereichsseniorität. Nunmehr seit 1990 beabsichtigt das VW-Management neue Arbeitsformen einzuführen, die Betriebsorganisation zu modernisieren, um die Produktivität zu steigern. Es gab seitdem bereits Änderungen des Beförderungs- bzw. ,,Escalafón''-Systems, was eine Beeinträchtigung der Senioritätsrechte zur Folge hatte. Dabei wurden jedoch weder die Gewerkschaft noch die Arbeitnehmer ausreichend in die Planung der bevorstehenden Veränderung einbezogen und ausführlich informiert. Seit geraumer Zeit herrschte deshalb eine große Unsicherheit innerhalb der Belegschaft vor. Sie wußten, es kommt was auf sie zu, nur was?

Unter diesen Bedingungen der radikalen Modernisierung von einem rein innergewerkschaftlichen Konflikt zu sprechen, wird den Tatsachen nicht gerecht und soll von Fehlern des Managements bei der Einführung neuer Arbeitsformen ablenken. Diese Einführung war begleitet von einer drastischen Erhöhung der Tageseinheiten von 400 auf 480 ohne jede technische und organisatorische Veränderung sowie ohne Personalaufsstockung. Während der Tarifverhandlungen wurden dem weitgehend unerfahrenen Gewerkschaftskomitee weitere Veränderungen abgepreßt, die dann im Juli ganz offensichtlich nicht mehr gegenüber der Belegschaftsmehrheit durchsetzbar waren. Diese latente Unsicherheit verschaffte allerdings der innerbetrieblichen Gewerkschaftsopposition um Jesús Valencia, der im November 1991 Gaspar Bueno nur mit 80 Stimmen unterlag, die Voraussetzung, den Konflikt einerseits innerhalb der Gewerkschaft und andererseits zwischen Unternehmen und Belegschaft aufzubrechen. Die Opposition ruft die Belegschaft erfolgreich zum Streik auf. Die Stimmung wird dadurch angeheizt, daß am 25. Juli Gerüchte auftauchen, das Unternehmen hätte die Gewerkschaftsführung zur Annahme des Tarifvertrages mit einer halben Million Pesos überredet. Protestversammlungen vor dem Werkstor in Puebla, Solidaritätsdemonstrationen in Mexiko-City und die Blockadesperrung der Autobahn zwischen Puebla und Mexiko weisen darauf hin, daß der Arbeitskampf nicht einer radikalen Minderheit innerhalb der Betriebsgewerkschaft zugerechnet werden kann, sondern darüber hinaus vor den Werkstoren in der Bevölkerung Unterstützung fand. Der Einbruch in die bislang relativ geschlossene Streikfront erfolgte schließlich am 17. August, als die Bundesschlichtungsstelle dem Antrag des Unternehmens auf Kündigung der individuellen Arbeitsverträge stattgab und den Tarifvertrag für aufgehoben erklärte. Dies bedeutete eine schwere Niederlage für die Betriebsgewerkschaft und einen Schicksalsschlag für Tausende von Familien. Als Resultat hat dieser Spruch jedoch nicht eines der strukturellen Probleme des Unternehmens gelöst. Zum gleichen Zeitpunkt verkündete der Werksleiter Martin Josephi, es gäbe schon einen neuen Tarifvertrag und eine ,,neue'' Gewerkschaft, mit der die neuen Arbeitsbedingungen bereits geregelt sind. Die Wiedereinstellung begänne um 11 Uhr am 18. August. Ausgeschlossen von der Wiedereinstellung seien jedoch 14 Arbeiter aus der Gruppe der Gewerkschaftsopposition. Der neue Tarifvertrag beinhaltet, bezogen auf die Einführung der Gruppenarbeit keine wesentlichen neuen Formulierungen. Diese waren bereits Bestandteil des Vertrages vom 10. Juli. Hinzugekommen sind Anmerkungen zu Fragen der stetigen Selbstverbesserung in der Gruppe — im japanischen Jargon ,,kaizen'' benannt — und zur Verpflichtung der Gruppenmitglieder, Mängel bzw. Abwesenheiten anderer durch höheren Arbeitseinsatz aller auszugleichen. Wesentliche Veränderungen beziehen sich dann auf die Statuten der Gewerkschaft, die bereits am 18.8. der Bundesschiedsstelle zur Registrierung vorgelegt wurden. Abgeschafft wurden demnach die mittleren Delegierten der Gewerkschaft, die nicht nur über eine große Nähe zur Arbeiterschaft verfügten, sondern selbst Erfahrungen mit der operativen Arbeit in jedem Produktionsbereich besitzen. Darüber hinaus sind fünf weitere Statuten in Kraft getreten, die die Produktion betreffen und die bislang weder der Arbeiterschaft noch der Öffentlichkeit bekannt sind. Die Wiedereinstellung seit dem 18.8. verläuft seitens der Arbeiterschaft eher unwillig, was bleibt ihnen sonst? Sie müssen ein Dokument unterschreiben, in dem sie den gleichen Lohn garantiert bekommen, den sie auch schon vor dem Streik erhielten, ohne die Senioritätsregelungen. Seniorität spielt als Aufstiegsmoment keine Rolle mehr. Diese alte Regelung einer Kombination von Betriebsangehörigkeit und Arbeitskapazität wurde dahingehend verändert, daß nur derjenige aufsteigt, der innerhalb von neun Monaten die Arbeitsaufgaben des nächsthöheren Niveaus beherrscht. Schließlich hat das Unternehmen das Recht, den Vertrag einseitig bei Nichterfüllung zu kündigen. Die Wiedereingestellten verzichten zudem ausdrücklich auf die Möglichkeit, sich einer anderen Gewerkschaft anzuschließen als, die während des Arbeitskampfes als Sieger hervorgegangen ist.



Einbruch in die Streikfront

Mittlerweile sind 85% der Arbeiter wieder zurückgekehrt. Während die Unternehmensleitung erst davon sprach, lediglich vierzehn Rädelsführer nicht wiedereinzustellen, sind es mittlerweile an die zweihundert Arbeiter, die nicht auf den Listen zur Wiedereinstellung erschienen sind. Die Stimmung ist weiterhin gereizt. Die interessierte Öffentlichkeit Mexikos spricht beeits davon, daß die Unternehmenspraxis der Wiedereinstellung die garantierten Rechte der Arbeiter mißachte. Bislang wird dabei das Streikende als Erfolg des Unternehmens interpretiert. Doch ist diese Spaltung der Belegschaft unter Zwang aufrechtzuerhalten? Auseinandersetzungen mit der Polizei vor den Werkstoren, mehrere Schwerverletzte deuten eher auf eine Zuspitzung der Lage. Die ausgesperrte Gewerkschaftsopposition hat mittlerweile gegen den Spruch der Bundesschiedsstelle Einspruch eingelegt. Über das Ergebnis wird weiter zu berichten sein. ■

PETER SCHRÖDER

Politische Gewalt in Südafrika

Auch unter dem als Hoffnungsträger einer neuen Südafrikapolitik von der Bundesrepublik hoffierten De Klerk reißt die blutige, gegen die Freiheitsbewegung gerichtete Gewalt nicht ab. Weiterhin sind auch Militär und Polizei in die mörderischen Machenschaften der Inkartha-Gruppen verstrickt. Über das Ausmaß und die Hintergründe der Gewalt, sowie über politische Lösungsmöglichkeiten berichtet Peter Schröder.

Das Massaker von Boipatong in Südafrika, bei dem am 17. Juni dieses Jahres 45 Menschen umgebracht wurden, war gerade einen Monat her, als sich bei einer internationalen Anhörung in London (14./15. Juli 1992) 250 Delegierte aus 38 Ländern versammelten, um 50 Zeugen aus Südafrika zu hören. Eingeladen hatte die britische Anti-Apartheid-Bewegung mit dem ehrwürdigen Erzbischof Trevor Huddleston an der Spitze, den Vorsitz hatte der UNO-Beauftragte Prof. Gambari. Neben prominenten Rednern wie Frank Chikane, Generalsekretär des südafrikanischen Kirchenrates, Max Coleman, Direktor der Menschenrechtskommission in Pretoria oder ANC-Executive-Kommitee-Mitglied Sydney Mufamadi, waren zahlreiche Organisationen aus Südafrika und dem Ausland vertreten, darunter auch Abdul Minty aus Oslo, Direktor der UNO-Komission gegen Waffen- und Nuklear-Kooperation mit Südafrika.

Fast alle größeren Anti-Apartheid-Gruppen der Welt hatten Vertreter entsandt, außerdem waren Diplomaten aus zahlreichen afrikanischen Ländern, Vertreter des Commonwealth, der Organisation für Afrikanische Einheit OAU und natürlich der südafrikanischen Befreiungsbewegung anwesend.

Charles Mafokeng (74) aus Boipatong beschreibt in London den Beginn des Massakers so: „Wir wurden gerufen, weil sich Tausende von Männern im nahegelegenen Inkatha-Wohnheim versammelten. Wir riefen dann bei der Polizei an, die sagte, sie würden schließlich nicht schlafen. Wir sind dann auf der Amatolo-Straße von Boipatong gewesen, nahe der Fabrik. Zwei Hippos (gepanzerte Polizei-Fahrzeuge) fuhren vorbei. Wir freuten uns, daß sie zu unserem Schutz gekommen waren. Dann kamen zwei weitere Hippos. Plötzlich waren Kugeln überall. Die Polizisten haben auf uns geschossen. Dabei sind einige von uns gestorben, auch zwei Kinder." Er unterbrach dann seine Rede für längere Zeit, weil er weinen mußte. „Später haben große Gruppen von Inkatha-Anhängern die arme Siedlung Boipatong überfallen und 45 Menschen getötet, darunter zahlreiche Frauen und Kinder. Die Angreifer wurden zum Teil mit Polizeifahrzeugen in die Siedlung gefahren. Etliche Häuser wurden abgebrannt."

Der anglikanische Erzbischof Trevor Huddleston, der bei der Beerdigung war: ,,Ich habe ja schon viel Elend und Not erfahren in diesen vielen Jahren Südafrika-Arbeit, aber der Anblick dieser 45 offenen Gräber, die Trauer und Verzweiflung dieser extrem armen Menschen haben mich die Fassung verlieren lassen. Das einzig Positive war dabei, daß die Menschen wußten, daß die Regierung letztendlich verantwortlich war für das Massaker und daß sie ja De Klerk auch zu Recht verjagt haben aus ihrer zerstörten Siedlung.“

De Klerk hatte am Tage nach dem Massaker sein Beileid aussprechen wollen und war mit Steinen beworfen worden. Es ging bei der Konferenz um das Ausmaß, die Hintergründe und Ursachen für die politische Gewalt in Südafrika, dann auch um den Stand der südafrikanischen nationalen Friedensverhandlungen und schließlich um Lösungen für das schon lange bestehende Problem der durch Apartheid bedingten Gewalt.

▶ Ausmaß und Ursachen der politischen Gewalt ◀

Zahlen: Seit Februar 1990 sind in Südafrika fast 7000 Menschen umgekommen, die Zahl der Verletzten ist 2-3 x höher — bis vor kurzem also 260 Tote pro Monat, seit April '92 366 pro Monat. Das entspricht etwa 12 Toten pro Tag, 1/3 davon allein in Natal, 60 % in der PWV-Gegend, 8,9 % im Rest des Landes. 81 % umgekommen durch Vigilantes, 5,7 % durch die ,,Sicherheitskräfte“, 2 % durch Killerkommandos, 0,7 % durch Rechtsextreme (diese und folgende Zahlen von der südafrikanischen unabhängigen Menschenrechtskommission unter Rechtsanwalt Max Coleman).

Wer sind die Opfer? 84 % der Opfer gehören dem ANC an oder wohnten in einer eindeutig dem ANC zugeschriebenen Gegend.

Massaker: Bei 49 größeren Massakern (mehr als 10 Tote) kamen 1240 Menschen um. 40 der 49 galten dem ANC zugehörig, 3 dem PAC, 3 der Inkatha, 3 waren nicht zuzuordnen. Bei einem Fünftel der Massaker konnten die Angreifer identifiziert werden. Davon waren 93,6 % Inkatha-Angriffe.

Killerkommandos: 14 Tote gab es bei Killerkommando-Überfällen, wieder waren 85 % der Opfer beim ANC und der Anti-Apartheid-Koalition. 11 Tote Inkatha-Anhänger, die möglicherweise aus eigenen Reihen ermordet wurden. Zum Vergleich: 1985 bis 1990 gab es 100 Tote durch solche Hitsqads, Killerkommandos, davon die Hälfte außerhalb Südafrikas.

Apartheid: Aus der Schlußerklärung der Konferenz: ,,Die Teilnehmer der UN-Anhörung sind sich einig, daß die Ursache der Gewalt im System der Apartheid liegt und daß nur durch die Schaffung eines neuen, vereinten, nicht rassischen und demokratischen Südafrikas ein friedliches Klima geschaffen werden kann, in dem die Kultur der Gewalt endet.“

Die Goldstone-Kommission: Die vom Staat weiter fortgesetzte Gewalt (auch die Vigilantes sind in zahlreichen Fällen von der Polizei oder Armee bewaffnet oder sonst unterstützt worden) soll zu einer Schwächung der Anti-Apartheid-Koalition führen, mit der die Regierung gleichzeitig verhandelt. Die Empfehlungen des ANC oder auch der weitgehend unabhängigen Goldstone-Untersuchungskommission zur Beendigung der Gewalt wurden und werden von der weißen Regierung nicht befolgt. ,,Anderenfalls hätte das Massaker von Boipatong, bei dem 45 Menschen umkamen, nicht passieren können.“ (Mary Rayner, Amnesty International)

Die Armee: General Holomisa, der Vorsitzende des Militärrates des Homelands Transkei, der dem ANC nahesteht, sagte in London über das Militär, das er ja selbst gut kennt: ,,Die Armeeführung Südafrikas hat am 9. Juli 1992 geschrieben: ‚We are at war (wir führen Krieg)‘. Von einer friedenserhaltenden Funktion der Armee kann keine Rede sein, und niemand außer De Klerk kann, wenn er wollte, die Armee kontrollieren.“

Das berüchtigte Bataillon 32 ist dafür ein Beispiel: seit 15 Jahren mordet und zerstört diese Elite-Truppe, die zu 3/4 aus internationalen Söldnern besteht, in Namibia und Angola. Nach der Befreiung Namibias wurde diese Killertruppe in das südafrikanische Militär integriert und ,,zur Friedenssicherung“ (De Klerk 1991) in die schwarzen Ghettos geschickt. ,,Selbst wenn diese Söldner Frieden schaffen sollten und wollten, könnten sie das nicht, weil sie nur todbringende Kriegsführung gelernt haben und sonst nichts. Sie sind die besten Killer der Welt.“ So Rechtsanwalt Peter Harris, der Beweismaterial für die Goldstone-Kommission sammelte.

Die Ankündigung De Klerks am Abend des ersten Konferenztages, am 14.7.92, das Bataillon 32 aufzulösen, ist wiederum bedenklich, weil diese Killer womöglich in andere Einheiten integriert werden. Abdul Minty schlug vor, diese Einheit sowie das ähnliche Bataillon 31 sowie die noch illegal existierenden Koevoet-Mörder-Einheiten in eine Kaserne einzuschließen und dort unter Bewachung zu halten. Dann werde zumindest Unheil durch diese Mörder verhindert.

Wem nützt die Gewalt? Ohne jeden Zweifel wurde in London klar, daß die Regierung derzeit Nutzen aus der andauernden Gewalt zieht. Sie kann für die internationale und nationale Propaganda behaupten, daß die Schwarzen sich gegenseitig umbringen und damit beweisen, daß sie noch nicht reif für die Machtübernahme sind. Erst nach sorgfältiger Analyse wird klar, daß diese Gewalt von der Regierung geschürt oder zumindest geduldet wird. Die möglichen Maßnahmen zur Eindämmung der aktuellen Gewalt werden nicht oder nur halbherzig durchgeführt. Die Bevölkerung hat jedes Vertrauen in die Polizei verloren.

Schwächung des ANC: Gleichzeitig wird der ANC durch den Verlust von Führern weiter geschwächt, damit auch seine Verhandlungsposition bei Codesa. Als Resultat gewinnt De Klerk mehr Zeit und das kommt seinem Plan entgegen, über die ernsthafte Machtübernahme an die Mehrheit der Bevölkerung erst in 10 bis 15 Jahren sprechen zu müssen. Durch weitere Destabilisierung hofft er dann, den ANC soweit geschwächt und unglaubwürdig gemacht zu haben, daß seine eigene Nationalpartei dann wählbar für eine Bevölkerungsmehrheit wird. Die Bevölkerung scheint diese Absicht aber zu durchschauen.

Die wesentlichen Probleme, die einer Lö-

Sozialismus lebt

Die marxistische Monatszeitschrift *Sozialismus* liefert Informationen und Hintergrundmaterial zu folgenden Bereichen:

⇨ *Diskussionen im Forum Gewerkschaften* (es schreiben: Detlef Hensche, Lorenz Schwegler, Frank Deppe, Heinz Bierbaum, Otto König, Theo Steegmann, Sybille Stamm)

⇨ *ökonomische Analysen* national und international (es schreiben: Joachim Bischoff, Jörg Huffschmidt, Rudolf Hickel, Karl-Georg Zinn)

⇨ aktuellen *politischen Diskussionen der Linken* (es schreiben: André Brie, Eric Hobsbawm, Sabine Kebir, Peter von Oertzen, Wolfgang Thierse)

Einzelheft: DM 7,50
Jahresabo: DM 75,- (incl. Porto)

Bestellcoupon:
Hiermit bestelle ich ein kostenloses Probeheft

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Zu schicken an:
VSA-Verlag
Postfach 50 15 71
W-2000 Hamburg 50

sung der Gewaltfrage in Südafrika entgegenstehen, sollen hier noch einmal aufgelistet werden.

Dazu gehören zunächst die erbärmlichen Lebensbedingungen, die zusammen mit den sogenannten Sicherheitskräften ein Klima der Gewalt haben entstehen lassen, das nur teilweise politisch motiviert ist. Die Rolle von Polizei und Armee sieht dabei folgendermaßen aus: Attentate und politische Morde werden von der Polizei kaum verfolgt. Wenn es — selten — zu Anklagen kommt, werden die Zeugen häufig eingeschüchtert oder ermordet, so daß es zunehmend schwieriger wird, Zeugen zu finden. Polizisten selbst werden selten, besser gesagt fast nie angeklagt. Die Richter gehen mit der Freilassung gegen Kaution sehr großzügig um, so daß die Angeklagten häufig verschwinden und/oder aus dem Untergrund die Zeugen einschüchtern. Insbesondere die Inkatha-Gruppen werden von den ,,Sicherheitskräften'' bevorzugt behandelt. Ihre Attacken werden geduldet, wenn nicht sogar häufig durch Waffenlieferungen unterstützt.

Die zahlreichen Geheimoperationen von Polizei und Armee, die in der Regel gegen den ANC gewandt sind, entziehen sich völlig der Kontrolle durch unabhängige Beobachter. Dabei ist zu bemerken, daß die Regierung als Auftraggeber solcher Beobachter an einer wirklichen Kontrolle auch gar nicht interessiert ist. So wird auch nicht damit zu rechnen sein, daß es neben Polizei und Armee noch eine machtvolle Instanz geben wird, die deren Parteilichkeit konterkarieren könnte.

Darüber hinaus zeichnet sich die Regierung De Klerks vor allen Dingen dadurch aus, daß sie die Empfehlungen internationaler Kommissionen nicht nur nicht befolgt, sondern uminterpretiert und zu Propagandazwecken mißbraucht. Mit sinkendem internationalen Druck auf seine Regierung wird dies immer leichter, die Möglichkeit, unbeobachtete innere Aktionen durchzuführen, immer größer.

Eine Lösung der Situation in Südafrika läßt sich nur vor dem Hintergrund folgender grundsätzlicher Maßnahmen denken. Die Lebensbedingungen in den Wohnheimen sollten dahingehend verändert werden, daß sie in Familienunterkünfte umgewandelt und durch Zäune gegen Angriffe geschützt werden.

Die Inkatha-Unterstützer müssen insbesondere hinsichtlich der Bewegung von Gruppen und Waffen scharf kontrolliert werden. Die Geheimaktionen von Polizei und Armee müssen sofort und vollständig unterbunden werden. Es sollte eine nationale Eingreiftruppe mit Polizeibefugnissen aufgebaut werden, die die Neutralität der Polizei überwacht und notfalls selbst eingreifen kann. Der Polizei selbst muß, z.B. mit Schutzschildern, eine Möglichkeit der Selbstverteidigung gegeben werden. Andernfalls fühlen sich die Polizisten schnell von einer Menschenmenge bedroht und schießen. Ihnen sollten außerdem internationale Erfahrungen und Erkenntnisse bei derartigen Polizeieinsätzen vermittelt werden.

Des weiteren sollte es spezielle Gewaltgerichte geben, die mit ausgesuchten Richtern usw. besetzt sind, deren Interesse tatsächlich die Verfolgung von Mördern ist. Dabei sollte der Zeugenschutz Vorrang vor der Kaution haben.

Eine neue Untersuchungskommission mit nationalen und internationalen Mitgliedern muß eingesetzt werden. Zu deren Schwerpunkten sollte die Überwachung von Polizei und Armee gehören.

▶ Lösungsansätze international ◀

Da der Nationale Friedensplan durch mangelnde Bereitschaft des südafrikanischen Regimes nicht funktionieren kann, sind dringend folgende internationale Maßnahmen unter Beteiligung der UNO, der OAU, des Commonwealth und der EG notwendig (Zitat aus der Schlußerklärung der Konferenz):

,,1. Die internationale Gemeinschaft muß sich auf geeignete Art einmischen, um die politische Gewalt genau zu beobachten, aber auch um das Ende der Gewalt zu beschleunigen.

2. Die internationale Gemeinschaft muß den maximal möglichen Druck auf das südafrikanische Regime ausüben, so daß das Regime effektive Maßnahmen zur Beendigung der Gewalt einleitet, wie sie von den Befreiungsbewegungen, den Kirchen, den Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen vorgeschlagen wurden.

3. Die internationale Gemeinschaft muß am Friedensprozeß und insbesondere den Codesa-Verhandlungen voll beteiligt werden, um das südafrikanische Regime daran zu hindern, kontinuierlich den Friedensprozeß zu verhindern oder zu stören.

Ohne daß die internationale Gemeinschaft solche Schritte tut, wird es keine vertrauensvollen Verhandlungen über die Zukunft Südafrikas geben, wie die UNO es vorgeschlagen hat.''

Abschließend möchte ich noch erwähnen, daß auch die Bundesrepublik des öfteren namentlich genannt wurde als das Land, das immer schon die UNO-Boykottbeschlüsse gebrochen hat und inzwischen zum wichtigsten Außenhandelspartner des Regimes in Südafrika geworden ist. Die Rolle der deutschen Banken bei der — bedingungslosen — Kreditvergabe an Südafrika, die Rolle deutscher Rüstungsfirmen bei illegalen Waffengeschäften und bei der südafrikanischen Atomrüstung, die Rolle hoher deutscher Politiker wie Kohl oder Stoltenberg bei solchen illegalen und schmutzigen Geschäften wie z.B. der U-Boot-Affäre machte bei dieser internationalen Anhörung mehrmals die Beteiligung gerade dieses unseres Staates an rassistischen Verbrechen in Südafrika deutlich. ■

Entwicklungsperspektiven im Südlichen Afrika

Mit der sich abzeichnenden Überwindung des politischen Systems der Apartheid und dem Ende der südafrikanischen Destabilisierungspolitik eröffnen sich der Region neue Perspektiven wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung. Damit gewinnen die Fragen nach wirtschaftlichen Alternativen, nach der Herstellung menschenwürdiger Lebensverhältnisse und nach der Demokratisierung aller Lebensbereiche eine neue, zentrale Bedeutung.

Die Konferenz versteht sich als Forum der gemeinsamen Diskussion mit unseren PartnerInnen aus dem Südlichen Afrika über neue Aufgaben, neue Ideen und neue Bündnisse für eine künftige solidarische Entwicklungszusammenarbeit.

Programm:

Freitag, 6.11.

Der Strukturwandel der Weltwirtschaft und das Südliche Afrika in einer Post-Apartheid-Ära (Immanuel Wallerstein, Braudell Institut, New York (angefragt))

Samstag, 7.11.

Sektion I: Perspektiven und Problemfelder der wirtschaftlichen Entwicklung (Dr. Bingu wa Mutharika/Sambia, Robert Davies/Südafrika, Sam Moyo/Zimbabwe, Eddie Koch/Südafrika)

Sektion II: Ländliche Armut: Formen, Folgen und Lösungsmöglichkeiten (Mamphela Ramphela/Südafrika, Sahoai Santo/Lesotho, Nashilango Elago/Namibia, Aninka Claassens/Südafrika)

Sektion III: Industrielle Entwicklung und Arbeitsbeziehungen (Pat Horn/Südafrika, Kavazeua Ngaruka/Namibia, Morgan Tsvangirai/Zimbawe, John Gomomo/Südafrika)

Sektion IV: Perspektiven für Demokratisierung und soziale Entwicklung (Steven Friedman/Südafrika, Laurah Harrison/Sambia, Khela Shubane/Südafrika, Phumzile Ngcuka/Südafrika, Patrick van Rensburg/Botswana, Jeff Marishane/Südafrika, Helder Martins/Mosambik)

Sonntag, 8.11.: Podiumsdiskussion

Entwicklungsperspektiven im Südlichen Afrika — Handlungsperspektiven für uns (Dot Keet, Labour Bulletin, Südafrika), Podium (VertreterInnen von Basisgruppe, Gewerkschaft, Kirche, Politik).

Änderungen im Programm können sich noch ergeben.

Termin: 6. - 8. November 1992
Ort: Schloß Ehringerfeld, Geseke bei Lippstadt
Kosten: Unterkunft/Verpflegung und Konferenzreader: 100,— DM für Normalverdiener, 50,— DM für Nichtverdiener und TeilnehmerInnen aus den fünf neuen Bundesländern, Fahrtkosten können in der Regel nicht erstattet werden.
Anmeldung: Dritte Welt Haus Bielefeld, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1, Tel.: 0521/62802, Fax.: 0521/63789. Anmeldeschluß ist der 7.10.92.

Mittel- und Osteuropa

‚Nach dem Ende des realen Sozialismus: Nationalismus und ökonomischer Kollaps in Mittel- und Osteuropa' so heißt die Tagung des Bildungswerks der Humanistischen Union. Auch wenn Kenner immer schon hingewiesen und gewarnt haben: das Ausmaß nationaler Konflikte und ihre militärische Austragung in Südost- und Osteuropa überrascht und trifft westliche Beobachter ziemlich ratlos an. Ein Blick in die Vergangenheit und die Gegenwart politischen und sozialen Lebens dieser Regionen soll zumindestens helfen, Probleme und Fragen besser zu strukturieren, wenn Antworten und Lösungen nicht einfach auf der Hand liegen. Dies gilt vor allem für die ökonomischen und sozialen Probleme der Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Folgende Beiträge sind u.a. vorgesehen: Elmar Altvater/Michael Heinrich (FU Berlin): Die Europäische Gemeinschaft und ihre östlichen Nachbarn; Niels Kadritzke (Berlin): Die überraschende Wiederkehr des Nationalismus; Erhard Stölting (FU Berlin): Nationalstaat und Nationalismus als vernachlässigte Themen der Soziologie; Klaus Segbers (Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen): Politische Reformen und sozialökonomische Veränderungen in Rußland; Hans Jörg Herr (WZB Berlin): Probleme der Währungsreform in Mittel- und Osteuropa; Hans Georg Conert (Universität Bremen): Auf den Weg in den abhängigen Kapitalismus?

Termin: 23. - 25. Oktober 1992
Ort: SBZ/Oer-Erkennschwick
Anmeldung: Bildungswerk der Humanistischen Union, Kronprinzenstr. 15, 4300 Essen, Tel.: 0201/227982. Teilnehmerbeitrag für Unterkunft und Verpflegung: 80 DM.

Studienreise Rußland

Studienreise durch Rußland: Moskau, Astrachan, Wolgograd, Saratow, Kasan, Nishni Nowgorod, Moskau. Am 4. - 17. Oktober mit dem Flugzeug, Schiff, Bus und der Bahn. Teilnehmerkosten: 1930 DM. Bildungsurlaub ist möglich. Leitung: Dr. Klaus Segbers.

Wir wollen die Wolga entlangreisen und in Gesprächen mit Politikern, Wissenschaftlern und Fachleuten die historischen, nationalen, ökonomischen, sozialen und auch ökologischen Problemlagen erfahren.

Termin: 4. - 17. Oktober 1992
Orte: Moskau, Astrachan, Wolgograd, Saratow, Kasan, Nishni Nowgorod, Moskau
Programminformation und Anmeldung: Bildungswerk der Humanistischen Union, Kronprinzenstr. 15, 4300 Essen, Tel.: 0201/227982. Teilnehmerkosten: 1930 DM.

Bildungsurlaub: Herbst 1992

Ökologische Folgeschäden und politische Notwendigkeiten in den östlichen Nachbarstaaten: vom **17.-23. September** in Frankfurt. Zu dieser Tagung findet in Frankfurt der ‚Deutsche Umwelttag' statt. Die ökonomischen Entwicklungsprogramme in den ehemals sozialistischen Staaten ignorierten in fast allen Bereichen die ökologischen Folgeschäden und die daraus resultierenden Probleme für Gesellschaft und Umwelt. Allerdings scheint es so, daß nach dem Zusammenbruch dieser Systeme und der äußerst schwierigen ökonomischen Situation die Ökologie wiederum von einer forciert betriebenen Wirtschaftspolitik abgekoppelt wird. Dies gilt auch für die fünf neuen Bundesländer. Schwerpunkt des Seminars, das auch den Besuch des Umwelttages beinhaltet, wird die hier (nicht-) praktizierte Umweltpolitik sein.

Anmeldung: AFP e.V., Bleichstr. 5/7, 605 Offenbach, Tel. 069/821888. Tagungsbeitrag und Eintrittskarte zum Umwelttag: 110 DM.

Nation, Nationalismus und geschichtliches Bewußtsein

Die Ideen der Nation und des Nationalismus sind auf unerwartete Weise wiederbelebt worden. Ihre Aufwertung hängt unmittelbar mit dem Zerfall und dem revolutionären Umbruch der real-sozialistischen Staaten zusammen. Der Nationalismus und das neue nationale Bewußtsein, das sich nach der Auflösung der zentralistischen Zwangsstaaten des Ostblocks scheinbar wie aus dem Nichts bildete, wird vielerorten als Befreiung empfunden. Der russische Soziologe Victor Zaslavsky forderte deshalb, den Nationalismus nicht zu dämonisieren, denn durch ihn werde die Unabhängigkeit von der heutigen Noch-Sowjetunion vollzogen, wie man es am Beispiel der baltischen Staaten verfolgen könne. Mit der Neubildung eines nationalen Bewußtseins hat sich allerdings, wie die bisherige Entwicklung in den osteuropäischen Staaten zeigte zugleich ein Spannungs- und Konfliktfeld eröffnet, das man in Europa für historisch längst überholt hielt. Die ethnischen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Volksgruppen, die in einem Staat leben, ein neu aufkommender Fremdenhaß und teilweise auch Antisemitismus kennzeichnen diese neuen Konflikte. Auch in Westeuropa, in dem durch die Entwicklung zur europäischen Gemeinschaft die staatlichen Grenzen immer mehr verschwimmen, ist eine deutliche Zunahme nationalistischen Bewußtseins, das z.T. mit rassistischen und antisemitischen Vorstellungen vermischt ist, festzustellen.

Neben Referaten, Filmen und Diskussionen zu diesem Thema sind Besuche und Erörterungen mit MitarbeiterInnen des Jüdisches Museums in Frankfurt, dem Amt für Multi-Kulturelle Angelegenheiten und bei dem Sozial-psychologischen Institut für Flüchtlinge geplant.

Termin: 26. - 30. Oktober 1992
Ort: Eppenhain/Taunus (bei Frankfurt/M.)
TeilnehmerInnengebühr: ca. DM 280,—
Anmeldeschluß: 30. September 1992
Die TeilnehmerInnenzahl ist auf 20 Personen begrenzt.

Das Seminar in Eppenhain findet in Kooperation mit dem „Bildungswerk der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG)", Frankfurt/M., statt und ist als Bildungsurlaub anerkannt. Anmeldungen sind auch über „Bildungswerk der DAG", Bockenheimer Landstr. 72, 6000 Frankfurt/M., Tel. 069/729516, möglich.

GEORG SIMONIS

Ein globales Umweltregime entsteht — ohne Kurswechsel

Die Kritik an den Ergebnissen des Erdgipfels von Rio fällt nicht schwer; denn selbst der Generalsekretär der Konferenz, Maurice Strong, muß in einem Interview zum Abschluß der Konferenz feststellen: „Ich bin enttäuscht ..." (SZ vom 16.6. 1992). Die Begründungen der kritischen Beobachter sind allerdings unterschiedlicher Natur.

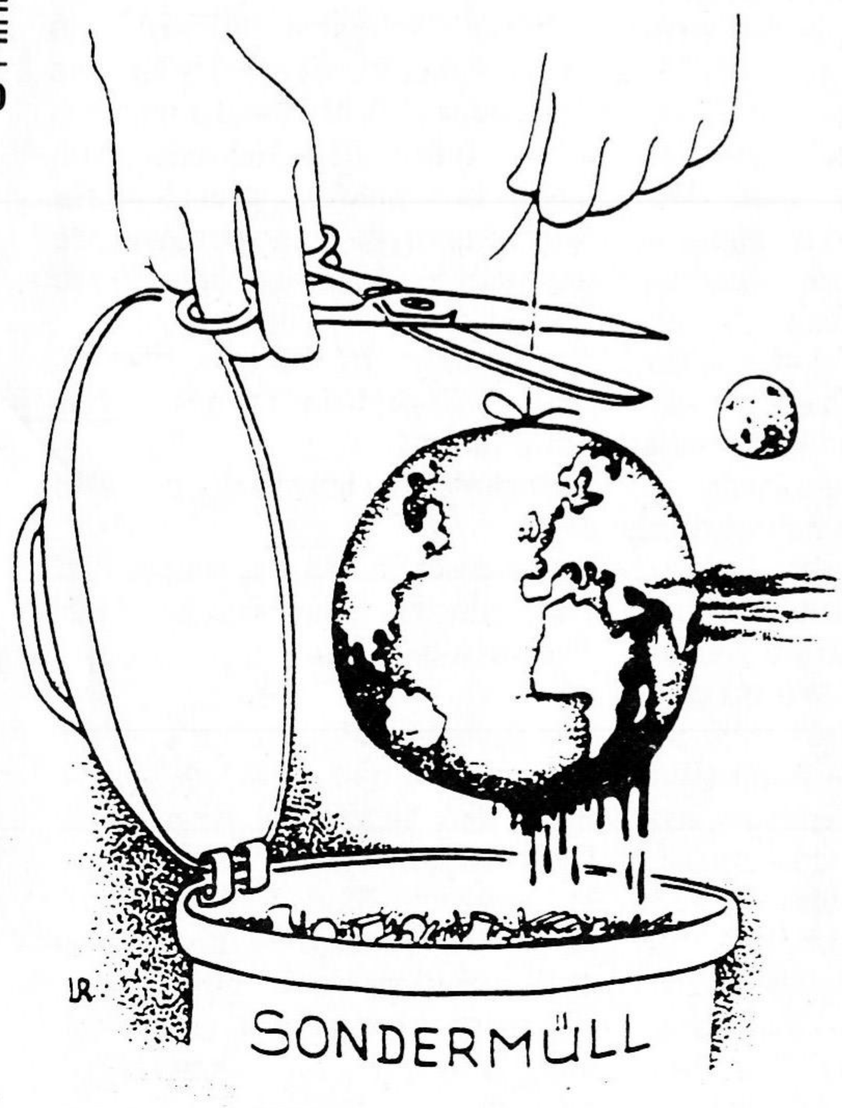
Die Konferenzaktivisten bedauern, daß die konkreten Verpflichtungen — insbesondere zur Verringerung der CO^2-Emissionen und anderer Treibhausgase oder zur Finanzierung der Agenda 21 — ausblieben oder äußerst dürftig ausfielen. Die technokratische Position bemängelt neben der Unwilligkeit der Staatsmänner, Verträge auszuhandeln, „die sie konkret zum Handeln oder Unterlassen verpflichten" (H. Schmidt in DIE ZEIT vom 12.6.1992), die Aussparung des „zentralen Problems der Menschheit" (so Klaus Barthelt in den VDI-Nachrichten vom 10.7.1992), gemeint ist die Bevölkerungsexplosion. Die sich realistisch gebärdende, ökologisch alarmierte entwicklungspolitische Position argumentiert freilich anders. Sie konstatiert, daß von einer Konferenz von Regierungsvertretern prinzipiell nichts anderes als ein „Festival des guten Willens" zu erwarten gewesen sei; denn: „es wäre ungeheuer idealistisch, diese Fähigkeit — (zum rationalen Diskurs, d.V.) — ausgerechnet bei VertreterInnen liberal-demokratischer Regierungen zu vermuten, deren Politikstil (Problemwahrnehmung und Entscheidungsprozesse) letztlich immer den funktionalen Erfordernissen einer auf quantitatives Wachstum ausgerichteten Gesellschaftsformation geschuldet ist" (T. Oberfrank, in: Lateinamerika Nachrichten 7/8 1992).

Die beiden letztgenannten Kritikvarianten kommen ebenso wie die zahlreichen Schönredner, die es ja auch gibt, ohne eine auch nur oberflächliche Analyse der Konferenzergebnisse aus. Verweise auf nicht behandelte Themen oder auf die strukturellen Grenzen einer Regierungskonferenz können eine Auseinandersetzung mit den Beschlüssen der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED), die seit Mitte der 80er Jahre von Wissenschaftlern und Regierungsvertretern intensiv vorbereitet worden waren, nicht ersetzen. Auf der Mammutkonferenz wurden mehrere Deklarationen und Konventionen verabschiedet (vgl. dazu Kasten) die jeweils einer kritischen Prüfung bedürfen, was im Rahmen dieses kurzen Artikels nur ansatzweise möglich ist. Um zu einer Beurteilung der Ergebnisse der Rio-Konferenz zu kommen, ist es vor allem erforderlich, ihre Beiträge zur Entwicklung eines globalen Umweltregimes einzuschätzen. Dieses Prüfkriterium unterstellt, daß die Institutionalisierung eines globalen Umweltregimes — das aus vielen Teilregimen zur Bearbeitung je spezifischer Einzelprobleme bestehen würde — einen wichtigen Beitrag zur Lösung der globalen Umweltproblematik leisten kann. Ich möchte sogar noch schärfer formulieren: Die Errichtung eines globalen Umweltregimes ist erstens eine *notwendige Voraussetzung*, um das dynamische Wachstum der Zerstörung des Planeten zu korrigieren und die Ausbeutung der Natur in erträglichen Grenzen zu halten und sie hat zweitens *parallel* zum Aufbau kleinräumiger (lokaler/regionaler), nationaler und großräumiger Umweltregime zu geschehen.

Lösungen nur durch Kooperation

Die Behauptung, daß ohne die Errichtung eines globalen und umfassenden Umweltregimes die Lösung der globalen Umweltproblematik nicht möglich sei, steht im Kontrast zu Vorstellungen, die meinen, es reiche aus, global zu denken und lokal zu handeln. Sie wollen sich auf ihre Community beschränken, die sie vorgeben sauber halten zu können, oder sie stellen den staatlich-diplomatischen Konferenzrummel wegen seiner Sterilität, seiner Ineffizienz und seiner zynischen Abgebrühtheit angewidert an den Pranger. Doch so leicht ist die Sache nicht. Die dezentrale, einzelstaatliche Struktur des internationalen Sytems einerseits, die weltweite, asymmetrische Problemverflechtung andererseits haben zur Folge, daß Lösungen für die gemeinsamen Probleme nur durch Kooperation, durch die Entwicklung gemeinsamer Normen, Regeln, Entscheidungs- und Kontrollverfahren möglich werden. Zu denken ist insbesondere an die folgenden Interessenkonstellationen:

- Zunächst einmal ist festzuhalten, daß trotz zunehmender Zerstörung der Umwelt und der von ihr ausgehenden Gefährdungen für das menschliche Leben sich die Interessen zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden nicht decken. Wo das Leben unmittelbar materiell gefährdet ist, spielen längerfristige Überlegungen, Ängste und Hoffnungen über die Zukunft kaum eine Rolle. Wenn die entwickelten Industriegesellschaften um ihre eigene Zukunft fürchten müssen, weil die Peripherie im Zuge der nachholenden Modernisierung die Umwelt zunehmend ausbeutet, dann bleibt ihnen nur übrig, gemeinsam mit dem Süden einen



Zeichnung: Löffler

rettenden Pfad zu suchen, der Entwicklung und Umweltschutz miteinander zu verbinden vermag.

● Zu meinen, alleine durch einen Wandel im Norden könnten die Umweltprobleme des Globus gelöst werden, ist naiv. Die traditionellen Gesellschaftsformationen sind zerstört, das Überleben zunehmend vom Raubbau an der Natur abhängig und die Fähigkeit zu einem ökologischen Kurswechsel kulturell, sozial und ökonomisch äußerst begrenzt. Gleichzeitig ist der Süden, vor allem wegen der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung, der Risikoproduktion des Nordens weitgehend hilflos ausgesetzt. Wer konnte schon ahnen, daß der Aufbau einer eigenständigen Fertigung von Kühlschränken sich wegen der im Kühlmittel enthaltenen FCKWs als Fehlinvestition erweist? Die wissenschaftlich-technischen Kapazitäten zur Korrektur sind nicht vorhanden, geschweige denn die finanziellen Ressourcen. Da bleibt nur die weitere Zerstörung der Ozonschicht — oder der Norden ist bereit, aus eigenem Interesse zu helfen. Die Asymmetrie der zur Bekämpfung von Umweltschäden notwendigen Kapazitäten macht kooperative Lösungen zu einem Gebot der Stunde.

● Durch überzogene Imitierung des großen Vorbildes, des amerikanischen Produktions- und Konsummodells, haben ganz besonders die Schwellenländer einschließlich der ehemaligen sozialistischen Staaten versucht, Entwicklungsrückstände aufzuholen. Dabei waren sie zu enormen Schädigungen der Umwelt sowie zu höherer Tolerenz gegenüber technischen Risiken bereit. Da den Schwellenländern die Technik und das Geld zur „Modernisierung" ihrer Großanlagen fehlt, bedrohen diese Anlagen, wie z.B. die risikoreichen Kernreaktoren vom Typ Tschernobyl, nicht nur die eigene Bevölkerung, sondern auch die angrenzenden Regionen. Auch hier ist Kooperation dringend erforderlich.

● Die gemeinsame Abhängigkeit eröffnet Staaten an der Peripherie, die wenig Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Lebenschancen haben, die Möglichkeit, ihr Schädigungspotential — z.B. die Vernichtung von Regenwäldern, das Verbrennen fossiler Energie, die Verschmutzung von Meeren — als Druckpotential einzusetzen. Anderen Völkern bleibt nur die Flucht, da ihr Lebensraum verwüstet oder unfruchtbar geworden ist. Sie drängen als Flüchtlinge in die noch bewohnbaren Zonen der Erde und lösen Konflikte um den Besitz der Wohlstandsinseln aus. Gegenüber beiden „Strategien" wird sich der entwickelte Norden zur Wehr setzen, den Illusionen der „communitarians" zum Trotz. Da dürfte die vorbeugende Kooperation die humanere Strategie sein.

● In einem Konkurrenzsystem begünstigt die „Logik" kollektiver Güter bekanntlich den Trittbrettfahrer. Da kein vernünftiger Mensch oder Staat seinem Konkurrenten einen Vorteil verschaffen möchte, wird weiter geschädigt, bis potentiellen Trittbrettfahrern die Lust vergeht. Natürlich läßt sich diese vom Konkurrenzwahn getriebene Strategie durchhalten, bis allen die Luft ausgeht; oder die Konkurrenten einigen sich, da sie alle nur gewinnen können, falls sie zusammenarbeiten und beschließen, regelwidriges Verhalten zu bestrafen. In einem von Eigeninteressen dominierten Marktsystem lassen sich Gemeinschaftsgüter nur durch die Institutionalisierung mit Zwangsmitteln bewehrter öffentlicher Strukturen erhalten.

▶ Mehr als nur eine sanfte Revolution ◀

Die Ereignisse der internationalen Umweltpolitik der vergangenen Jahre — etwa seit der Veröffentlichung des Brundtland-Berichts „Unsere gemeinsame Zukunft" (1985) — deuten darauf hin, daß in allen Ländern

Täternotizen IV

Osvaldo Enrique Romo Mena, geboren 1935, war der bekannteste Folterer der Pinochetdiktatur. Die anderen Folterer des 1974 gegründeten chilenischen Geheimdienstes DINA verbargen ihre Gesichter vor ihren Opfern und redeten sich gegenseitig mit Decknamen an, um später, wenn sich das Blatt gewendet hätte, nicht zur Rechenschaft gezogen zu werden. Romo gab sich diese Mühe nicht. Vor dem Putsch 1973 war er als „Comandante Raul" politischer Wortführer des Elendsviertels La Hermida bei Santiago gewesen. Er organisierte Landbesetzungen. Er stand der revolutionären Organisation MIR (Bewegung der revolutionären Linken) nahe und machte sich dadurch einen Namen, daß er Präsident Allende von links attackierte. Nach dem Putsch folterte Romo mit der Hingabe eines Überläufers, der seinen neuen Kumpanen beweisen muß, daß er voll und ganz zu ihnen gehört und keine inneren Vorbehalte gegen ihre Brutalität hegt.

Romo war der Vergewaltiger der DINA. DINA-Agenten durften nur nach vorherigem Einverständnis ihres Vorgesetzten die gefangenen Frauen vergewaltigen. Romo hatte eine Blankoerlaubnis. Als die Pressezensur in Chile gelockert wurde, tauchte sein Name häufiger als alle anderen in Berichten über die Folter auf. Die DINA konnte ihn nicht halten. Irgendwann — es war wohl Mitte der siebziger Jahre — verließ er Chile und tauchte unter falschem Namen im Ausland unter.

Einer der Prozesse, in denen sich Romo verantworten muß, hat die Verhaftung des bis heute „verschwundenen" Chilenen Anfonso Chanfreau zum Gegenstand. Es ist gegenwärtig der wichtigste Menschenrechtsprozeß vor einem chilenischen Gericht. Ein gutes Dutzend ehemaliger DINA-Offiziere wurde vorgeladen. Wenige Tage nach der Verhaftung Romos hat die chilenische Militärstaatsanwaltschaft beantragt, das Verfahren an sich zu ziehen. Denn sollte Romo nach Chile abgeschoben werden, dann könnten seine Aussagen eine Lawine lostreten. Als er in Sao Paulo dem Haftrichter vorgeführt wurde, schrie er über die Köpfe der Polizisten hinweg den Reportern zu: „In Chile werde ich sprechen!" Falls der oberste Gerichtshof Chiles der Überstellung des Verfahrens an die Militärjustiz zustimmt, würde auch dieses Verfahren eingestellt werden. Pinochet hatte Straffreiheit für seine Häscher zur Bedingung für seinen Rücktritt vom Präsidentenamt gemacht. Sollte der Prozeß Chanfreau eingestellt werden, wäre eine weitere Chance vertan, das Schicksal der etwa 1 000 „verschwundenen" politischen Gefangenen der DINA aufzuklären.

express

die Zeitung der
undogmatischen
Gewerkschaftslinken

In der
September-Ausgabe des *express*:

Betriebsräte in der Ex-DDR ● Gewerkschaftsopposition in der Ex-DDR ● Jugoslawien ● Gewerkschaftstage ● Gesundheitsreform ● Arbeiterbildung ● VW-Mexiko ● Guatemala ● EG-Beitritt der Schweiz ● Prozeß bei Opel-Bochum u.v.m.

Einzelheft DM 5,50
Abonnement DM 59,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** „express" zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

die Bereitschaft zur Einrichtung eines wirksameren internationalen Umweltregimes zum Schutz der Biosphäre deutlich zugenommen hat. Zwar hatte es in den Jahren nach der ersten UN-Umweltkonferenz im Jahre 1972 einige internationale Vereinbarungen und Aktivitäten zum Schutz der Umwelt gegeben, wie z.B. die Abkommen zur Verbesserung des Meeresschutzes, aber insgesamt erwies sich die internationale Kooperationsbereitschaft als völlig unzureichend. Das für die Errichtung eines internationalen Umweltregimes bis Rio wichtigste Vertragswerk waren die Wiener-Konventionen zum Schutz der Ozonschicht sowie die unter ihrem Dach abgeschlossenen Protokolle und Vereinbarungen. Für die jetzt verabschiedete Klima-Konvention wurde das Ozonregime zum Vorbild. Die von 155 Staaten unterzeichnete, von mindestens 50 Staaten zu ratifizierende Rahmenkonvention zur Vermeidung der Emission von Treibhausgasen, insbesondere von CO^2, sieht vor, daß spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten eine Nachfolgekonferenz stattfinden muß, auf der in einem Protokollabkommen die konkreten Reduktionsziele und geeigneten Maßnahmen festgelegt werden sollen. Auch wenn die Fixierung einer konkreten Reduktionsverpflichtung am Votum der USA scheiterte, sind die Unterzeichnerstaaten unabhängig vom Ratifizierungsverfahren bestimmte Verpflichtungen eingegangen, wie z.B. eine nationale Berichtspflicht über die Schadstoffemissionen oder Maßnahmen technischer und finanzieller Unterstützung der Entwicklungsländer seitens der Industrieländer.

Die in der Klima-Konvention bereits vereinbarten Stabilisierungsbedingungen können von beträchtlicher Reichweite sein. So wurde das Prinzip beschlossen, daß die durchschnittliche Erhöhung der globalen Erdtemperatur nur in einem Umfang geschehen dürfe, der natürliche Ökosysteme in ihrer Funktionsweise nicht tangiere. Die Stabilitätsbedingungen der Konvention sind „mit dem vorherrschenden Wachstumsparadigma in den Industrieländern und dem der nachholenden Entwicklung in den Entwicklungsländern nicht einzuhalten. Will man — um nur eine Größenordnung zu nennen — die durchschnittliche Erhöhung der Erdtemperatur auf ein 1/10 Grad Celsius pro Dekade begrenzen, so bedeutet dies allein, daß der derzeitige Verbrauch an fossilen Brennstoffen bis zum Jahre 2000 um etwa 80% reduziert werden muß. Dies beinhaltet mehr als nur eine sanfte industrielle Revolution" (U.E. Simonis, in: IÖW/VÖW-Informationsdienst 3-4/92).

Ob die Klima-Konvention Wirkung zeigen wird, hängt freilich von ihrer Umsetzung ab. Im Falle des Ozonregimes wurden die Zielvorgaben mehrfach verschärft, jeweils angepaßt an den Stand der wachsenden wissenschaftlichen Erkenntnisse über die eingetretenen und zu erwartenden Schädigungen der Ozonschicht sowie an den Stand der politischen Debatte und der Verfügbarkeit von alternativen Lösungen (Stufenansatz). Mir erscheint die Vermutung plausibel, daß sich das „Klima-Regime" ähnlich entwickeln könnte wie das Ozonregime, auch wenn die Stabilisierung und Verringerung der CO^2-, CH^4-, N^2O-Emissionen technisch und gesellschaftspolitisch wesentlich komplexer ist. Zumindest die das Regime regulierenden Prinzipien dürften sich nicht unterscheiden, vor allem:

— Festlegung von verbindlichen nationalen Zeitplänen zur Verringerung der Emissionen in Richtung auf einen vereinbarten Zielwert auf der Grundlage der Emissionen eines vereinbarten Basisjahres.

— Unterschiedliche Behandlung von Industrieländern und Entwicklungsländern; den Entwicklungsländern wird ein wachsender Anteil an den jeweiligen gesamten Emissionen zugestanden.

— Finanzielle und technische Hilfeleistungen seitens der Industrieländer, damit ausgewählte Entwicklungsländer ihre zusätzlichen Kosten für vereinbarte Reduktionsmaßnahmen bestreiten können.

Mindestens drei Strukturdefizite eines globalen Umweltregimes

Diese Prinzipien sind nicht unproblematisch. Doch ist es fraglich, ob sie ohne Zwang verbessert werden, da sich in ihnen die sozioökonomische und politische Struktur des Internationalen Systems ebenso wiederspiegelt wie das Gefälle zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, die Wachstumsphilosophie der nachholenden Entwicklung und die Souveränität der Nationalstaaten. Bislang resultieren aus dieser Prägung mindestens drei Strukturdefizite eines globalen Umweltregimes:

Erstens: Das sich entwickelnde Klimaregime beruht auf der konsensualen Definition von Verschmutzungsobergrenzen (Emissionen pro Staat). Die Einigung über diese Zielgrößen erfolgt in einem politischen Aushandlungsprozeß, in dem die größten Verursacher das Sagen haben. Ohne deren Bereitschaft, sich an dem Regime zu beteiligen, wird dieses nicht zustandekommen. Nicht das ökologisch Erforderliche, sondern das politische Kräftegleichgewicht in den wichtigsten Verursacherstaaten bestimmt das Tempo des globalen ökologischen Umbaus. Trotzdem ist die Formulierung von international verbindlichen Höchstwerten dringend geboten, weil sie den Staaten, die mehr tun wollen, eine gewisse Sicherheit geben, nicht von Trittbrettfahrern auskonkurriert zu werden. Damit von Höchstgrenzen keine falschen Signale ausgehen, sollten sie dynamisiert sein. Von allen Beteiligten muß ihre kontinuierliche Verschärfung erwartet werden. Nur dann wird die Fehlinterpretation vermieden, daß mit dem politisch definierten Mindestziel das Klassenziel bereits erreicht sei.

Zweitens: Die Anerkennung des Prinzips, daß den Entwicklungsländern in Zukunft

höhere Verschmutzungsanteile zugebilligt werden müssen, wird im Sinne des Modells der nachholenden Entwicklung so ausgelegt, daß die Emissionen der Entwicklungsländer, z.B. bezogen auf das Jahr 1987, noch mindestens bis zum Jahre 2050 zunehmen dürften. Der Effekt einer starken, da international gebilligten Zunahme der Emissionen der Entwicklungsländer ließe sich nur vermeiden, wenn von der Staatengemeinschaft mindestens eine Begrenzung der Emissionen auf den aktuellen Stand vorgesehen würde. Dann wäre es möglich, daß die von den Industrieländern eingesparte Menge an Umweltgiften von den Entwicklungsländern emitiert werden könnte. Über die „Gerechtigkeit" von Verteilungskriterien von Emissionsrechten wird zwischen den Staaten noch viel gestritten werden. Bleibt nur festzustellen, daß von Verteilungskriterien sehr unterschiedliche Signale ausgehen. Die bei vielen Eliten der Entwicklungsländern anzutreffende Meinung, die Industrieländer sollten reduzieren, wohingegen sie ein Recht auf nachholende Verschmutzung hätten, führt in die Irre. Nicht nur das fordistische Modell des Zentrums, sondern auch das Modell des nachholenden „peripheren Fordismus" (Lipietz) steht zur Disposition.

Drittens: Daß die Gruppe der Industrieländer sich an den Kosten des Aufbaus stärker ökologisch orientierter Wirtschaftssysteme in den Entwicklungsländern in steigendem Umfang zu beteiligen hat, dürfte schon allein wegen der geringen wissenschaftlich-technischen und industriellen Kapazitäten in vielen Entwicklungsländern dringend erforderlich sein. Das Kriterium der Zusatzkosten ist jedoch nicht sehr hilfreich. Es führt einerseits zu einer wenig effizienten Verteilung knapper Mittel, da diese nach länderspezifischen Zeit- und Projektplänen und nicht gemäß der wichtigsten Verursachungsquellen verteilt werden. Die schlimmsten Dreckschleudern und Gefahrenquellen sollten vorrangig verstopft werden. Andererseits wird eine Sanierungsstrategie, bei der die Industrieländer die Zusatzkosten der Entwicklungsländer übernehmen müssen, für erstere viel zu teuer, so daß sie nicht bereit sein werden, ausreichend zu zahlen. Schließlich bietet das Kriterium der Finanzierung von Zusatzkosten den einbezogenen Entwicklungsländern kaum einen Anreiz zu eigenständigem Handeln. Die ökologische Sanierung der Peripherie würde dann weitgehend zu einer Sache des Zentrums, das an dieser Aufgabe scheitern müßte.

▶ Die Ökologieproblematik ist ein soziales Problem ◀

Die Entwicklung von wirkungsvollen Steuerungsprinzipien und von problemadäquaten Verteilungskriterien ist erst noch zu leisten. Da deren Formulierung nicht allein den Experten und der internationalen Konferenzdiplomatie überlassen bleiben sollte, besteht hier für die internationale Entwicklungs- und Umweltbewegung ein breites Betätigungsfeld. Daher war es wichtig, daß die Rio-Konferenz Anlaß zu Parallelkonferenzen der Nicht-Regierungs-Organisationen und der sozialen Bewegungen war. Nach Darstellung der Lateinamerika Nachrichten (Juli/August 1992) ist es auf dem Internationalen Forum der NROs gelungen, einen „progressiven Konsens" zu finden, für den die Ökologieproblematik eine „soziale Frage im weltweiten Kontext" darstellt.

In der Tat ist die globale Ökologieproblematik ein soziales und nicht ein malthusianisches oder technisches Problem, was bedeutet, daß sie von unseren Lebens- und Arbeitsformen und deren gesellschaftlicher Regulation erzeugt wird. Auf dem Erdgipfel stand daher unser energie- und ressourcenintensives Wachstums- und Wohlstandsmodell zur Debatte. Zumindest den ökologischen Experten ist klar, daß der energieverschwendende westliche Lebensstil an seine Grenzen gestoßen ist. Der Versuch, ihn durch international ausgehandelte Prinzipien, Normen und Regeln, also durch ein Umweltregime den ökologischen Erfordernissen des begrenzten Globus anzupassen, könnte sehr wohl scheitern. Die Zeit drängt. Die politische Bewußtseinsbildung und Konsensfindung erfolgen aber nur zögerlich, und die Umsetzung der international vorgegebenen Ziele in die nationalen Gesellschaftsformationen ist mehr als fraglich.

Für die Umweltbewegung bieten die Deklarationen und Konventionen der internationalen Ebene unverzichtbare Argumentationshilfen. Sie kann sowohl auf die Verwirklichung von vereinbarten Reduktionszielen drängen, als auch die Defizite der international gültigen Regelungen kritisieren und Alternativen aufzeigen. Das sich entwickelnde internationale Regime wird somit zum Bezugsrahmen auch ihres Handelns. Ein Kurswechsel wird, wenn überhaupt, nur durch ein Zusammenspiel der Kräfte vor Ort mit den Vertretern der ökologisch aufgeklärten, ökonomischen und politischen *Weltelite* zu erreichen sein. ■

● **Rio-Deklaration („Erdcharta")**: Grundsätze über den Zusammenhang von Umwelt und Entwicklung sowie über allgemeine Verhaltensprinzipien der Staaten.

● **Agenda 21**: In vierzig Kapiteln gegliedertes politisches Aktionsprogramm (150 Einzelprogramme) zum Schutz der Umwelt und zur Förderung von Umwelt und Entwicklung in Industrie- und Entwicklungsländern. Zwar als Aktionsprogramm formuliert, hat die Agenda lediglich den Charakter einer Absichtserklärung. Zusätzliche Finanzmittel zur Finanzierung der vorgeschlagenen Aktionsprogramme werden in geringem Umfang im Rahmen der gemeinsam von Weltbank, UNEP und UNDP verwalteten globalen Umweltfazilität von den Industrieländern bereitgestellt. Eine Aufstockung von 1,3 Mrd. auf 7 - 8 Mrd. US-Dollar ist geplant.

● **Klimakonvention**: Ziel der Konvention ist die Stabilisierung der Emission von Treibhausgasen (CO^2) weltweit auf dem Niveau des Jahres 1990. Eine verbindliche Frist, bis wann die Reduzierung geschehen sein soll, konnte wegen des Einspruchs der USA nicht festgesetzt werden.

● **Konvention zum Schutz der biologischen Vielfalt**: Gegenstand der Konvention ist der weltweite Schutz der Tier- und Pflanzenarten sowie ihrer Lebensräume. Die USA haben die Unterzeichnung der Konvention mit der Begründung abgelehnt, sie widerspreche dem Patentschutz und behindere die Entwicklung der Biotechnologie.

● **Walddeklaration**: Es handelt sich um die Absichtserklärung, daß die Wälder auf Dauer gemäß ökologischen Maßstäben bewirtschaftet, erhalten und geschützt werden sollen. Eine verbindliche Wald-Konvention scheiterte an dem Widerstand der Entwicklungsländer, die auf ihre Souveränität bei der ökonomischen Nutzung der Wälder nicht zu verzichten bereit waren.

● **Wüsten-Erklärung**: Auf Betreiben der afrikanischen Staaten wurde in die Agenda 21 die Absichtserklärung aufgenommen, bis zum Jahre 1994 eine Wüstenkonvention mit dem Ziel zu verabschieden, ein internationales Großprogramm zur Reduzierung der Wüstenbildung aufzulegen.

● **Entwicklungskommission**: Zur Überwachung der Umsetzung der Agenda 21 wurde eine eigenständige, dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) angegliederte Kommission eingerichtet. Über die Kompetenzen dieser Kommission wird die UNO-Vollversammlung im Herbst 1992 entscheiden.

LOTHAR BROCK

„Unser Lebensstil steht nicht zur Verhandlung“

Ergebnisse und Streitfragen der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED)

Zwanzig Jahre nach der Stockholmer Weltumweltkonferenz fand im Juni dieses Jahres die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung statt. Sie stellt das bislang größte Ereignis in der Geschichte der multilateralen Konferenzdiplomatie dar und hätte, wie José Lutzenberger vor Jahresfrist formulierte, das wichtigste Ereignis in der Geschichte der Menschheit werden sollen. Spätestens nach Abschluß der New Yorker Vorbereitungsrunde vom April dieses Jahres war jedoch klar, daß die Konferenz auch weit bescheidenere Erwartungen nicht erfüllen würde. Zu diesem Zeitpunkt war Lutzenberger schon nicht mehr Staatssekretär für Umweltfragen des gastgebenden Landes. Er war zwei Monate zuvor zurückgetreten: „Rio“ — eher ein Tiefpunkt als eine Sternstunde der internationalen Umweltpolitik?

In der Financial Times wurden in einer Beilage zur Rio-Konferenz (vom 2. Juni 1992) die globalen Umweltprobleme als „a puzzle of fiendish complexity“ beschrieben. Im Anzeigenteil der Beilage boten gleich mehrere Consulting-Firmen ihre Dienste für eine dem Umsatz dienliche Reduzierung dieser Komplexität an. E. Bruce Harrison präsentierte sich mit Hintersinn als „The Leading Public Relations Firm on Earth“; „Rio“ — eine Veranstaltung des Business Council for Sustainable Development zur Anbahnung neuer Geschäfte?

Als der Club of Rome vor mehr als zwanzig Jahren die gegenwärtige Weltumweltdebatte eröffnete, stand die Gefahr einer Erschöpfung nicht erneuerbarer natürlicher Ressourcen im Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die Verknappung der Ressourcen, so die damaligen Vorstellungen, würde zu militanten Verteilungskonflikten und schließlich zum Zusammenbruch der auf Wachstum beruhenden Weltwirtschaft führen. Dieses Krisenszenario hat seit Beginn der achtziger Jahre erheblich an Überzeugungskraft verloren. Nicht eine Verknappung, sondern ein Überangebot an nicht erneuerbaren Ressourcen einschließlich des Öls ist heute das Problem — zumindest für deren Exporteure. Dessen ungeachtet hat sich die vom Club of Rome angesprochene Grundsatzproblematik weiter zugespitzt: die durch Menschen herbeigeführte Zerstörung ihrer eigenen natürlichen Lebensgrundlagen. Dabei geht es heute vor allem um die erneuerbaren Ressourcen, deren Selbsterneuerung durch Übernutzung infrage gestellt wird. Gemeint sind Boden, Wasser, Atmosphäre, die Artenvielfalt und ein zuträgliches Klima, kurz, die sog. global commons.

Der Schutz dieser Lebensgrundlagen kann weder durch bloßen Wachstumsverzicht noch allein durch bessere Umwelttechniken bewerkstelligt werden. Erforderlich ist die Ingangsetzung eines politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels, der über kurzfristig wirksame Maßnahmen zum Schutz der natürlichen Ressourcen hinaus eine langfristig tragfähige Entwicklung aller Gesellschaften einleiten würde. Dies war die Argumentationslinie des Brundtland-Berichtes von 1986, die zur Konzipierung der zweiten Umweltkonferenz als Konferenz für Umwelt und Entwicklung beitrug. Dieser konzeptionelle Fortschritt fand in den Ergebnissen von Rio ein mäßiges und in allen wesentlichen Punkten unverbindliches Echo.

In Rio wurden eine Rahmenkonvention zum Schutz des Klimas, eine Konvention zum Erhalt der biologischen Vielfalt, eine Grundsatzerklärung über die Bewirtschaftung und den Schutz der Wälder, die Rio-Deklaration über Umwelt und Entwicklung sowie die voluminöse „Agenda 21“ verabschiedet, die als Konkretisierung umweltpolitischer Aufgaben und als Aktionsprogramm zu ihrer Umsetzung fungieren soll (Erläuterungen siehe Kasten, S. 33).

Die Rio-Erklärung ist das bescheidene Überbleibsel des ambitionierten Vorhabens, eine verbindliche Erdcharta zu verabschieden. Immerhin erkennt sie das Recht auf Entwicklung (Prinzip 3) an und plädiert für eine partizipatorische Umweltpolitik auf rechtsstaatlicher Grundlage (Prinzip 10). Unter Prinzip 7 wird die besondere Verantwortung der Industrieländer für die globalen Umweltprobleme festgestellt. Die Formulierungen über den Zusammenhang zwischen Krieg und Umweltzerstörung bleiben hinter der Stockholmer Erklärung von

1972 zurück. Gegen eine weitergehende Befassung der Konferenz mit Militärfragen traten vor allem die USA auf. Auch weltwirtschaftliche Fragen blieben auf der Konferenz ebenso wie Fragen des Bevölkerungswachstums weitgehend ausgeklammert.

Ein entscheidendes Manko der Rio-Konferenz bestand darin, daß der Zusammenhang von Umwelt- und Entwicklungsfragen von den Beteiligten weitgehend als taktische Problemverküpfung gehandhabt wurde. Aus der Sicht der OECD-Länder sollte die Einbeziehung von Entwicklungsfragen dazu dienen, die umweltpolitische Kooperationsbereitschaft der Entwicklungsländer zu erhöhen. Die Entwicklungsländer hofften offenbar, die westlichen Industrieländer mit Hilfe des Umwelthebels zu wirtschaftlichen und ordnungspolitischen Konzessionen zu veranlassen, die — zumal nach dem Ende der „Systemkonkurrenz" zwischen Ost und West — anders nicht zu haben sind. So ist im Vorfeld der Rio-Konferenz die alte Debatte über eine Neuordnung der Weltwirtschaft, die unter dem Druck der

Emanzipatorische Umweltpolitik?

Verschuldungskrise eingestellt worden war, wiederbelebt worden. Die Entwicklungsländer argumentieren, daß ihnen die weltwirtschaftlichen Bedingungen keine Alternativen zum Raubbau an ihren natürlichen Ressourcen lassen. Sie fordern dementsprechend einen spürbaren Schuldenabbau und eine Umkehrung der seit 1984 für die Dritte Welt negativen Kapitalflüsse, eine Verbesserung der Exporterlöse für Rohstoffe und der Weltmarktchancen für verarbeitete Produkte aus der Dritten Welt, einen verbesserten Zugang zu Umwelttechnologien und eine stärkere Beteiligung von Entwicklungsländern an weltwirtschaftlichen Entscheidungsprozessen. Von seiten der Entwicklungsländer wird argumentiert, daß ohne entsprechende Zugeständnisse der Industrieländer die von diesen propagierten Maßnahmen zum Umweltschutz darauf hinausliefen, eine Modernisierung der Entwicklungsländer zu blockieren.

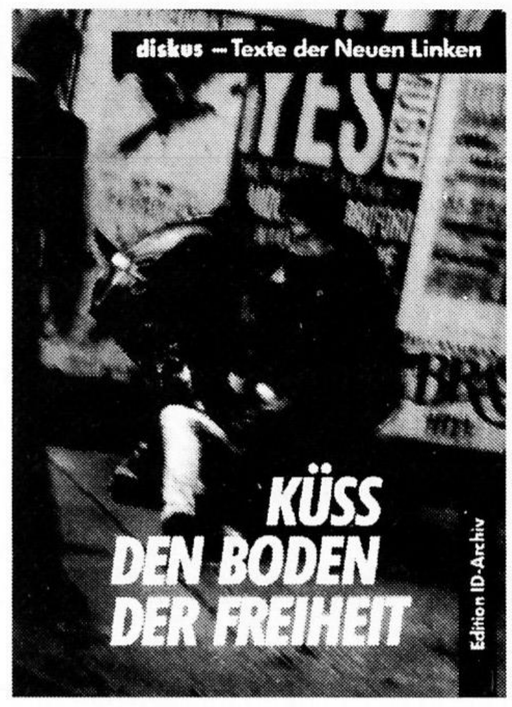
Eine solche Argumentation ist keinesfalls an den Haaren herbeigezogen wie sich z.B. in der Debatte über den Schutz der Regenwälder und der Biodiversität zeigte: Offensichtlich haben die Industrieländer ein Interesse daran, sich den freien Zugang zu den natürlichen Ressourcen der Dritten Welt dadurch zu sichern, daß sie diese zu Gemeinschaftsgütern erklären. Die Produkte aber, die z.B. die Pharma-Industrie unter Ausnutzung der Artenvielfalt tropischer Regenwälder herstellt, sollen nur in patentrechtlich geschützter Form und gegen Devisen erhältlich sein. Die Skepsis der Entwicklungsländer gegenüber dem von den Industrieländern propagierten Konzept der Weltgemeinschaftsgüter wird in diesem Zusammenhang verständlich. Darüber hinaus läßt sich durchaus argumentieren, daß die globalen Umweltfragen letztlich nur in Zusammenhang mit einer Neuordnung der Weltwirtschaft zu lösen sein werden.

Eine solche Neuordnung müßte auch mit jenen Formen der Modernität brechen, die im Westen vorherrschen und über die der US-amerikanische Präsident stellvertretend für alle Industrieländer in Rio feststellte: „Unser Lebensstil steht nicht zur Verhandlung!" Die Crux ist, daß die Übernahme dieses Lebensstils heute mehr denn je Gegenstand nachholender Entwicklung auf seiten der Drittwelt-Länder ist. So gesehen besteht bisher auch auf seiten der Entwicklungsländer kein politisch durchsetzungsfähiges Interesse an einer neuen Synthese von Umwelt und Entwicklung. Es dominiert vielmehr das — legitime — Interesse, einer Abwälzung ökologischer Kosten des westlichen Industriesystems auf die Dritte Welt entgegenzuwirken und den eigenen ökologischen Spielraum für die Übernahme eben dieses Industriesystems (durch ökologische Sonderkonditionen für nachholende Entwicklung) zu erweitern. Dieses Ziel haben sie in Rio ebensowenig erreicht wie die Mobilisierung neuer finanzieller Ressourcen. Der umweltpolitische Hebel erwies sich als noch kürzer als vor zwanzig Jahren der Hebel der Rohstoff-Kartellpolitik. Daß die Industrieländer noch nicht einmal bereit waren, sich auf eine Frist einzulassen, bis zu der die (seit Beginn der siebziger Jahre bestehende) Verpflichtung zur Aufwendung von 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit erfüllt werden soll, ist entwicklungspolitisch ziemlich unerheblich, dokumentiert aber recht eindrucksvoll das gegenwärtige Kräfteverhältnis zwischen Nord und Süd.

Die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wurden in die Vorbereitung und Durchführung der Rio-Konferenz in stärkerem Maße einbezogen als dies je auf einer internationalen Konferenz der Fall gewesen ist. Ob damit trotz aller Frustrationen die Tür zu einer neuen Phase der Weltumweltpolitik geöffnet worden ist, darüber wird unter den NGOs selbst gestritten. Die einen beklagen, daß eine historische Chance verpaßt worden sei, die anderen setzen auf den Prozeßcharakter der Umweltdiplomatie und berufen sich dabei auf die Erfahrungen mit der KSZE oder dem FCKW-Verbot. Die bekannte kenianische Umweltschützerin Wangari Maathai sieht die internationale Umwelt- und Entwicklungsbewegung durch den Gipfel von Rio gestärkt.

Alle Beteiligen NGOs sind sich einig, daß es nach den enttäuschenden Ergebnissen von Rio umso mehr auf die Nachfolge-Aktivitäten ankomme. Die NGOs haben hier eine entscheidende Rolle zu spielen, um ein Einschlafen des Rio-Prozesses zu verhindern. Sie werden damit jedoch nur insoweit Erfolg haben, wie der tatsächliche Spielraum von Politik und Industrie für das Abwälzen von Umweltproblemen auf andere sich spürbar verringert. Die Anzeichen hierfür mehren sich. Darüber können auch die flauen Ergebnisse von Rio niemanden hinwegtäuschen. ■

PUBLIKATIONEN DER
DISKUS-REDAKTION
IN DER
EDITION ID-ARCHIV



460 Seiten • 24,80 DM

Redaktion diskus (Hg.)

Küss den Boden der Freiheit

diskus – Texte der Neuen Linken

Analysen, Theorien, Interventionen und Diskussionen aus vier Jahrzehnten kritischer Intelligenz. Der Auswahlband enthält Texte zu den Themen: Freiheit und Revolte, Antiimperialismus und Internationalismus, militante Politik und bewaffneter Kampf, Rechtsstaat und Repression, Klasse und Emanzipation.

180 Seiten • 20,-DM

Redaktion diskus (Hg.)

Die freundliche Zivilgesellschaft

Rassismus und Nationalismus in Deutschland

Ein Diskussionsband, der die politischen Bedingungen des gegenwärtigen Rassismus und Nationalismus in theoretischer und journalistisch kritischer Form darstellt und behandelt.

ERHÄLTLICH IM ENGAGIERTEN BUCHHANDEL ODER DIREKT BEI

EDITION ID-ARCHIV
SCHLIEMANNSTRASSE 23
O-1058 BERLIN

ARNO KLÖNNE

Revolte auf Deutsch

Franz Jung (1888 - 1963)

Franz Jung — der Dadaist und der Börsenexperte, der Deserteur und der heimliche Vertrauensmann der deutschen Abwehr, der Schiffsentführer und der Fabrikmanager, der Spartakist und Mitbegründer der anarchokommunistischen Arbeiterpartei und der Gründer des ,,Industrie-Kurier", der sozialutopische Arbeiterschriftsteller und der Devisenspekulant.

Jürgen Serke hat über Franz Jung geschrieben, dieser erscheine ihm als der ,,Verwegenste in der deutschen Literatur dieses Jahrhunderts", als der, von dem am stärksten Herausforderung ausgehe. Eine solche Wertschätzung des Schriftstellers Franz Jung konnte wohl noch bis vor einigen Jahren nur als Kuriosität gelten; in ihrer großen Mehrheit wußten die Literaturkritiker in Deutschland mit diesem Mann und seinem Werk nicht viel anzufangen. Östliche und westliche Rezensenten waren sich einig darin, daß er unordentliche Literatur produziert — und übrigens auch ein unordentliches Leben geführt habe.

Es gibt, wenn man sich die Biographie dieses Mannes ansieht, hinreichend Anlässe, einen Desperado zu vermuten, in Jungs schriftstellerischer wie auch in seiner politischen und wirtschaftlichen Tätigkeit.

Das war ein Lebenszuschnitt, der auch den meisten seiner literarisch-politischen Freunde nicht behagte, die — wie er — jener expressionistisch-linksradikalen Szene entstammten, die in Deutschland während des Ersten Weltkrieges und Anfang der Zwanziger Jahre aufgekommen war; die Neigung zum literarischen und politischen Experiment ging häufig mit der Einpassung in durchaus konventionelle, gewissermaßen treu-redliche private Existenzweisen überein, und mancher literarisch-politische Gesinnungsanarchist erwies sich als Verhaltenskleinbürger, der einem Menschen wie Franz Jung nicht über den Weg traute.

Franz Jung war kein Dachstubenpoet. Er gründete Zeitschriften, Pressedienste und Verlage, er schrieb viel und unter Zeitdruck, auch in seinen Gefängniszeiten, und zweifellos ist auch an den Werken, die er publiziert hat, manches literarisch unfertig. Jung selbst hat über seine Arbeiten, nicht nur die schriftstellerischen, gesagt: ,,Alles mußte von vornherein scheitern, weil ich bei allem, was ich angefaßt habe, nur halb dabeigewesen bin."

Gemeint war damit nicht nur die Atemlosigkeit, mit der er bis Anfang der Dreißiger Jahre ein Projekt nach dem anderen begann, sondern ausgedrückt ist damit auch, daß Jung die literarischen und politischen Positionen, die er einnahm, in demselben Moment wieder in Zweifel stellte. Jung revoltierte stets auch gegen sich selbst, und so sind in seinem literarisch-politischen Lebenswerk höchst widersprüchliche Aussagen zu finden. Erklärlich wird dadurch, daß je nach dem Standort der Herausgeber ganz unterschiedliche, scheinbar einander entgegengesetzte Versionen des Franz Jung sich präsentierten, als in den siebziger Jahren, etliche Jahre nach seinem Tode, der Schriftsteller wiederentdeckt und in dieser oder jener Auswahl wieder in den Büchermarkt eingeführt wurde.

Auf der einen Seite erschien Franz Jung mit dem Nachdruck seiner roten Romane, die zuerst zwischen 1921 und 1923 im Malik-Verlag erschienen waren, als literarischer Vorläufer der revolutionär gemeinten Aufforderungen studentenbewegter Intelligenz an das Proletariat. Andererseits wurde Jung mit dem Nachdruck seiner Texte aus den expressionistischen Jahren vor der Revolution als individueller Anarchist präsentiert, der den Umsturz in der Literatur und nicht den in der Politik im Sinne hatte. Und schließlich wurde mit dem Nachdruck seiner Autobiographie Jung als der unbedingte Skeptiker vorgestellt, dem die poetischen wie die gesellschaftlichen Umwälzungen als Vorstöße von der einen in die andere Sinnlosigkeit erschienen. Ziemlich frei von solchen selektiven Wahrnehmungsweisen ist eine kleine Auswahl aus Schriften von Franz Jung, die 1980 im Reclam Verlag Leipzig erschien, herausgegeben von Cläre Jung, der Lebensgefährtin des Schriftstellers, und Fritz Mierau.

Inzwischen sind alle Einseitigkeiten in der Rezeption des Franz Jung beiseitegeräumt durch eine Werkausgabe in zwölf Bänden in der Edition Nautilus im Verlag Lutz Schulenburg in Hamburg. Hier ist, nach meinem Eindruck, das Werk von Franz Jung nun endlich verlegerisch am richtigen Platz. Der Verlag entstand als ,,Selbsthilfeprojekt" am Rande der Studentenbewegung, in jener Nebenströmung der Jahre um 1968, die sich von expressionistischen und anarchistischen Überlieferungen anregen ließ. Die schon veröffentlichten und die bis dahin nicht publizierten Schriften von Jung wurden im Verlag Lutz Schulenburg editorisch sorgfältig betreut, mit Sympathie und mit Sachverstand, und so kann das Publikum sich nun ein vollständiges Bild machen von dem ,,bekannten Unbekannten", der Franz Jung bis zu dieser Werkausgabe war.

Ein Band enthält eine Sammlung der Texte, die Franz Jung 1920 bis 1924 über die junge Sowjetunion schrieb, deren dramatische Aufbaujahre er teilnehmend-beobachtend miterlebte, als politischer Delegierter deutscher Kommunisten bei der Moskauer Internationale, als Flüchtling vor dem deutschen Gefängnis, als Organisator der Internationalen Arbeiterhilfe für die sowjetische Bevölkerung, als Fabrikleiter und schließlich als jemand, der vom Flüchtling nach Rußland zum Flüchtling aus Rußland wurde.

Der Beginn dieser Reisen in das Land der Revolution war abenteuerlich. Franz Jung gehörte 1919 zu jenen deutschen Kommunisten, die sich nicht auf die bolschewistische Disziplinierung des Spartakismus einlassen wollten; er war Mitbegründer der anarcho-

kommunistischen KAPD, gegen die Lenin seine Polemik über den ,,Linksradikalismus als Kinderkrankheit im Kommunismus'' geschrieben hat.

Die KAPD, die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, fand Unterstützung übrigens bei der literaturgeschichtlich berühmten expressionistisch-politischen Zeitschrift ,,Aktion'', die schon für Karl Liebknecht eingetreten war und an der Franz Jung mitarbeitete. Dieser also wurde 1920 zusammen mit einem Hamburger Arbeiter von der KAPD nach Moskau delegiert, um vor der Kommunistischen Internationale die

Der Flüchtling nach Rußland wird zum Flüchtling aus Rußland

Ansichten der oppositionellen Kommunisten in Deutschland darzulegen, alternativ zur KPD. Wie die Fahrt ins rote Rußland bewerkstelligt wurde, darüber berichtete ein zeitgenössischer Hamburger Polizeibericht: ,,Der Fischerdampfer Senator Schröder hatte am 21. April Cuxhaven verlassen, um sich nach den Fischgründen bei Island zu begeben. Als der Dampfer sich abends gegen zehn Uhr zwischen dem Feuerschiff Elbe eins und Helgoland befand, überwältigten zwei zur Besatzung gehörende Matrosen gemeinsam mit drei Männern, die sich als blinde Passagiere an Bord eingeschlichen hatten, den Kapitän, den Ersten Steuermann und den Ersten Maschinisten, sperrten sie in den Mannschaftsraum und zwangen den Zweiten Steuermann, nördlichen Kurs beizubehalten. Am dreißigsten April erfolgte die Ankunft an der Halbinsel Kola. Unter russischer Lotsenführung fuhr der Dampfer nach Murmansk. Hier wurde der Besatzung die Beschlagnahme durch die Sowjetrepublik eröffnet und die rote Fahne gehißt.''

Franz Jung war einer der blinden Passagiere, die sich als Schiffsentführer entpuppten. Der Raub des Schiffes war ohne Wissen der sowjetischen Behörden geschehen, die das Schiff dann auch nicht behielten.

Nach Deutschland zurückgekehrt, erschien das Buch ,,Reise in Rußland''. Es ist immer noch das eindrucksvollste Dokument der illusionären Hoffnungen, die damals europäische linke Intellektuelle in die Lenin'sche Revolution setzten, zugleich eine Anklage gegen die Mehrheit der deutschen Arbeiterbewegung, auch der kommunistischen, die sich, wie Jung meinte, aus der weltrevolutionären Aktion davongeschlichen habe. Aus dieser Schrift von Franz Jung wird auch deutlich, wie sehr dieser in seinen Entwürfen eines internationalen Aufstandes gegen die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft von nationalspezifischen, der besonderen deutschen Ideengeschichte entstammenden Vorstellungen geprägt war.

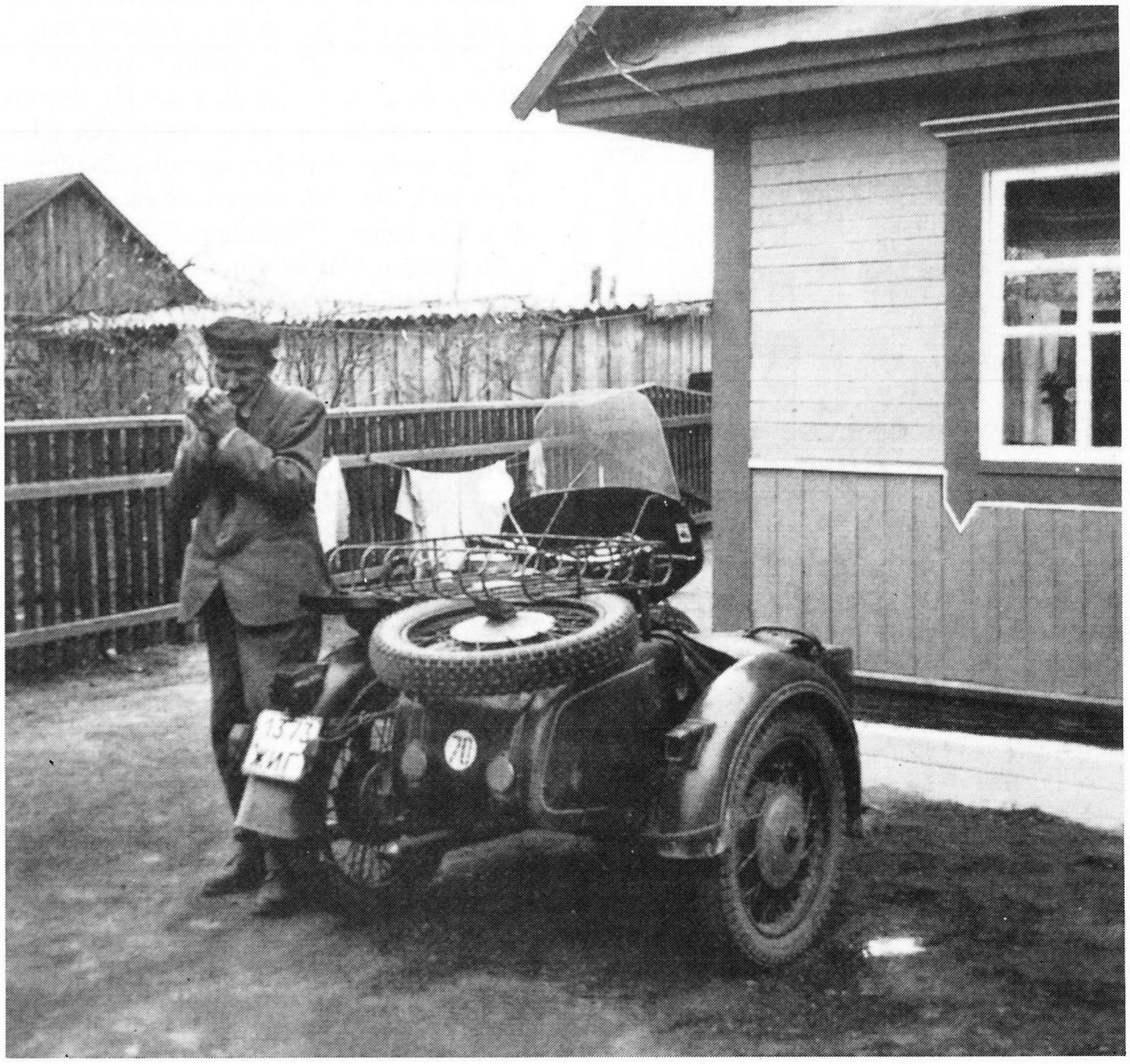
Jung hoffte darauf, daß ,,spezifisch östliche Gefühlsbetonung eine neue Gemeinschaftsbetonung in die Gedankenwelt des europäischen Proletariats'' hineintragen werde, er sah in den ,,erwachenden Völkern des Ostens'' die sozusagen natürlichen Träger des Umsturzes, des Kampfes für eine neue ,,brüderliche'' Welt.

Gedankliche Berührungspunkte mit Verfechtern der deutschen politischen Philosophie einer ,,konservativen Revolution'', die von den sogenannten ,,jungen'' Völkern des Ostens antibürgerliche Impulse auch für den Westen erwarteten, sind unverkennbar. Franz Jung ist Anfang der Dreißiger Jahre noch einmal in die Nähe zu solchen Ideen gekommen, als er die Zeitschrift ,,Gegner'' neu herausbrachte, deren Redaktion dann Harro Schulze-Boysen übernahm, der später, im Zusammenhang mit dem Widerstand der sogenannten Roten Kapelle, 1942 hingerichtet wurde.

Die Zeitschrift ,,Gegner'' war ein Versuch, jungkonservative Aktivisten, oppositionelle Nationalsozialisten und undogmatische Kommunisten so zusammenzubringen, daß daraus ein intellektueller Gegenpol zum deutschen Faschismus entstünde; Verständnis für das ,,neue Rußland'' und Sympathien für die politische Verselbständigung asiatischer Völker waren Bestandteile der Gedankenwelt des ,,Gegner''-Kreises. Das Vertrauen in eine weltgeschichtlich dynamische Fähigkeit der kommunistischen Partei in der Sowjetunion war bei Franz Jung freilich schon Mitte der Zwanziger Jahre gebrochen. Im Frühjahr 1921 hatte er sich an kommunistischen Aufstandsversuchen in Mitteldeutschland beteiligt, bei denen Max Hoelz seine legendäre Rolle spielte, war in den Niederlanden in Haft genommen worden und hatte sich von dort nach Sowjetrußland ausweisen lassen. Seine politischen und wirtschaftsorganisatorischen Tätigkeiten für die sowjetischen Kommunisten brachten Ernüchterung; 1923 begab sich Jung zurück nach Deutschland, ohne Einwilligung der sowjetischen Stellen und wiederum als blinder Passagier auf einem Handelsschiff.

Lange Zeit später hat Jung, in dem Buch ,,Der Weg nach unten'', den Umschwung des Lebensgefühls in seinem letzten Jahr in der Sowjetunion nachgezeichnet und die sowjetische Gesellschaftsform aus der Erfahrung seither kommentiert: ,,Wie seit je in den Jahrhunderten aufgeschriebene Geschichte zuvor waren die Träume ungleich stärker als die Wirklichkeit... Die so viel gerühmte klassenbewußte Masse der Arbeiter, Bauern und Soldaten bestand nur in der politischen Phantasie. Politik entwickelte sich erst Stück um Stück, als es notwendig wurde, die (angebliche) Masse zu erziehen, in ein Gesellschaftssystem einzuordnen... Es ist sicherlich nicht die Schuld von Einzelpersonen, daß dieser neue gesellschaftsbildende Prozeß dieselben Wege eingeschlagen hat wie alle Gesellschaftsbildungen vorher und sich heute von der bestehenden alten kapitalistischen Gesellschaft, gegen die der theoretische Stoß gerichtet war, kaum noch unterscheidet. Der Mensch als das Einzelwesen ist nicht geändert worden, im Gegenteil, die Anpassung ist noch stärker akzentuiert.''

Franz Jung hat nach dem Jahr 1923, er nannte dies die ,,grauen Jahre'', auf Revolutionen keine Hoffnungen mehr gesetzt; nur die Revolte erschien ihm noch als situativ befreiende Möglichkeit. Die organisierte Arbeiterbewegung war ihm ohnehin nicht sonderlich sympathisch gewesen; ihr schwächster Punkt, so schrieb er, sei ,,das



Mißtrauen gegen jeden und jedes", verbunden mit einem Verständnis vom Klassenkampf, das darauf hinauslaufe, so reich und so mächtig zu werden wie diejenigen, die bekämpft werden sollten. Im Laufe seines Lebens wurde ihm auch die Arbeiterschaft selbst zunehmend zuwider. In seiner Autobiographie fertigte er am Rande auch die westliche, gewerkschaftlich ausgerichtete Arbeiterbewegung als historisch überflüssig ab und schrieb: „Die Arbeiter, sofern sie als Klasse angesprochen werden, sind gegen jede soziale Entwicklung!"

Wenn Franz Jung damit einverstanden war, daß seine Autobiographie, die zunächst „Der Torpedokäfer" heißen sollte, den Titel „Der Weg nach unten", erhielt, so war das keine Koketterie. Seine schriftstellerischen Arbeiten und seine Tätigkeiten für das Theater in den Jahren kurz vor Beginn des „Dritten Reiches" waren keine Erfolge; mit der Firma, an der er beteiligt war, geriet er 1932 in einen Devisenskandal. In der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft hielt er sich mit Wirtschaftsjournalismus mühsam über Wasser. Ein oppositionelles Informationsnetz, das er zusammen mit Alexander Schwab, einem Freund aus den Zeiten der KAPD, aufbaute, flog 1936 auf; die beiden wurden verhaftet. Schwab wurde der Prozeß gemacht; er kam später im Konzentrationslager ums Leben. Jung wurde 1937 aus der Haft entlassen, vermutlich deshalb, weil er vor der Inhaftnahme schon für den militärischen Abwehrdienst unter Canaris gearbeitet hatte. In diesem Zwielicht lebt er

auch in den nächsten Jahren, die Wohnorte wechselnd von Berlin über Prag, Wien, Paris und Genf nach Budapest, Wirtschaftsinformationen liefernd für Pressedienste und Firmen, Nachrichten vermittelnd auch an die „Deutschland-Berichte" der Exil-Sozialdemokratie und eben an Canaris. 1944 wurde Jung in Ungarn verhaftet, konnte fliehen, wurde auf dem Weg nach Rom erneut gefaßt und in Bozen in ein Konzentrationslager eingeliefert. Das überlebte er, hielt sich bis 1948 in Italien auf, zeitweise als Konditor arbeitend, und ging dann in die Vereinigten Staaten. Dort hatte er durch wirtschaftsjournalistische Aufträge sein Existenzminimum. Die schriftstellerischen Arbeiten dieser Jahre fanden keine Verleger; Jung, der dies auch nur halben Herzens versuchte, fand den Anschluß an die literarische Öffentlichkeit nicht mehr. An Cläre Jung in Berlin schrieb er damals: „Sollte ich noch nach Deutschland kommen, dann nur als angetriebenes Strandgut."

So ähnlich war es dann auch. 1960 kam Jung endgültig nach Europa zurück. Immerhin gelang es ihm mit Hilfe des Expressionisten Karl Otten, Luchterhand als Verlag für seine Autobiographie zu gewinnen, die allerdings fürs erste nur ein paar hundert Käufer fand. 1963 starb Franz Jung in Stuttgart, vierundsiebzig Jahre alt. Wichtige schriftstellerische Arbeiten von Jung, in den Jahren nach 1945 verfaßt, wurden erst Jahre später veröffentlicht, so die Erzählung „Das Jahr ohne Gnade', 1946 geschrieben, 1990 erstmals in der Werkausgabe der Edition Nautilus publiziert.

Das literarische Interesse an Jung galt in seinem letzten Lebensabschnitt immer noch der Revolte; nur suchte er revoltierende Menschen nicht mehr in den politischen Bewegungen, sondern bei den Außenseitern und den Ketzern. Er schrieb über Ernst Fuhrmann, Wilhelm Reich — und über die Albigenser. Die Revolution, so meinte er, sei nur noch „als Revolution der Reichen gegen die Armen" zu erwarten und zu befürchten, als „Ausrottung in einem ungeahnten Umfange und intensiver denn je zuvor, mit oder ohne Atombombe".

Ohne Zweifel war Franz Jung unter den deutschen Literaten zu Zeiten des Ersten Weltkrieges und in den Zwanziger Jahren einer der besonders Begabten; bis heute hin ist sein Werk unverbraucht, wo es über die Umbrüche in dieser Epoche Auskunft gibt.

‚Revolution' der Reichen gegen die Armen

In seinen politischen Entwürfen lag Jung quer zur deutschen Mehrheit, bald dann auch quer zur Mehrheit der deutschen Linken. Dennoch war die Gefühlswelt, in der er sich als Schriftsteller bewegte, aus der heraus er die Gesellschaft und die Geschichte beobachtete und in Unruhe zu bringen versuchte, nachhaltig durch Besonderheiten historischer deutscher Kultur bestimmt. Artur Müller, der Franz Jung in dessen letzten Jahren betreut hat, berichtete, daß der Expressionist und Anarchist gegen Ende seines Lebens noch einmal neu und mit großer Anteilnahme die Romane von Eichendorff gelesen hat.

In seinen „roten Jahren" hatte Jung in einem Roman geschrieben: „Bald werden die Menschen einmal sich ernstlich fragen, wozu sie leben. Das wird die Zeit sein, wenn die Einsamkeit aus dem Kreise der Lebenden gejagt sein wird. Dann werden sich einmal die Menschen seltsam nahe und einander gleich vorkommen. Dann wird einer aufstehen und von der Menschlichkeit zu sprechen anfangen, als hätten diese alle die längste Zeit vergessen gehabt."

Franz Jung kam, als er längst Abschied von der roten Revolution genommen hatte, nie so ganz ins Reine mit sich selbst, ob dies nichts weiter als ein Tagtraum sei, den er niedergeschrieben hatte, oder ob vielleicht doch, im nächsten Jahrtausend, so etwas geschehen könnte. ■

Franz Jung:
Proletarier
Arbeiter Thomas
Hausierer

Drei sozialkritische Romane. Über soziale Emanzipation, individuelle Vereinsamung und gesellschaftlichen Verfall — von brüchiger Solidarität und wilder Revolte. Neben der psychologischen Durchdringung menschlicher Konstitution entwirft Jung eine schonungslose Anatomie der gesellschaftichen Realität der Weimarer Republik. Er zieht einen Spannungsbogen von der Novemberrevolution bis zum aufkommenden Faschismus. Werke Band 3.
448 Seiten, broschiert 44,- / geb. 58,- DM

Edition Nautilus
Am Brink 10 / W-2050 Hamburg 80

HELMUT THIELEN

Die ‚postmodernen' Aasgeier am Grabe Walter Benjamins

In jeder Epoche muß versucht werden, die Überlieferung von neuem dem Konformismus abzugewinnen, der im Begriff steht, sie zu überwältigen. Die Gefahr droht sowohl dem Bestand der Tradition wie ihren Empfängern. Für beide ist sie ein und dieselbe: sich zum Werkzeug der herrschenden Klasse herzugeben. Auch die Toten werden vor dem Feind, wenn er siegt, nicht sicher sein. Und dieser Feind hat zu siegen nicht aufgehört. Walter Benjamin, (G.S. I, 2, 695)

Am 15. Juli 1992 jährte sich zum hundertsten Male der Geburtstag des Literaturwissenschaftlers, Essayisten, Journalisten und kritisch jüdischen Philosophen Walter Benjamin. Ein Anlaß für die übliche Flut von Gedenkartikeln und Tagungen. Deren Kennmarke ist häufig — zumal in diesem historischen Augenblick, in dem die ‚postmodernen' Ideologen angesichts der realen, nicht länger verschleierbaren Katastrophen der globalen Marktwirtschaft eine dumpfe Ahnung überkommt von ihrer eigenen Götzendämmerung in der allgemeinen — den an der modernen Hölle des Faschismus zu Tode Gekommenen noch einmal zu töten und zu begraben, damit er die Kulturalisierung des Untergangs nicht durch subversive Gedanken zu stören vermöchte.

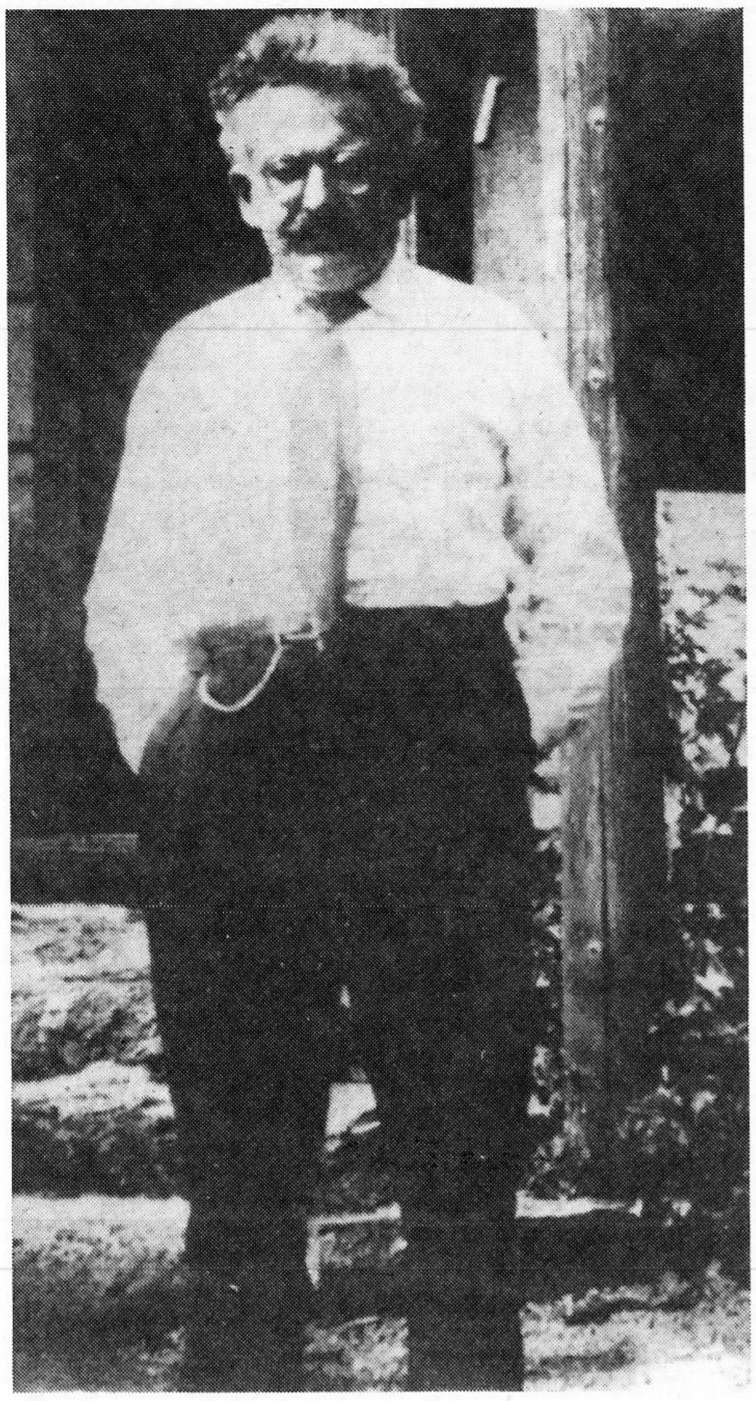
So findet sich in einem Tagungsprogramm „Benjamin und die Kunst", 3.-5. Juli in Frankfurt a.M. — jener Stadt, in der mit Horkheimer die ältere Kritische Theorie entstand, der Benjamin seit 1930 bis zum Tode verbunden war, in der vor und nach dem Faschismus sein Freund Theodor W. Adorno lehrte, die als Teil von dessen Werkarchiv auch dasjenige Benjamins beherbergt — eben dieses Diktum: Es solle „nicht der spekulative Denker oder der esoterische Marxist, der sich heute mit wenig Mühe kritisieren ließe (...) im Vordergrund stehen."

Gegenüber derlei Denkverboten, die das Pseudos der postmodernen intellektuellen Libertinage denunzieren, muß gefragt werden, ob ein Satz wie dieser dem gesellschaftlichen Erfahrungsgehalt Benjamins und dessen Reflexion in seinem Werk — wie sie exemplarisch zusammentreten in den Umständen seines Freitodes und den sogenannten geschichtsphilosophischen Thesen — nicht sowohl verantwortlich und angemessen ist als vielmehr unter die Gegenstände *seiner* Kulturkritik fällt. In deren Lichte erscheinen solche Programmsätze und ihre Umsetzung als die von Benjamin schneidend gegeißelte Transformation in Kulturgüter im Beutearsenal des fortschreitend sich mythisch wiederholenden Kontinuums des Triumpfmarsches über die Verdammten dieser Erde hinweg. Zertrümmert und zurechtgestutzt von jenen Intellektuellen, die „sich zum Werkzeug der herrschenden Klasse hergeben", wie Benjamin sagte, oder — unmittelbar jüdisch-biblisch ausgedrückt — von den Hofpropheten der Könige. Oder anders gesagt, Benjamin, wenn er denn auferstehen und sich wehren könnte gegen diese Versuche, seinen Tod von 1940 zu verewigen, würde, da kann man sicher sein, in seiner Weise den Zusammenhang öffentlich zu machen trachten, der besteht zwischen seiner ihn der finalen Verharmlosung zuführenden Rezeption seit den 80er Jahren als Kultfigur im Biedermeier der Postmoderne und der realexistierenden Katastrophe der postmodernen Form der Warenwelt, deren stumme Gewalt — wie jeder guten Statistik zu diesen Gegebenheiten, etwa der World Bank zu entnehmen ist — tagein tagaus zirka fünfundfünfzigtausend Menschen ermordet, darunter vierzigtausend Kinder und eintausendvierhundertvierzig schwangere Frauen. Vielleicht würde Benjamin auch, angelehnt an den Schluß seines Kunstwerk-Aufsatzes, sagen, die postmoderne Ästhetisierung des politischen Gehaltes seines oeuvres sei ein faschistisches Syndrom, das in einem aktuellen Zusammenhang mit solchen Tatsachen steht, wie daß nachdem der Angolaner 1991 in Eberswalde grausig zu Tode geprügelt worden ist, man seiner Freundin, der „Negerschlampe" und dem Baby, das nach dem Mord geboren wurde, bis heute nach dem Leben trachtet.

Nicht zu sehen ist, was an diesen Konstellationen so „esoterisch" sein soll. Jedermann und -frau, die die courage aufbringen, benjaminisch „mit dem Notizblock auf dem Asphalt botanisieren (zu) gehen", springen sie gleichsam ins Antlitz (siehe Lévinas). Aber es gibt sicher eine falsche Esoterik, die sie auf Biegen und Brechen verleugnet, darin die Rohheit des Wirklichen in derjenigen eines sich selbst zerstörenden Denkens wiederholend, das den Anschein der angemessenen Subtilität sich erschleicht.

Die heutige (um nicht beständig zu sagen: ‚postmoderne') Rezeption und Interpretation von Benjamin begeht *willkürlich fünf Fehler, deren Zusammenhang sie als systematische und brutale Zerstörung qualifiziert.*

Diese Leseart verleugnet die Rolle, die die gesellschaftliche und politische Katastrophalität in Benjamins Leben und in der Konstitution seiner Schriften gespielt hat. Sie verleugnet, daß und wie Benjamin in diesen Schriften, mit den Themen, vor allem aber und durchgängig mit den Formen — Essay, Fragment, Kritik, Kommentar, Aphorismus — mikrologischen Entzifferungen also, diese reale Katastrophalität zum Sprechen gebracht, also mit der Überwindung ihres Stummen und des schreckhaften Verstummens, das von ihr ausgeht, den immer ersten Schritt zur Chance ihrer wirklichen Abschaffung getan hat. Während das Verstummen, weil der vorausgehende Schrecken, in der Geschwätzigkeit der Sprachspiele, für die er heute als Auslöser herhalten muß, verewigt wird. Sie verleugnet, wie diese Katastrophalität so unvermindert wie in den



Erscheinungen anwachsend fortdauert. Sie verleugnet, was Benjamins ‚Werk' zu ihrer rettenden Kritik und Abschaffung beizutragen vermöchte. Mit alldem schließlich und fünftens unterwirft sie Benjamin post mortem diesen Katastrophen noch einmal. Sie ist ein Moment der Überwältigung selbst, sie vollstreckt wogegen er einstand: Sie liquidiert ihn als ihren Gegner in den tödlichen Umarmungen der irren Beliebigkeit, als den kompromißlosen Feind von Entwicklungen, mit denen sie — schon wie im Strom des Todes bäuchlings nach oben treibende, silbrig schimmernde Fische — mehr als Kompromisse gemacht, denen sie sich — Freuds Theorem der Identifikation mit dem Angreifer erfüllend — unterworfen hat.

Benjamin legte Zeugnis davon ab, wie eine autonome Person in der Moderne als Katastrophe gegen sie zu existieren vermag: in der Gebrochenheit ihrer Selbstbewahrung und ihres Widerstandes. Hingegen zeugt die ‚postmoderne' Benjamin Rezeption, die ihm so unangemessen wie falsch angegossen ist davon, daß aus der zynischen Identifikation mit der Ohnmacht gegenüber zerstörenden ökonomischen und politischen Mächten der infernalische Schein von unendlicher Individualität und Pluaralität entsteht, worin — wie Benjamin sagte — „das Herz der abgeschafften Dinge", „das Glück, das hätte sein können", statt, wie er gefordert hat, alles Denken und Handeln zu durchdringen, jenen Zerstörungen ebenso brutal wie lustvoll und ästhetisiert zum Fraße vorgeworfen und ihre Affirmation als das wahre Sein gefeiert wird. Diese falschen Zerstörungen, die immer wieder die schwachen messianischen Kräfte verdunkeln, und ihre so falsche Bejahung. Sie wenden sich in der Wirkungsgeschichte auf Benjamins Werk selbst, das in jener sich recht eigentlich erst, sich konstituierend, entfalten könnte, wie die Schläge, mehr noch: Mißbräuche, die kindliche Zartheit treffen und fürs Leben verletzen, indem sie sich als seine angemessene Kommentierung gerieren. Das ist so weit zutreffend, daß sie darin zeitgemäß sind. Sie machen es zum Spielball der Kräfte der Vernichtung, denen verfällt, was Spiel wäre, statt zum Ort, wo Spiel, Schöpfung und Erotik lebendigen Frieden, Versöhnung, aus sich entließen und sich das Gebrochene seines Werkes zusammenfügte — diese „Trümmer"- oder Katastrophenstätte" — das von solchem Spiel, solcher Schöpfung, solcher Erotik und solchem Frieden schon durchweht ist.

Benjamin hat den Begriff des Fortschritts nicht durch den der Beliebigkeit ersetzt, welche ein Signum der wirklichen Unterwerfung unter jene Mächte ist, sondern gefordert, ihn in dem der Katastrophe zu fundieren. Er hat den Abbruch dieses Fortschritts, der keiner, sondern die Katastrophe ist, proklamiert um des einzig wahren Fortschritts zur Versöhnung der Menschheit hin mit ihrer und der anderen Natur. Um dieser Intention willen, noch auch in der alten, in ihre Widersprüche verstrickten Geschichtsphilosophie, hat er gegen sie und ihr unrühmliches Ende im Historismus polemisiert. Die zeitgemäße Rezeption hingegen löst diese Polemik von jenem Interesse ab und entäußert sie damit ihres wahren Gehaltes. Mit dem faulen Zauber ihrer Sprachmagie, der selbst bloß ein Moment ist des Umschlagens des modernen Fortschritts in die ‚postmoderne' Barbarei, sie blind indizierend, verwischt sie erstens, daß der moderne Fortschritt diese Katastrophe ist, zweitens die Möglichkeit von dessen „endlich gelingender Unterbrechung" als einzigem und wahren Fortschritt, drittens schließlich die Differenz zwischen beiden. Sie trägt zur Verewigung der Katastrophe bei, indem sie die Verharmlosung hinzufügt und die Blindheit, mit der sie geschlagen ist, die sie sich selbst noch einmal antut und für das Prinzip der Erkenntnis ausgibt.

An Benjamin scheiden sich die Geister. Dem Grauen, das die Moderne durchwaltet, entsprechen aus Verzweiflung und Pessimismus, unergründlicher Trauer geborene radikale, prophetische Kommentare. Der radikalen Unterwerfung aber unter dieses Grauen entspricht es, sich ihm gleichzumachen in der radikalen Verdammung schon des prophetischen Blicks und Gestus, die die Gewalt wiederholt, gegen die er einspricht, und die fröhliche, kulturalisierend nachäffende Zelebrierung der Zerstörungen, die das Grauen hervorgerufen haben, bevor es abgeschafft wurde vermöge seiner Transformation in die optimistische und messianische Aura der brutalen Fakten.

Die postmodernen Sprachspiele der Kulturindustrie in der brave new world des Katastrophenkapitalismus haben die mittelalterlichen Denkverbote wie die damaligen und die modernen Scheiterhaufen für die Autoren und ihre Bücher überflüssig gemacht. Deren Intention verwirklichen sie heute perfekter, mit weniger Aufhebens und Lärm, selbstvergessener auch. Der Zynismus der zeitgenössischen Ideologen ist mit dem Zynismus der Machthaber dahin übereingekommen, daß die Wirklichkeit und das Leid in ihr für ein ‚Simulacrum' zu erklären seien, damit dessen mediale Inszenierungen sowohl wie die Kräfte, denen es dazu nützt, ihre Verursachung des Elends zu verschleiern und zu leugnen, ihre hybride angemaßte wie messianisch aufgeladene falsche Absolutheit verewigen können.

Vielleicht geschieht Benjamin, der hierzulande bis heute — wie die schmutzige Affäre im hundertsten Jahre seiner Geburt um das Geld für ein Erinnerungsmal am Orte seines Freitodes, Port Bou, zeigt — ein Fremder geblieben ist, eine Heimkehr in der Fremde. Dort, wo seine Gesinnung sich für viele Menschen von selbst versteht, die Demütigung, die der Würde durch die Armut zugefügt wird, in die Kraft des Gebetes und der Revolte zu verwandeln: unter den Verdammten dieser Erde überall auf der Einen Welt: *Aber nie darf einer seinen Frieden mit Armut schließen, wenn sie wie ein riesiger Schatten über sein Haus fällt. Dann soll er seine Sinne wach halten für jede Demütigung, die ihnen zuteil wird, und so lange sie in Zucht nehmen, bis sein Leiden nicht mehr die abschüssige Straße des Hasses, sondern den aufsteigenden Pfad des Gebets (der Revolte) gebahnt hat.* ■

Aus: Analytische Beschreibung von Deutschlands Untergang

Opposition in Deutschland?

Für den Bayernkurier waren wir in den 60er Jahren das Zentralorgan der außerparlamentarischen Opposition.
schon in den 50er Jahren nannte Karl Barth die Blätter eine Insel der Vernunft in einem Meer von Unsinn.
Heute sind die Blätter als größte politisch-wissenschaftliche Monatszeitschrift im deutschen Sprachraum ein Forum demokratischer Gegenöffentlichkeit.

Ein gemeinsames Projekt
von Herausgebern,
Redaktion,
Leserinnen und Lesern,
im Eigenverlag der Redaktion.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Fordern Sie ein kostenloses Probeheft an.
Für einen Verrechnungsscheck über 15 DM
oder den gleichen Betrag in Briefmarken gibt es
die nächsten beiden Hefte als unverbindliches Probeabo.
Ein Jahresabo kostet 97,80 DM inkl. Porto.

Blätter Verlagsgesellschaft, Bertha–von–Suttner–Platz 6, 5300 Bonn 1, Tel.:0228/650133

Sie sollen uns kennenlernen!

RÜCKBLICK

LUDI LODOVICO

‚Nationalität' und Krieg auf dem Balkan

Auf dem Balkan bündeln sich Probleme und Konflikte der europäischen Staatenbildung nicht erst seit gestern; schon 1848, während des ersten Schubs „national"-staatlicher Territorialisierung, spielte die „Südslawenfrage" eine wichtige Rolle. Und seither ist die Frage nie ganz verschwunden. Das allein schon legt den Schluß nahe, daß hier wie anderswo alle Versuche scheitern müssen, Konflikte mit den simplen Parolen der Realpolitik („nationale Selbstbestimmung", „historische Grenzen") lösen, harte Interessengegensätze mit völkerrechtlichem Schaum („staatliche Anerkennung") zudecken oder wirtschaftliche und gesellschaftliche Realitäten nach Fiktionen („Nation") organisieren zu können.

Wir drucken den folgenden, gerade hundert Jahre alt gewordenen Brief von Friedrich Engels an Eduard Bernstein nicht ab, weil wir die Situation auf dem Balkan von 1882 und 1992 für identisch hielten; und wir drucken den Text auch nicht, weil wir alle Thesen als richtig, brauchbar und haltbar betrachteten. Im Gegenteil — der Text trägt deutliche Spuren seiner Entstehungszeit: die bittere Erinnerung an die revolutionäre Erfahrung von 1848 und das — aus der Sicht des revolutionären Rheinländers — damalige Versagen der südslawischen Völker, verquickt mit der Frage, was die europäische Arbeiterbewegung in den 80er Jahren des 19. Jh. von einem Krieg auf und um den Balkan zu erwarten habe; die geschichtsphilosophische Ladung, mit der etwa der Begriff des Proletariats noch ganz selbstverständlich versehen wird; der großzügige Umgang mit Akteuren im Optativ („Wir", „Proletariat") und ihren weit ausladenden historischen Missionen; das ungebrochene Vertrauen auf die Rolle des „bürgerlich-entwickelten Westens" und einiges mehr war schon 1882 hoch problematisch (wenn auch aus der Situation verständlich). Heute ist derlei indiskutabel und lehrreich zugleich (eine recht gute Darstellung findet sich bei R. Rosdolsky, F. Engels und das Problem der „geschichtslosen Völker", Archiv f. Sozialgesch. 4/1964, S. 87 ff.).

Zwei Gründe bewogen uns, den Text trotzdem zu drucken: Erstens ist er ein sehr kurzes, aber prägnantes Beispiel dafür, daß man selbst aus Texten mit heute weitgehend unhaltbaren Thesen unendlich viel mehr lernen kann, wenn man sie gegen den Strich bürstet, als aus dem öden und zeitgeistigen Politologengerede, wo auf 200 oft weniger steht als auf den 2 Seiten von Engels. Zweitens beeindruckt der ebenso aufklärerische wie historisch beschlagene Impetus — sei es im Umgang mit dem Problem und den Risiken eines Krieges, von dem der Militärexperte Engels im Unterschied zur metropolitanen Golfkriegsclaque wirklich etwas verstand, oder sei es mit der Frage der Nation, die er entgegen der Spießervorstellung nicht als etwas Altes und Natürliches, sondern als etwas durch und durch Historisches, also Gemachtes und Veränderliches begriff: „Die südfranzösische Nationalität war im Mittelalter mit der nordfranzösischen nicht verwandter, als es die polnische jetzt mit der russischen ist. Die südfranzösische, vulgo provenzalische Nation hatte im Mittelalter nicht nur eine wertvolle Entwicklung, sie stand sogar an der Spitze der europäischen Entwicklung. Sie hatte zuerst von allen neueren Nationen eine gebildete Sprache... Die eiserne Faust des Konvents machte die Bewohner des südlichen Frankreich erst zu Franzosen und gab ihnen zur Entschädigung für ihre Nationalität die Demokratie" (F. Engels, 1848, MEW, Bd. 5, S. 354 f.).

▶ Engels an Eduard Bernstein in Zürich ◀

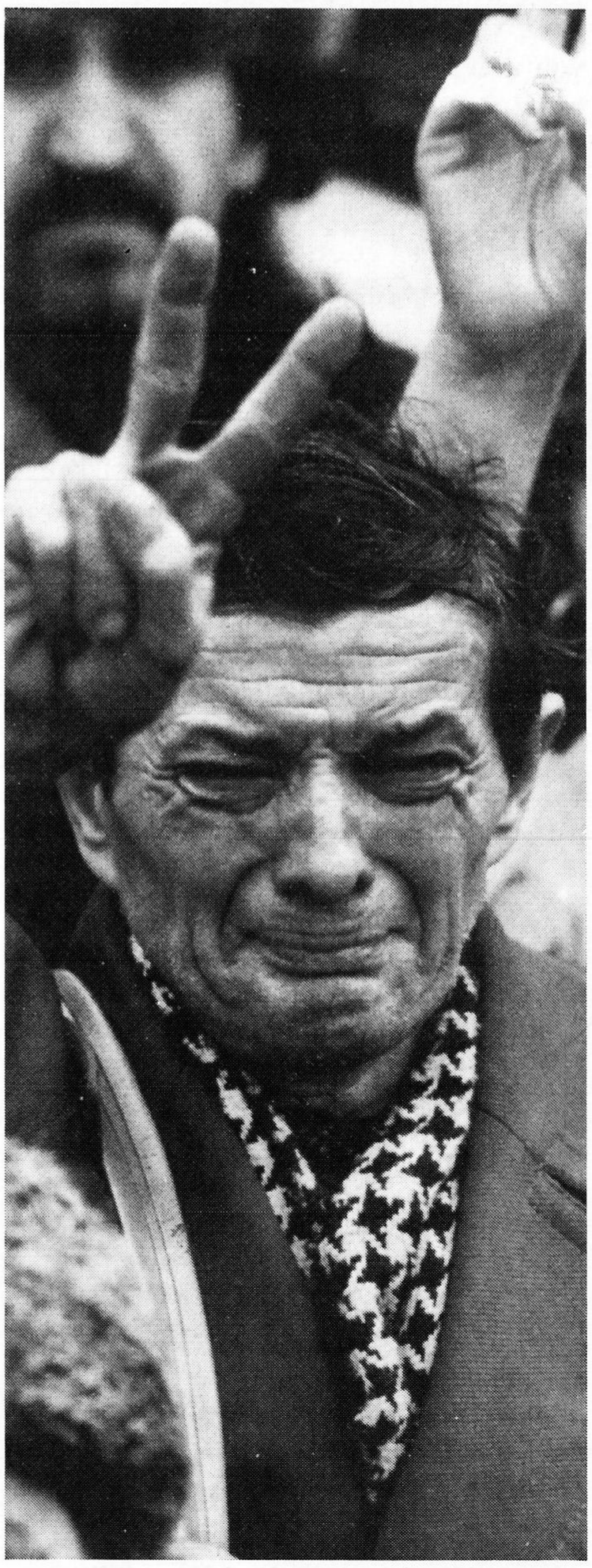
London, 22. Febr. 1882

Lieber Herr Bernstein,

(...) Sie sagen, sobald die slawischen Völker (immer die Polen auszunehmen!) nicht mehr Grund haben, in Rußland ihren einzigen Befreier zu sehen, ist der Panslawismus schachmatt. Das ist leicht gesagt und klingt plausibel. Aber erstens liegt die Gefahr des Panslawismus, soweit sie besteht, nicht in der Peripherie, sondern im Zentrum, nicht am Balkan, sondern in den 80 Millionen Sklaven, aus denen der Zarismus seine Armee und Finanzen holt. Da also ist der Hebel anzusetzen, und er *ist* ja angesetzt. Soll ein Krieg ihn wieder absetzen?

Zweitens will ich nicht untersuchen, wieso es kam, daß die kleinen slawischen Völker im Zar ihren einzigen Befreier sehn. Genug, sie tun es, wir können es nicht ändern, und es bleibt so, bis der Zarismus gebrochen; gibt's Krieg, so gehn alle diese interessanten Nationchen auf seiten des Zarismus, des Feindes des ganzen bürgerlich-entwickelten Westens. Solange dies der Fall, kann ich mich für ihre *unmittelbare*, sofortige Befreiung nicht interessieren, sie bleiben unsre direkten Feinde ebensosehr wie ihr Bundesgenosse und Schutzherr, der Zar.

Wir haben an der Befreiung des westeuropäischen Proletariats mitzuarbeiten und diesem Ziel alles andere unterzuordnen. Und wären die Balkanslawen etc. noch so interessant, sobald ihr Befreiungsdrang mit dem Interesse des Proletariats kollidiert, so können sie mir gestohlen werden. Die Elsässer sind auch unterdrückt, und es soll mich freuen, wenn wir sie wieder los sind. Wenn sie aber am Vorabend einer sichtbar heranziehenden Revolution einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland provozieren,



diese beiden Völker wieder verhetzen und die Revolution dadurch vertagen wollten, so sage ich: Halt da! Ihr könnt ebensoviel Geduld haben wie das europäische Proletariat. Wenn das sich befreit, seit ihr von selbst frei, bis dahin aber dulden wir nicht, daß ihr dem kämpfenden Proletariat in die Parade fahrt. Ebenso mit den Slawen. (...) Um der paar Herzegowzen willen einen Weltkrieg entflammen, der 1000mal mehr Menschen kostet, als in der ganzen Herzegowina wohnen — das ist nicht meine Ansicht von der Politik des Proletariats. (...)

Aber nun kommen wir auf die *Qualität* dieser Natiönchen, die doch auch bei unsern Sympathien zu erwägen ist. (...)

1. Teilen sich die Serben in 3 Religionen (...): griechisch 2880000, katholisch, inkl. der sog. Kroaten, die aber serbisch sprechen, 2664000, ohne Kroaten 1884000, Mohammedaner 550000. Bei diesen Leuten geht aber Religion noch vor Nationalität und jede Konfession *will* herrschen. Solange hier kein Bildungsfortschritt, der wenigstens Toleranz möglich macht, heißt Großserbien nur Bürgerkrieg. (...)

2. Hat das Land 3 politische Zentren: Belgrad, Montenegro, Agram. Weder Kroaten noch Montenegriner wollen sich der Hoheit von Belgrad unterwerfen. Im Gegenteil. Montenegriner und Ihre Freunde, die Naturvölkchen in Krivosije und Herzegowina, werden gegen Belgrad und jede andre Zentralregierung, serbisch oder nicht, ihre „Unabhängigkeit" ebenso verteidigen wie gegen Türken und Östreicher. Diese Unabhängigkeit besteht darin, daß sie, um ihren Haß gegen die Unterdrücker zu beweisen, ihren eigenen „unterdrückten" serbischen Landsleuten das Vieh und andre bewegliche Wertsachen abstehlen, wie sie das seit 1000 Jahren getan, und wer dies Recht des Raubens angreift, greift ihre Unabhängigkeit an. Ich bin autoritär genug, die Existenz solcher Naturvölkchen mitten in Europa für einen Anachronismus zu halten. Und wenn die Leutchen so hoch ständen wie die von Walter Scott gefeierten Hochschotten, die ja auch die ärgsten Viehdiebe waren, so können wir doch höchstens die *Art und Weise* verurteilen, mit der die heutige Gesellschaft sie behandelt. Wären wir am Ruder, auch *wir* würden dem altererbten Rinaldo-Rinaldini- und Schinderhannestum dieser Burschen ein Ende machen müssen. (...)

Das Großserbien sieht also, in der Nähe betrachtet, lange nicht so einfach und selbstverständlich aus, wie Panslawisten und Liberale à la Rasch es uns vormachen wollen.

Haben Sie übrigens so viel Sympathien mit den Naturvölkchen, wie Sie wollen, einen gewissen poetischen Schimmer haben diese ja ohnehin. (...) Aber Handlanger des Zarentums sind und bleiben sie, und in die Politik gehören poetische Sympathien nicht hinein. Und wenn aus dem Aufstand dieser Burschen ein Weltkrieg zu entbrennen droht, der uns unsre ganze revolutionäre Situation verdirbt, so müssen sie und ihr Recht auf Viehraub den Interessen des europäischen Proletariats ohne Gnade geopfert werden. (...)

Die Bulgaren haben sich selbst geschildert in ihren Volksliedern, die neuerdings von einem Franzosen gesammelt und in Paris erschienen sind. Da spielt das Feuer eine große Rolle. Ein Haus brennt, die junge Frau verbrennt, weil ihr Ehemann, statt ihrer, lieber seine schwarze Stute rettet. Ein andermal rettet eine junge Frau ihren Schmuck und läßt dafür ihr Kind verbrennen. Geschieht ausnahmsweise einmal eine noble, mutige Tat, so geschieht sie jedesmal von einem *Türken*. Wo in der Welt finden Sie ein solches Sauvolk wieder?

Wenn Sie übrigens eine passable Sprachenkarte der Gegend einsehn (...), so werden Sie finden, daß die Sache mit der Befreiung dieser Balkanslawen doch nicht so einfach liegt und daß mit Ausnahme des serbischen Gebiets das Ganze durchsetzt ist von türkischen Kolonien und berändert von einer griechischen Küste, davon nicht zu sprechen, daß Saloniki eine spanische Judenstadt ist. Allerdings räumen die biedern Bulgaren jetzt in Bulgarien und Ostrumelien mit den Türken rasch auf, indem sie sie totschlagen, vertreiben und ihnen die Häuser überm Kopf anzünden. (...)

Aus: MEW Bd. 35 (1966), 278 - 82

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

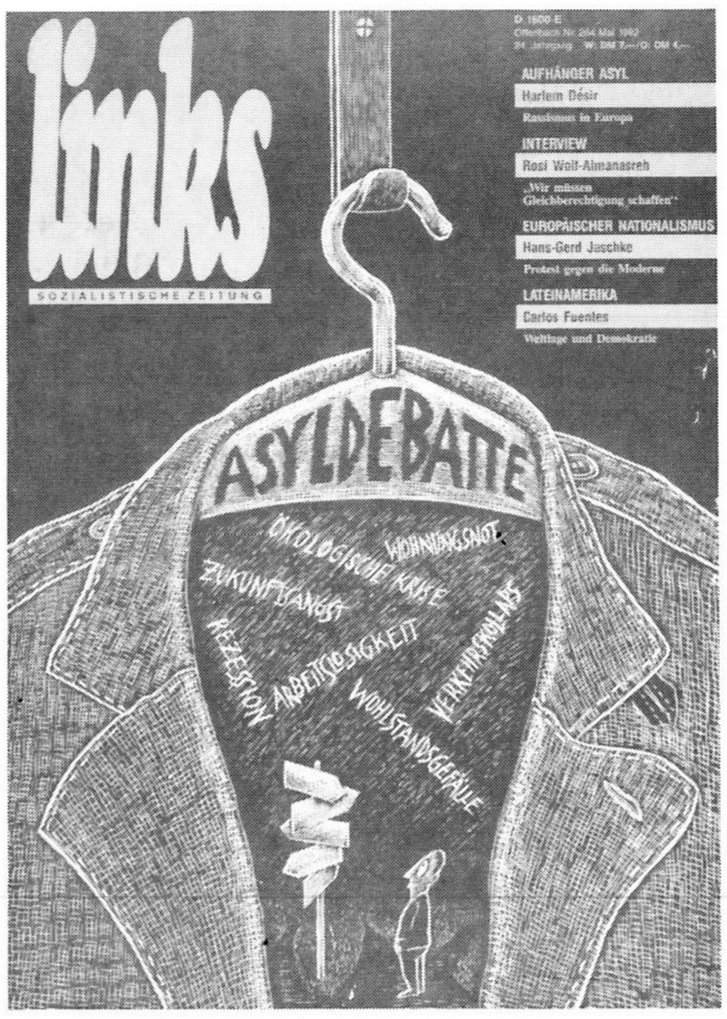
Hochschule heute: Warten auf Frau Humboldt (Heft 43)
Klatt: Zwanzig Jahre und kein Bißchen? Reformuniversität Bremen ● *Willkomm:* Über die alltägliche Brutalität in der Hochschule ● *Bülow-Schramm:* Prüfungen auf dem Prüfstand ● *Braun u.a.:* „Glaub nicht alles, was sie dir erzähl'n". Eine Studie zur Einführung ins Studium der Sozialarbeit/Diakonie ● *Küspert:* „Studieren, und was dann?" Zur Situation studierender Frauen ● *Bülow-Schramm / Gipser:* Zwischen Aufbruch und Resignation. Der brüchige Habitus der HochschullehrerInnen ● *Karsten:* Studieren ordnen — „ordentlich" studieren. Gedanken über einige, tendenziell vernachlässigte Aspekte der Hochschulinnovationen ● *Daxner:* Die intellektuelle Teilrepublik. Die Hochschule als Ort der Öffentlichkeit ● Magazin ● Rezension
100 Seiten, DM 15,—

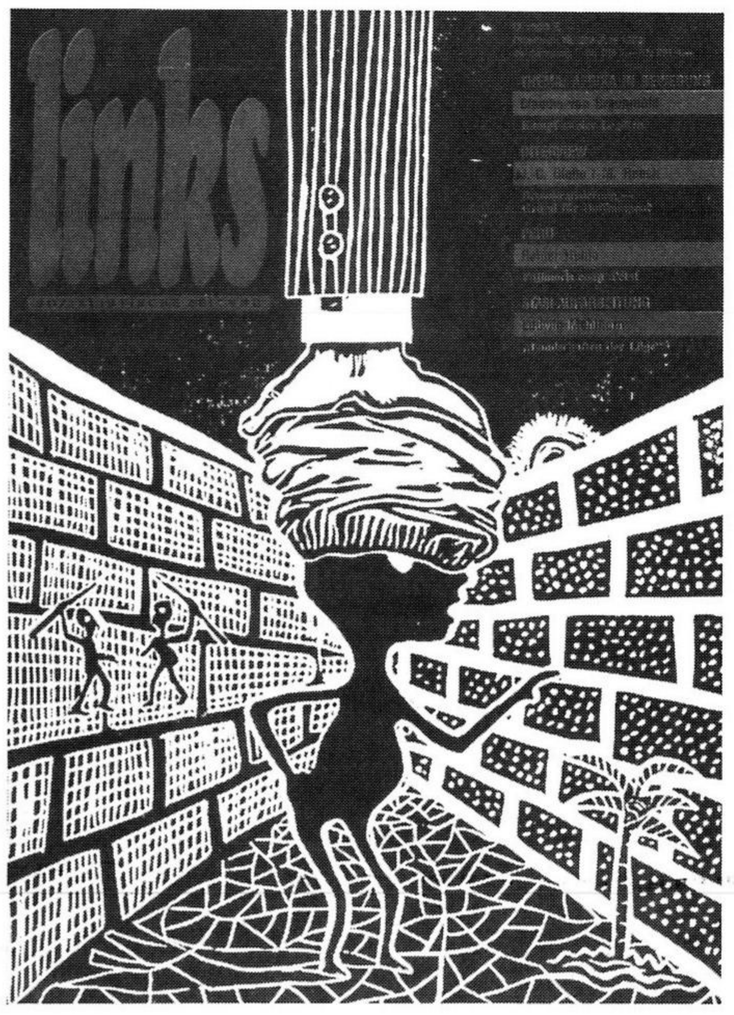
Annäherung an Europa (Heft 42)
Karsten: Die Sozialunionfalle. Sozialpolitik in Europa, Migration und die Situation von Frauen ● *Schöneburg:* Der Entwurf einer Verfassung für das Land Brandenburg. Konkurrenz zum Grundgesetz ● *Hall/Lee:* Soziale Probleme der Wiedervereinigung Deutschlands — Fallstudien ● *Pastore:* Hin zur Errichtung einer Festung Europa? Verstärkung der internen und externen Kontrollen ● Resolutionen der European Group for the Study of Deviance and Social Control ● *Refugee Forum:* 1992 and migrant workers. Manifestation for the rights of refugees ● *Rot / West:* Alternativen zum Heim. Altenhilfe in den Niederlanden ● *Wirth / Schürhoff:* Die Last der totalitären Vergangenheit. Über die Aussöhnung von Russen und Deutschen ● *Divivier:* Ohne Kritik am Patriarchat kein Ende der Frauenarmut in Deutschland ● *Rohrmann:* Das Unerziehbarkeitsdogma der Deutschen Heil- und Sonderpädagogik in der Theorie und Praxis ● Magazin
100 Seiten, 15,— DM

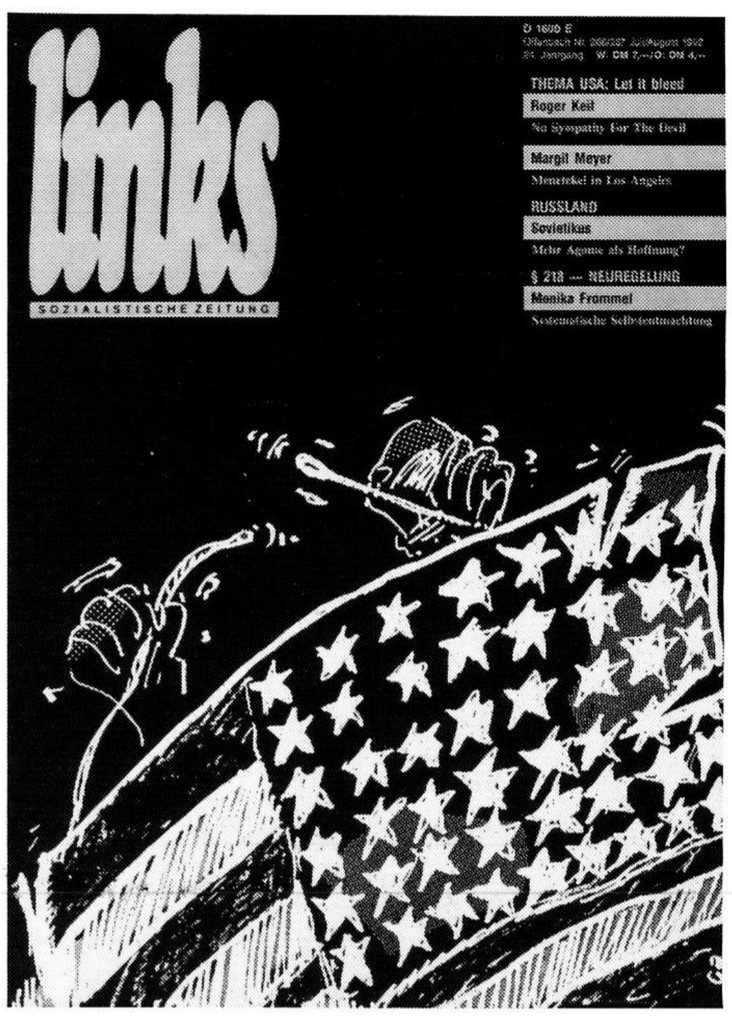
UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte zur Ansicht. Aktuelle Ausgaben gegen DM 15,— (nur Vorkasse)
Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

Die letzten drei *links*-Ausgaben mit Beiträgen zur Asylpolitik, den Demokratiebewegungen in Afrika, zu Los Angeles und die Entwicklung in Rußland.
Kostenlose Probeexemplare älterer Ausgaben senden wir auf Anforderung InteressentInnen gerne zu.







Abo-Bestellschein

Jede/r, die/der jetzt eine/n AbonnentIn wirbt, erhält von der Redaktion das Buch

Befreiung denken — Ein politischer Imperativ.
Ein Materialienband zu Herbert Marcuse, 2. erweiterte Auflage 1990

als Dankeschön.

Leser werben Leser

Wer eine/n neue/n *links*-AbonnentIn wirbt, erhält als Anerkennung

den oben erwähnten Materialienband zu Herbert Marcuse

zugesandt.

Ich bin *links*-AbonnentIn

Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

Straße

Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1992) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 68,—/ O: DM 40,—, incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl Konto-Nr.

Name der Bank

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Das ich die nebenstehende Vereinbarung gelesen habe, bestätige ich durch meine 2. Unterschrift:

Studenten-Abonnement

☐ Ich abonniere als StudentIn die *links* für 49,— DM gegen Vorlage der Studentenbescheinung.

Probe-Abonnement

☐ Ich möchte die aktuelle und die nächste *links*-Ausgabe zum Preis von 9,— DM bestellen.

(Bitte zutreffendes ankreuzen)

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

1

Poppinga, Onno

Hochzeitstr. 5
D 3524 Immenhausen 01

WO DIE LINKS ZU HABEN IST:

BUCHLÄDEN

Bamberg
Collibri-Buchhandlung
Austr. 14
Berlin
Buchhandl. in Schöneberg
Günter Senf
Eisenacher Str. 49
Buchladen am Savignyplatz
Carmerstr. 9
Kirschkern Buchversand
Schlüterstr. 28
Petermann, Gebr.
Zeitschriftenvertrieb
Kurfürstenstr. 111
Berlin (Ost)
SUSI
Haus der Demokratie
Raum 105
Friedrichstr. 165
Bern
Münstergass Buchhandlung
Münstergasse 35
Betzdorf
Buchhandlung Sarrazin
Viktoriastr, 21
Bielefeld
Buchladen Eulenspiegel
Hagenbruchstr. 9
Bonn
Buchladen 46
Kaiserstr. 46
Braunschweig
Magni Buchladen GmbH
Langedamm 13
Bremen
Buchladen im Ostertor
Fehrfeld 60
Darmstadt
Georg-Büchner-Buchladen
Lauteschlägerstr. 18
Dortmund
Buchladen Taranta-babu
Humboldtstr. 44
Düsseldorf
Bibabuze Buchladen
Aachenerstr. 1
Essen
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Viehofer Platz 8
Esslingen
Provinzbuch
Küferstr. 26
Frankfurt
Autorenbuchhandlung
Reuterweg 57
Baersch, Herbert Nachf.
Buchhandlung
Hostatastr./Ecke
Albanusstr. 29
Buchhandlung Hector
Gräfstr. 77
Buchhandlung Christensen
Kettenhofweg 104
Bund-Verlag-GmbH
Wilh.-Leusch.-Str. 69-77
Club Voltaire
Kl. Hochstr. 5
Karl-Marx-Buchladen
Jordanstr. 11
Uni Buch
Jügelstr. 1 (Studentenh.)
Ypsilon-Buchladen
Berger Str. 18
Freiburg
Jos Fritz-Buchladen
Wilhelm-Str. 10
Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Str. 10
Calvör. Akadem.
Buchhandlung
Weender Str. 58
Hagen
Quadrux Buchladen
Lange Str. 21
Hamburg
Buchl. in der Osterstraße
Osterstr. 156
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Schlüterstr. 1
Hanau
Buchladen am Freiheitsplatz
Am Freiheitsplatz 6
Hannover
Hennies & Zinkeisen
Fachbuchhandlung
Marienstr. 14 u. 18
Internationalismus-
Buchladen
Engelbosteler Damm 10
Heidelberg
Der andere Buchladen
Plöck 93
Hildesheim
Amei's Buchecke
Goschenstr. 31
Hockenheim
Hockenheimer Bücherecke
Hirschstr. 20
Kassel
ABC-Buchladen
Goethestr. 77
Bücherstube Kossmann
Friedrichstr. 24
Coffie-Shop
Elfbuchenstr. 18
Kiel
Zapata Buchladen
Jungfernstieg 27
Koblenz
Reuffel Buchhandlung
Inh. E. Duchstein
Löhrstr. 92
Buchladen Heimes/
Mender/Pfalz
Schanzenpforte 2
Köln
Der andere Buchladen
Wahlenstr. 1
Lengfeldsche Buchhandl.
Kolpingplatz 1
Konstanz
Buchhandlung Meder
Paradiesstr. 3
Buchladen
„Zur Schwarzen Geiß"
Obermarkt 14
Ludwigsburg
Buchladen Schwarzes Schaf
Reithausplatz 2
Lüneburg
Delbanco Buchhandlung
Bessemerstr. 3
Mannheim
Buchladen M2, 6
M2, 6
Marburg
Roter-Stern-Buchhandlung
Am Grün 28
Marktheidenfeld
Die Bücherstube
Kreuzbergstr. 19
Minden
Bücherwurm
Alte Kirchstr. 25
Mönchengladbach
Prolibri-Buchladen
Regentenstr. 120
Moers
Aragon-Buchvertrieb
Hombergerstr. 30
München
Basis-Buchhandlung
Adalbertstr. 43
Münster
Buchhandlung Krueper
Postfach 4609
ROSTA-Buchladen
Aegidistr. 12
Nürnberg
Bücherkiste Diekmann
Schlehengasse 6
Offenbach
Buchladen am Markt, BAM
Wilhelmsplatz 12
Tucholsky Buchladen
Mittelseestr. 14
Oldenburg
Carl-v.-Ossietzky-
Buchhandlung
Bergstr. 1
Holzberg Buchhandlung
Haarenstr. 20
Osnabrück
Autonomie-Buchladen
Martinistr. 9
Jonscher Buchhandlung
Postfach 2545
Recklinghausen
Attatroll Buchladen
Herner Str./Paulusstr. 2
Reutlingen
Jakob-Fetzer-Buchladen
Weingärtnerstraße
Rosenheim
Irrlicht Buchladen GmbH
Innstr. 45 a
Saarbrücken
Der Buchladen
Försterstr. 14
Schweinfurt
Collibri Buchladen
Brückenstr. 7
Siegen
Bücherkiste GmbH
Bismarckstr. 3
Schneider Buchhandlung
Postfach 303
Stuttgart
Buchhandlung W. Niedlich
Schmale Str. 9
Kunst & Wissen
Postfach 10 28 44
Tübingen
Buchhandlung in
der Gartenstraße
Gartenstr. 20
die Gruppe —
Alt. Buchladen
Marktgasse 13
Wetzlar
Buchladen am Kornmarkt
Kornmarkt 12
Wiesbaden
Kassandra Buchladen
Westendstr. 1
Zürich
Pinkus & Co.
Froschaugasse 7